

Fietkau, Hans-Joachim

**Book — Digitized Version**

## Bedingungen ökologischen Handelns: gesellschaftliche Aufgaben der Umweltpsychologie

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Fietkau, Hans-Joachim (1984) : Bedingungen ökologischen Handelns: gesellschaftliche Aufgaben der Umweltpsychologie, ISBN 3-407-54661-0, Beltz, Weinheim ; Basel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112252>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

# Fietkau · Bedingungen ökologischen Handelns



Hans-Joachim Fietkau

# Bedingungen ökologischen Handelns

Gesellschaftliche Aufgaben  
der Umweltpsychologie

Beltz Verlag · Weinheim und Basel 1984

Hans-Joachim Fietkau, Dr. phil., Dipl.-Psych., ist wiss. Mitarbeiter im  
Wissenschaftszentrum Berlin.

Das Buch basiert auf einer mehrjährigen Forschungsarbeit des Autors im  
Wissenschaftszentrum Berlin.

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Fietkau, Hans-Joachim:**

Bedingungen ökologischen Handelns : gesellschaftl.

Aufgaben d. Umweltpsychologie / Hans-Joachim Fietkau. -

Weinheim ; Basel : Beltz, 1984.

ISBN 3-407-54661-0

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung, sowie  
der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form  
(durch Photokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche  
Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer  
Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© 1984 Beltz Verlag · Weinheim und Basel

Satz: Schreibbüro Schneider, Heidelberg

Umschlaggestaltung: E. Warminski, Frankfurt/M.

Umschlagfoto: Uwe Brochmann, Braunschweig

Druck und Bindung: Beltz Offsetdruck, 6944 Hemsbach über Weinheim

Printed in Germany

ISBN 3 407 54661 0

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	7
<b>1. Einleitung</b> .....	9
<b>2. Umweltpsychologie und Umweltkrise</b> .....	13
<b>3. Die Bereitschaft, „Neues“ zu denken</b> .....	20
<b>4. Entstehungsbedingungen neuer Werte</b> .....	39
4.1 Psychologische Vorüberlegungen .....	39
4.2 Die wahrnehmungspsychologische Hypothese .....	42
4.3 Die kognitionstheoretische Hypothese .....	44
4.4 Die Bedürfnis- und motivationspsychologisch orientierte Hypothese .....	46
4.5 Die Symbolhypothese .....	53
4.6 Die handlungstheoretische Hypothese .....	55
4.6.1 Umweltbewußtsein als Verlust von Handlungsfähigkeit .....	55
4.6.2 Umweltbewußtsein, postmaterieller Protest und Kontrollverlust .....	60
4.6.3 Werte als handlungssteuernde Instanzen .....	66
<b>5. Umweltbewußtsein im Spiegel empirischer Erhebungen</b> ...	72
5.1 Wahrgenommene politische Dringlichkeit von Umweltproblemen .....	75
5.2 Umweltproblembereiche im Vergleich .....	81
5.3 Kernkraft in der öffentlichen Diskussion .....	84
5.4 Individuelle Handlungsbreitschaft .....	87
5.5 Technologieorientiertes und politikorientiertes Denken .....	88
5.6 Umweltpolitik und Umweltbewegung .....	99
<b>6. Umweltlernen</b> .....	108
<b>7. Experimentiergesellschaft</b> .....	114
<b>8. Zusammenfassung</b> .....	125
<b>9. Anhang: Erhebungen im Überblick</b> .....	126
<b>10. Literaturverzeichnis</b> .....	129
<b>11. Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen</b> .....	138



## Vorwort

Seit 1977 beschäftige ich mich am Internationalen Institut für Umwelt und Gesellschaft im Wissenschaftszentrum Berlin mit dem Wandel ökologischen Denkens in westlichen Industrienationen. Ökologisches Denken ist eine wesentliche Voraussetzung ökologischen Handelns. Der Wandel von Denkstrukturen und Werthaltungen fordert und ermöglicht gesellschaftliche Innovationen. Er wird zum Gegenstand einer Umweltpsychologie, die sich bemüht, ihren Beitrag zu den drängenden ökologischen Fragen unserer Zeit zu leisten.

Die Initiative zum Aufgreifen dieser Frage kam vom damaligen Direktor des Instituts, Meinolf Dierkes. Er hat über Jahre die Arbeiten in diesem Bereich durch vielfältige inhaltliche Anregungen und organisatorische Unterstützung begleitet. Seither sind eine Reihe empirischer Untersuchungen durchgeführt worden. Die Forschungsarbeit wurde durch intensive Zusammenarbeit mit Kollegen innerhalb und außerhalb des Wissenschaftszentrums möglich. Insbesondere habe ich hier Hans Kessel zu danken, der mit mir seit vielen Jahren in diesem Bereich arbeitet. Ohne ihn hätten die eigenen Erhebungen, auf die in diesem Buch Bezug genommen wird, nicht durchgeführt werden können.

Seit 1981 leitet Udo Ernst Simonis als Direktor das Institut. Er hat uns die Fortsetzung unserer Forschung ermöglicht, Anregungen gegeben und zum Weiterdenken stimuliert.

In England fanden wir in Stephen Cotgrove und in den USA in Lester Milbrath Forschungspartner, die uns halfen, disziplinär und kulturell bedingte Einseitigkeiten in den Erhebungen zu mindern. Durch vielfältige Hinweise und durch kritisches Fragen hat Lilo Thiede wesentlich zur Theorieformulierung und zur Lesbarkeit des Textes beigetragen. Dem Beltz Verlag danke ich für die verlegerische Betreuung und für die inhaltliche Unterstützung bei der Manuskriptabfassung.

Mit diesem Buch habe ich nicht die Absicht verfolgt, die Erhebungen, die wir durchgeführt haben, im Detail nachvollziehbar und

vollständig darzustellen. Die Erhebungen, die wir 1980 und 1982 durchführten, werden in ihrem empirischen Bestand in einer kleinen Schriftenfolge belegt; der erste „Datenband“ ist unter dem Titel „Umwelt im Spiegel der öffentlichen Meinung“ von Hans Kessel, Wolfgang Tischler und mir zur Dokumentation der 1980 erhobenen Daten veröffentlicht worden. Eine zweite Datendokumentation ist in Vorbereitung. In Kooperation mit Hans Kessel wurden Auswertungsmethoden entwickelt, die geeignet scheinen, Werthaltungen von Befragten auf höherem Aggregationsniveau vergleichbar zu machen. Für die Erhebung aus dem Jahre 1982 ist eine Fortschreibung des ersten Datenbandes vorgesehen (Kessel u. Tischler, 1984). Es ist von uns beabsichtigt, 1985 eine weitere Erhebung durchzuführen, um – für einen bescheidenen Zeitraum – den Wandel ökologischer Werthaltungen im historischen Verlauf zu verfolgen.

Die Repräsentativerhebungen 1980 und 1982 wurden in der Bundesrepublik Deutschland vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt. Wir haben hier für das geduldige Eingehen auf unsere Wünsche zu danken. Last not least: ohne die vielen, die als Befragte an unseren Umfragen teilnahmen, wäre alles nicht möglich gewesen.

Berlin, März 1984

# 1. Einleitung

*„Unsere Lage wäre bald hoffnungslos, wenn es nicht auf dem Grunde unseres Seins einen letzten Rettungsanker gäbe. Es handelt sich um den angeborenen Reichtum an menschlichem Verständnis, visionärer Kraft und Kreativität, das leider meist vergessene und ungenutzte Erbe eines jeden Individuums“.*

Aurelio Peccei 1981 (S. 197)

Aufgerüttelt durch die weltweit bekannt gewordenen Studien des Club of Rome (Meadows u.a. 1974, Oltmans 1974, Peccei u. Siebker 1974, Meadows u. Meadows 1976), aber auch durch die Abschätzungen globaler Entwicklungen durch Gruhl 1975 und insbesondere durch „Global 2000“, den Bericht an den amerikanischen Präsidenten (Council on Environmental Quality 1980), hat in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit in den Industrienationen eine Hinwendung zu ökologischen Fragen stattgefunden. Die Notwendigkeit von Umweltschutz und die Notwendigkeit, für ökologische Probleme Lösungen zu suchen, müssen heute nicht mehr begründet werden. Der Versuch aber, aus sozialwissenschaftlicher Perspektive einen Beitrag zur Problemlösung zu leisten, bedarf der Begründung.

Aurelio Peccei (1981), einer der Väter des Club of Rome, sieht die Lösung der ökologischen Krise nicht vordringlich in der Weiterentwicklung von Technologien oder in der ökologischen Orientierung ökonomischer Rahmenbedingungen oder in der Perfektionierung einer Politik und Rechtsprechung, die ökologische Gesichtspunkte berücksichtigen. Als vordringliche Aufgabe sieht er die „Beförderung der Entwicklung des Menschen“ (S. 196). Die Lösung der ökologischen Krise muß von einem Wertwandel ausgehen. Der Mensch muß sein Verhältnis zur Natur neu bestimmen. Er muß – um seines eigenen Überlebens willen – wieder ein inneres Verhältnis zu seinen ökologischen Lebensgrundlagen bekommen. Der Mensch der Industriekultur ist wesentlich auf seine eigenen Produkte fixiert:

*„Der Mensch schenkt der künstlichen Welt, die er sich geschaffen hat, mehr Beachtung als der natürlichen Welt, die ihn geschaffen hat. Er interessiert sich vor allem für die Dinge, die er selbst herstellt. Die Natur hat nur einen unbedeutenden zweiten Platz inne ...“*

(Peccei 1981, S. 213).

Dieses Verhältnis zur Natur durch ein neues Verständnis zu ersetzen, ist Aufgabe eines individuellen und gesellschaftlichen Lernprozesses.

Die Lösung der Umweltkrise sieht Peccei in der „Idee des ‚learning‘“, die er für die „bahnbrechende Idee“ unserer Zeit hält (S. 204). Es müssen die Einstellungen, Werthaltungen und Verhaltensweisen entwickelt werden, die den Menschen befähigen, mit der ökologischen Krisensituation fertig zu werden. Weiter müssen Bedingungen eines ökologisch zentrierten Wertwandels analysiert und Möglichkeiten eines „Umweltlernens“ (Fietkau u. Kessel 1981) vorgeschlagen und erprobt werden.

Die Notwendigkeit allgemeiner Bewußtseinsänderungen wird auch im politisch administrativen Bereich gesehen. So schreibt das Umweltbundesamt Berlin in seinem Jahresbericht 1981: „Die notwendige Betonung des Vorsorgeprinzips im Umweltschutz gibt auch den Bemühungen im Bereich Umwelterziehung erhöhte Bedeutung“ (S. 11). Es fehlt jedoch an der Umsetzung in praktische (Forschungs-) Politik. So geht aus dem gleichen Bericht hervor, daß das Umweltbundesamt bei 180 wissenschaftlichen Mitarbeitern keinen Psychologen und keinen Soziologen beschäftigt (S. 6), und daß von 54 Millionen DM, die das Umweltbundesamt im Berichtszeitraum 1981 für Forschungsaufgaben ausgegeben hat, nur 131.000 DM (2,4 %) für „sozialwissenschaftliche Umweltfragen, Aus- und Fortbildung“ eingesetzt worden sind. Die Zahlen des Umweltbundesamtes machen die Einschätzung der Sozialwissenschaften seitens politischer Entscheidungsträger exemplarisch deutlich. Sie verweisen auf die vorherrschenden Grundüberzeugungen in unserer Gesellschaft, die unser politisches Denken und gesellschaftliches Handeln in vielen Bereichen dominieren: Die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft und die Lösung der Krisen, in denen wir uns befinden, werden von Naturwissenschaft und Technik auf der einen Seite und von Ökonomie und Rechtsprechung auf der anderen Seite erwartet. Die Betrachtung von Umweltschutz und Umweltpolitik als eine technische, ökonomische und juristische Herausforderung fügt sich besser in ein auf administrative Handhabbarkeit ausgerichtetes Politikverständnis als die Hoffnung auf eine Neuorientierung unserer Denkinhalte und Wertstrukturen. Wertwandel als Motor zur Krisenbewältigung, seine Erforschung und Förderung, verlieren jenseits von Sonntagsreden ihre Bedeutung in der praktischen Politik. Der alltäglich beobachtbare Wertwandel und das Aufkommen neuer Lebensstile, über die die Medien ausführlich berichten, haben bislang offensichtlich keinen Einfluß auf liebgeordnete Denkgewohnheiten der Politik gehabt und haben nicht zu einem Umdenken oder nur Überdenken der traditionellen Politikinstrumente geführt.

Es wäre aber zu einfach, einen Vorwurf an den Politikbereich allein zu richten. Auch die Sozialwissenschaften und hier insbesondere auch die Psychologie haben Mitverantwortung an dem mangelnden Engagement für die Chancen, die sich in dem Wandel von Werthaltungen und Handlungsgewohnheiten verbergen (Fietkau 1981). Auch die moderne Sozialwissenschaft hält – von Außenseitern abgesehen – an ihren gewohnten Denkmustern (Forschungsthemen und Forschungsmethoden) fest; sie engagiert sich kaum aus eigenem Impuls für drängende Gegenwartsfragen.

Ziel dieses Buches ist es, ökologische Wertvorstellungen, umweltrelevante gesellschaftliche Werte und zuordenbare Handlungsweisen in westlichen Industrienationen zu beschreiben und ihren ggf. stattfindenden Wandel zu analysieren. Weiter sollen Überlegungen und Erfahrungen zur Diskussion gestellt werden, die sich auf die Möglichkeiten der Förderung eines umweltorientierten Denkens und Handelns richten.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Wert- und Wertwandelsthematik hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten einen Umfang angenommen, der es kaum noch gestattet, einen Überblick über dieses Forschungsfeld zu behalten oder zu geben. Die Unübersichtlichkeit der Forschungslandschaft folgt wesentlich aus einer Heterogenität der Forschungsansätze und Forschungsziele. Der Rekurs auf Werte ist in unterschiedlichsten (sozial) wissenschaftlichen Disziplinen ebenso in Mode gekommen wie in der außerwissenschaftlichen gesellschaftlichen Diskussion. Ein Überblick über die vielschichtigen Ansätze und die Vielzahl empirischer Untersuchungen kann und soll in diesem Buch nicht geleistet werden. Der breiter interessierte Leser sei in diesem Zusammenhang auf den Sammelband von Klages und Kmiecik (1981) verwiesen, in dem in 47 Einzelbeiträgen die Breite der Thematik deutlich wird.

In dem vorliegenden Buch wird der Versuch unternommen, Wertwandel am Beispiel des ökologischen Denkens aus einer psychologischen Perspektive zu untersuchen. Hierbei wird ein handlungstheoretischer Ansatz als Grundmuster der Deutung des Phänomens ins Gespräch gebracht.

Die empirischen Aussagen dieser Arbeit beziehen sich neben der Berücksichtigung größerer empirischer Studien anderer Wissenschaftler auf sieben eigene Erhebungen, die im Internationalen Institut für Umwelt und Gesellschaft (IIUG) durchgeführt wurden. Die Erhebungen sind im Text von I-VII durchnummeriert (vgl. Anhang I), um einen einfacheren Bezug der dargestellten Befunde zu den einzelnen Erhebungen zu ermöglichen.

In den Jahren 1977 und 1978 fanden erste Erhebungen in Berlin (West) statt (I, II), um zunächst regionale Erfahrungen mit der Ermittlung umweltbezogener Wertvorstellungen zu sammeln. Als 1979 eine Politisierung der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik Deutschland sichtbar wurde, führten wir eine weitere Erhebung in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel durch, das politische (Wahl)Potential zu erfassen, das der Umweltbewegung innewohnt (III). Im gleichen Jahr begannen wir, die Untersuchungen auf den internationalen Raum auszuweiten und entwickelten in Zusammenarbeit mit der Universität Bath (UK) und der State University of New York (Buffalo, USA) einen international einsetzbaren Fragebogen, der zunächst in drei Städten (Berlin (West), Bath und Buffalo) einer Erprobung unterzogen wurde (IV). 1980 und 1982 (V, VI) wurden dann international repräsentativ für die drei Staaten Erhebungen zum ökologischen Bewußtsein durchgeführt. In diese Untersuchungen wurden neben der Befragung der allgemeinen Bevölkerung auch spezielle Bevölkerungsgruppen (Vertreter von Umweltschutzorganisationen, Industrie, Politik) einbezogen. Die Erhebungen V und VI zielten auf drei Analyseebenen:

- internationaler Vergleich ökologischer Werthaltungen,
- Vergleich ökologischer Werthaltungen bei unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und
- Analyse der zeitlichen Entwicklung ökologischer Werthaltungen.

Neben diesen allgemeineren empirischen Untersuchungen wurde 1980 eine auf die ökologische Orientierung von Landwirten ausgerichtete Erhebung durchgeführt (VII).

## 2. Umweltpsychologie und Umweltkrise

1976 diskutierten neun der führenden amerikanischen Psychologen (Wertheimer u.a. 1978) im Rahmen der American Psychological Association die Rolle der Psychologie in der Zukunft. In allen Zukunftsentwürfen für die Psychologie wurde die Notwendigkeit deutlich, die Psychologie mit realen gesellschaftlichen Problemen zu verbinden: Umwelt, Technologieentwicklung, Kernkraft, gesellschaftlicher Wandel waren neben den eher konventionellen psychologischen Themen die neuen Aufgaben, die einer künftigen Psychologie zugeschrieben wurden. Bis heute hat die Psychologie gegenüber den genannten drängenden Zukunftsfragen unserer Gesellschaft mehr terminologisch konzeptionelle Klärungsversuche als konkrete Forschungsprojekte oder gar gesellschaftlich nutzbares Wissen zu bieten. Die Frage, ob und wenn ja wie Psychologie überhaupt einen Beitrag zu realen Problemen liefern kann oder soll, kann hier nicht näher diskutiert werden (vgl. hierzu Herrmann 1979). In den letzten Jahren hat sich das Reden von „Umwelt“ und „Ökologie“ in der Psychologie in unterschiedlichen Sprachvarianten verstärkt. Die Überlegungen konzentrieren sich derzeit jedoch auf die Möglichkeiten, ökologische, und das heißt meist lediglich (äußere, situative) Gesichtspunkte in psychologische Forschungsparadigmen einzubringen. Hier geht es um etwas gänzlich anderes und wissenschaftlich kaum bearbeitetes: die Hilfestellung der Psychologie/Sozialwissenschaft bei der Bewältigung der Umweltkrise.

Als historisch erste Arbeit zur Umweltpsychologie kann Hellpachs 1928 im Handbuch der biologischen Arbeitsmethoden erschiener Beitrag „Psychologie der Umwelt“ angesehen werden. Dort unterscheidet Hellpach zwei Stufen wissenschaftlichen Arbeitens. Die erste Entwicklungsstufe einer wissenschaftlichen Disziplin ist für Hellpach durch die künstliche Isolation des Forschungsgegenstandes von seinen Kontextbedingungen gekennzeichnet. In einer zweiten Stufe werden die Objekte der Forschung wieder in die Wirklichkeit, in der sie vorkommen, eingebunden. Ein Beispiel: Nach einer Phase der bo-

tanischen Klassifikation und Analyse von Pflanzen werden diese — wie wir heute sagen würden — in ihrer ökologischen Existenz betrachtet. Gleiche Entwicklungen forderte Hellpach für die Psychologie: die Psyche müsse in Abhängigkeit von ihrer tatsächlichen Umwelt untersucht werden. Hellpach unterschied hierbei drei Formen menschlicher Umwelt:

- die Natur (Boden, Wetter, Klima, Landschaft),
- die mitmenschliche Umwelt,
- die kulturelle Umwelt.

Das Hellpachsche Programm einer „Umweltpsychologie“ richtete sich aber nicht allein auf die Einbeziehung neuer Umfeldbedingungen in das theoretische System der Psychologie, es enthielt auch ein methodisches Programm. Dem klassischen Experimentieren in der Psychologie (vgl. Fietkau 1973), in dem es um die Aufdeckung kausaler Beziehungen isolierter Variablen geht, stellte er das „geopsychologische Experiment“ gegenüber. Im geopsychologischen Experiment Hellpachs stehen sich bei den unabhängigen und abhängigen Variablen komplexe Tatbestände gegenüber. Hier soll also nicht die Wirksamkeit isolierter Variablen geprüft werden, sondern der Blick soll sich auf in der Wirklichkeit antreffbare komplexe Strukturen richten. Hier werden systemtheoretische Überlegungen, wie sie heute von Vester (1980) formuliert werden, vorweggenommen. Mit dem Vorschlag des geopsychologischen Experiments ist für Hellpach keine Zurückweisung des klassischen Experimentierens verbunden. Seine Vorstellungen ließen beides zu, und er suchte nach Vermittlungsstufen für die beiden Formen wissenschaftlicher Betrachtung. Die historisch bahnbrechende Arbeit von Hellpach enthält bereits den doppelten Anspruch, der die moderne Umweltpsychologie kennzeichnet: Umweltpsychologie als inhaltliches und methodisches Programm.

Die Vertreter der Umweltpsychologie haben zumeist ihren methodischen Anspruch darauf gerichtet, menschliches Verhalten und Erleben im Kontext der (natürlichen) Lebensumwelt von Individuen zu erfassen. Es war und ist bei Vielen der Versuch, die Psychologie aus dem Labor heraus in die Lebenswirklichkeit des Menschen zu holen. Menschliches Verhalten sollte in Abhängigkeit von seiner real existierenden Umwelt beschreibbar werden.

Der Lewin-Schüler Barker (1968) unternahm es, mit der Konzeptualisierung von „Behavior-settings“, typische Verhaltensweisen von Menschen in typischen sozialen und natürlichen Umwelten zu beschreiben. Seine Grundüberzeugung: Der Mensch reagiert mit bestimmten Verhaltensformen auf bestimmte Umweltkonstellationen.

An dieser Sichtweise Barkers übt Eckensberger (in Graumann 1978, S. 65/66) Kritik: Die behavior-settings würden bei Barker vorausgesetzt, und die Frage, wie und warum Menschen sich selbst oder anderen bestimmte settings schaffen, werde vernachlässigt. Die Eckensbergersche Kritik trifft die Barkersche Konzeption aber nicht im Kern. Es ist selbstverständlich legitim, menschliches Verhalten in seiner Abhängigkeit von bestimmten Umweltkonstellationen zu beschreiben. Dies ist eine forschungsökonomisch erforderliche und methodisch durchaus vertretbare wissenschaftliche Begrenzung in der Fragestellung und muß nicht notwendigerweise den Blick für andere ebenso legitime Fragestellungen verbauen. Entscheidender aber als die inhaltlichen Bedenken sind die methodischen Einwände, die insbesondere seitens der klassischen akademischen Psychologie gegen ein naturalistisches Vorgehen in der Umweltpsychologie – und hier ist Barker nur das prominente Beispiel – vorgebracht werden. Zwei Grundauffassungen von Psychologie treffen hier aufeinander: Soll Psychologie real existierende Menschen in real existierenden Umwelten beschreiben, oder soll Psychologie empirisch abgesicherte Gesetzesaussagen konditionalen Charakters formulieren, wobei die reale Existenz der Bestandstücke der Gesetzesaussage in den Hintergrund tritt?

Lewin (1930/31) hatte sich in dieser Frage entschieden. Ihm ging es um eine Psychologie, die den für ihn historischen Schritt von einer (aristotelischen) Wissenschaft, die Realität beschreibt, zu einer (galileischen) Wissenschaft, die konditionale Gesetzesaussagen anstrebt, vollzieht. Er beklagt das Verhaftetsein der Psychologie in der aristotelischen Denkweise, die sich für real existierende Verteilungen interessiert. Die galileisch orientierte Psychologie hingegen fragt nach Gesetzmäßigkeiten und fordert, daß jedes Gesetz unter definierten *ceteris paribus*-Bedingungen ausnahmslos zu gelten habe. Sie bezieht sich auf Konditionalaussagen, die es dahingestellt sein lassen, ob das beschriebene Geschehen real vorfindbar ist oder nicht. Innerhalb des Gesetzes werden im Rahmen seiner *ceteris paribus*-Bedingungen keine Fälle zugelassen, die gewissermaßen als Ausnahme die Regel bestätigen; sie wären vielmehr vollgültige Gegenbeweise gegen die gesetzmäßig formulierte Konditionalaussage. Mit diesem Gedanken nimmt Lewin das Falsifikationsprinzip Poppers in seiner Grundstruktur vorweg.

Das galileische Denken, das die Naturwissenschaften beherrscht, war für Lewin aber keine Abkehr von der Lebensnähe psychologischer Forschung. Es läßt sich vielmehr zeigen, daß die Lebensnähe des experimentellen Vorgehens nicht in der quantitativen Übereinstimmung mit der Wirklichkeit, sondern im Vorliegen desselben Ge-

schehenstyps in Experiment und Wirklichkeit liegt (Lewin 1927, S. 419). Diese wissenschaftliche Grundüberzeugung hat jüngst Wohlwill (1981) mit seinem Votum für ein „Studium des Atypischen“ unterstrichen. Indem wir das Atypische untersuchen, lernen wir die Struktur der Realität besser kennen als durch ein Studium des Repräsentativen. Das Atypische hilft uns, gesetzmäßige Strukturen der Wirklichkeit deutlicher herauszuarbeiten. Die Frage aber, ob Psychologie über das Studium des Atypischen zu psychologischen Gesetzmäßigkeiten im Lewinschen Sinn vordringen oder über das Studium des Repräsentativen Wirklichkeit beschreiben soll, wie sie in einem historischen und räumlichen Kontext gegeben ist, scheint nicht so eindeutig beantwortbar, wie dies Lewin, Wohlwill und andere vorschlagen. Es ist festzuhalten, daß berechtigterweise beide Ansätze in der Psychologie anzutreffen sind; wir können zwei Disziplinen der Psychologie unterscheiden, die korrelative und die experimentelle Psychologie (Cronbach 1957). Die Frage, welcher Psychologie der Vorrang zu geben ist, ist nicht wissenschaftsimmanent beantwortbar. Beide Vorgehensweisen richten sich auf unterschiedliche Ziele. Die Entscheidung hängt von den Forschungszielen ab. Diese aber sind einer wissenschaftsimmanenten Auseinandersetzung immer vorausgesetzt und können damit nicht über eine wissenschaftsimmanente Kritik beurteilt werden.

Das Ziel, Gesetzmäßigkeiten in der Psychologie zu formulieren und empirischer Überprüfung durch Experimente zu unterziehen, bedarf im Rahmen der derzeit dominanten akademischen Psychologie keiner weiteren Legitimation. Wohl aber scheint es notwendig, den anderen Forschungsansatz zu begründen, dessen primäres Ziel es nicht ist, neue psychologische Gesetzmäßigkeiten aufzuzeigen, sondern der vielmehr darauf abzielt, reale Verhältnisse zu beschreiben.

Brunswik (1956) erhob als erster die Forderung nach einer Umweltrepräsentanz als Gegengewicht zu der auf Isolation von Variablen ausgerichteten Laborforschung. Die Umwelt aber, die für den Menschen handlungsrelevant ist, ist nicht die personenunabhängige ökonomische, soziale oder physische Realität. Handlungssteuernd ist die vom Menschen kognitiv repräsentierte und bewertete Wirklichkeit. Umweltrepräsentanz im Rahmen psychologischer Forschung ist somit die Repräsentanz der Umwelt, die seitens des handelnden Individuums symbolisiert wird. Eine anwendungsbezogene Psychologie, die einen Beitrag zur Lösung realer Probleme leisten will, wird die Bewertungen, die Menschen in unterschiedlichen Lebensbereichen vollziehen, in ihre Betrachtung einbeziehen müssen. Umfrageforschung kann zur Kenntnis dieser Bewertungen einen Beitrag leisten.

Sicher sind viele Wege zur Vertiefung unseres Wissens über Bewer-

tungsprozesse und Werte gangbar (Inhaltsanalyse, Tiefeninterviews, Laborexperimente ...). Umfragen sind nur eines der möglichen Forschungsmittel. Zielt man auf Aussagen, die (auch) für große Bevölkerungsgruppen Gültigkeit haben sollen, sind Umfragen jedoch ein sehr ökonomischer Erkenntnisweg. Aber die Ermittlung von Werthaltungen über Umfragen ist auch mit Nachteilen verbunden.

Das zentrale Problem der Umfrageforschung ist: Mit Hilfe von Umfragen lassen sich keine (psychologischen) Theorien validieren. Die Ergebnisse aus der Umfrageforschung sind deskriptiv. Zwar lassen sich möglicherweise aus dem Vergleich unterschiedlicher, meist soziodemografisch definierter Untersuchungsgruppen z.B. unterschiedliche Werthaltungen und Wertstrukturen dieser Gruppen ermitteln und gegenüberstellen. Es ist aber Umfragedaten nicht eindeutig zu entnehmen, auf Basis welcher kausalen Prozesse Werturteile entstehen; allenfalls lassen sich aus unterschiedlichen Wertstrukturen von Subpopulationen Hypothesen über die Genesebedingungen dieser Werte ableiten.

Ein weiterer Einwand bezieht sich auf die Werte- bzw. Einstellungsforschung insgesamt: Einstellungen und Verhaltensweisen stehen meist nur in einem schwachen und für praktisches Handeln und Prognostizieren vernachlässigbaren Zusammenhang. Politisch interessieren natürlich vorwiegend oder ausschließlich Handlungen; wissenschaftlich aber hat Erforschung von Wertstrukturen eine Bedeutung in sich. Es ist eine wissenschaftliche Notwendigkeit, Einstellungen und Werthaltungen auch dann beschreiben zu können, wenn sie keine Zusammenhänge mit Verhaltensweisen aufweisen. Erst die Beschreibbarkeit von Einstellungen und Werthaltungen ermöglicht ja diese Erkenntnis und öffnet den Blick für die Frage, welche anderen handlungssteuernden Determinanten ggf. vorliegen. So führt die Einsicht über den mangelnden Zusammenhang zwischen ökologischen Werten und ökologischem Handeln (Ester 1978) zu neuen Fragestellungen.

Die Forschung zu der Beziehung zwischen Einstellungen und Verhaltensweisen hat sich gewandelt. Heute steht nicht mehr die Beziehung zwischen Einstellungen und Verhaltensweisen selbst im Mittelpunkt, sondern die Frage, wodurch diese Beziehung beeinflusst wird. Die mangelnden empirischen Zusammenhänge zwischen Einstellungen und Verhaltensweisen sind nicht mehr der Schwachpunkt der Forschung, sondern das Zentrum der Fragestellung (Liska 1975). Auf das Umweltproblem konkretisiert lautet eine diesem Paradigma entsprechende Frage: „Warum ignorieren Menschen das, was sie über Umweltprobleme wissen könnten und warum handeln sie nicht so, wie es ihren Einsichten entspräche?“

Neben dem Versuch, im Rahmen der klassischen Problemstellungen der Psychologie (wie sie in der Allgemeinen Psychologie, der Entwicklungspsychologie etc. ihren Niederschlag finden) Umweltbedingungen menschlicher Existenz zur Geltung zu bringen, haben sich unter dem Etikett „Umweltpsychologie“ oder „ökologische Psychologie“ auch neue eigene Fragestellungen für die Psychologie entwickelt:

Rohr (1973) sucht unter einer psychologischen Betrachtungsweise nach humaneren Formen der Architektur und des Städtebaus. Franke (1978) entwickelt Modelle für „Bürgernähere Stadtplanung mit Hilfe der Psychologie“. Hubbertz (1979) berichtet über ein erhöhtes Ausmaß psychosomatischer Störungen in Trabantenstädten. Fischer (1980) fragt, in welcher Weise die ökologische Psychologie als Beitrag zur Planung von Städten, Bürogebäuden, Krankenhäusern etc. für die Prävention psychischer Störungen nutzbar gemacht werden kann und ob es nicht möglich ist, auch Kinder bereits in geeigneter Form an Planungsprozessen zu beteiligen. Milgram (1970) untersucht die Auswirkungen des dichten Zusammenlebens von Menschen in Großstädten und findet „neue Normen des Nichtengagements“ (S. 148). Soziale Dichte wird bei Esser (1971), Kruse (1974), Baum u. Davis (1976), Schmidt, Goldman u. Feimer (1976) zu dem zentralen theoretischen Konstrukt umweltpsychologischer Betrachtung.

Die umweltpsychologische Forschung hat einen Boom erlebt: 1973 schrieb Craik einen ersten Übersichtsartikel zur Umweltpsychologie im *Annual Review of Psychology*. Fünf Jahre später (1978) konnte Stokols feststellen, daß inzwischen eine Vielzahl von Büchern, *State of the Art Reports* etc. erschienen waren (z.B. Craik 1970, 1977; Craik u. McKechnie 1977; Kaminski 1978; Rohr 1973, Ittelson 1974). Trotz der nicht klar umrissenen Problemstruktur der Umweltpsychologie hatte sich ein neues Forschungsfeld entwickelt, dessen Ort und Stellenwert in der Psychologie jedoch nach wie vor umstritten ist. In jüngster Zeit haben Moser u. Preiser (1984) die Umweltpsychologie in den Rahmen der Politischen Psychologie gestellt. Die Verschiedenartigkeit der wissenschaftlichen Ansätze und Denkweisen spiegelt sich bereits in der verwirrenden Terminologie: „Umweltpsychologie“, „ökologische Psychologie“, „Ökopsychologie“, „ökologische Perspektive in der Psychologie“, wie eine nicht minder umfängliche angloamerikanische Begriffsbildung verweisen auf ein sehr heterogenes Forschungsfeld, das es, wie es Kaminski (1976, S. 10) ausdrückte, „eigentlich noch gar nicht gibt“. Kaminski unterscheidet dann an gleicher Stelle (S. 11) in „Umweltpsychologie“ und „Ökopsychologie“. Diese Unterscheidung scheint sehr sachdienlich: Während unter Umweltpsychologie die Beiträge der Psychologie zur Umweltkrise verstanden werden (Bergius 1976), versteht Kaminski

unter Ökopsychologie die allgemeinere psychologische Fragestellung nach der Mensch-Umwelt-Interaktion, die ihrerseits natürlich auch unter Sozialisationsaspekten gesehen werden kann (Bronfenbrenner 1976).

Umweltpsychologie (in der Begriffsfassung Kaminskis) bezeichnet einen problemorientierten wissenschaftlichen Forschungsbereich und kann als Domain-Programm i.S. Herrmanns (1979) angesehen werden. Nicht eine bestimmte theoretische Konzeption, die Geltung für unterschiedliche Problemgebiete beansprucht (wie die Lerntheorien, die Homöostasetheorien etc.), bildet den Kristallisationspunkt der Disziplin, sondern eine inhaltliche Fragestellung, zu deren Beantwortung unterschiedliche theoretische Modelle der Psychologie und anderer Sozialwissenschaften (eklektisch) herangezogen werden. So kann die Umweltpsychologie als eine Art Protestbewegung innerhalb der Psychologie verstanden werden, die sich sowohl methodisch als auch inhaltlich in ihren Fragen und Lösungsversuchen von den Forschungsgewohnheiten anderer etablierter psychologischer Teilbereiche abgrenzt.

Die Psychologie in den 50er und 60er Jahren hatte sich auf den Weg zu einer methodisch hochpräzise arbeitenden Wissenschaft gemacht, die Aussagen über zunehmend enger werdende Teilbereiche psychischer Funktionen traf. Diese Entwicklung wurde durch den Fortschritt der elektronischen Datenverarbeitung unterstützt, der es immer einfacher werden ließ, auch komplexere Datensätze methodisch aufwendig zu analysieren. Der Methodenrausch der Sozialwissenschaft verdrängte das Interesse an inhaltlichen Problemstellungen — die Ergebnisse der Forschung traten in ihrer Bedeutung hinter eleganten und komplizierten Analyseverfahren zurück. Die sich so entwickelnde Psychologie bot wenig Aussicht, zu Erkenntnissen darüber zu gelangen, wie sich der Mensch in der realen Wirklichkeit seiner Zeit fühlt, welche Verhaltensweisen in welcher Weise durch seine Wohn-, Arbeits- oder Freizeitumwelt hervorgerufen werden, welche Umweltgestaltung dem Menschen am angemessensten ist. Diese Fragen scheinen z.T. nur dadurch beantwortbar, daß die Wissenschaftler aus dem psychologischen Labor heraus in die Realität selbst gehen, um dort Erhebungen durchzuführen.

### 3. Die Bereitschaft, „Neues“ zu denken

Die Hinwendung der Öffentlichkeit zu Umweltfragen ist offensichtlich Teil eines breiteren Wertwandels. Die Frage, ob Umweltbewußtsein Auslöser oder Folge dieses Wertwandels ist, läßt sich (derzeit) empirisch nicht beantworten. Die Umfrageforschung stellt nicht das geeignete methodische Instrument dar, derartige Kausalstrukturen aufzuhellen. Ohne Frage aber kann man sagen, daß das ökologische Denken, seine Umsetzung in umweltpolitische Forderungen und seine Artikulation in Umweltschutzbürgerinitiativen, in Naturschutzverbänden und in grünen Parteien neben der Frauenbewegung und der in den letzten Jahren erstarkten Friedensbewegung einen wichtigen Kristallisationspunkt des Wertwandels darstellen.

Das Thema „Wertwandel“ erlebt in der öffentlichen Diskussion, in Politik, Medien und Wissenschaft einen Boom. Umweltbewegung, Frauenbewegung, Friedensbewegung, Jugendprotest, Alternativkultur etc. machen eine gesellschaftliche Unruhe deutlich. Bei aller Disparität der Themen drängt sich die Frage auf, ob es eine gemeinsame Wurzel für diese Unruhe gibt, ob sich hinter den neuen sehr heterogenen gesellschaftlichen Strömungen trotz aller Verschiedenheit eine gemeinsame Zielrichtung verbirgt – sei sie nun erlebbar oder nicht.

Inglehart postuliert 1977 eine neue Wertdimension, die er „Materialismus-Postmaterialismus“ nennt. Hildebrandt u. Dalton (1977) meinen, eine „Neue Politik“ beschreiben zu können, und Ziehe (1980) entdeckt einen „Neuen Sozialisationstyp“. Kmiecik (1978), der sich sehr intensiv mit der Frage des Wertwandels auseinandergesetzt hat, findet vier Haupttrends des Wertwandels, der sich heute in Industrienationen vollzieht:

- Bedeutungsverlust traditioneller Berufs- und Leistungsorientierung,
- Veränderung von Erziehungsmaximen,
- Veränderung von Geschlechtsrollenbildern,
- Bedeutungserhöhung der Umweltorientierung (1978, S. 133).

Die neuen Werte sind durch eine Hinwendung zum Privaten, zum Individuellen, zu Humanität, zur Selbstentfaltung, zum Unmittelbaren, zum Irrationalen, zu Gefühlen etc. gekennzeichnet. Gleichzeitig treten Werte wie Ordnung, Sicherheit, Wohlstand, Wachstum, Rationalität in den Hintergrund. (Jaide 1981, Waldmann 1982). Diese Entwicklung ist international. Sie ist für Österreich (Brunmeyer 1981/2, Dachs 1982) ebenso belegt wie für Japan (Terjima 1980) oder für die USA (Inglehart 1977). Auch wenn die Artikulationsformen verschieden sein mögen, es hat den Anschein, als würde sich in unserer Zeit ein neues Menschen- und Weltbild entwickeln.

Ziehe (1980) beschreibt die Sozialisationsbedingungen dieser Entwicklung. Er analysiert die Lebenssituation von Jugendlichen unserer Zeit, als deren Folge der „neue Sozialisationsstyp“ entsteht, der durch vier psychische Verarbeitungsformen gekennzeichnet ist:

- *Verlangen nach Subjektivierung:*  
erhöhte Sehnsucht danach, daß die Lebensbedingungen, in denen man steht, emotionalisiert und gefühlsmäßig angereichert werden;
- *Empfindlichkeit des eigenen Selbstwertgefühls:*  
die Angst, in dem eigenen Selbstwertgefühl gekränkt zu werden, ist gewachsen;
- *Verlagerung von Motivationen:*  
weniger Suche nach lustbesetzten Situationen, mehr Tendenz zur Vermeidung unlustbesetzter Situationen;
- *Wunsch, betroffen zu sein:*  
Beurteilung von Problemen, Sachverhalten etc. daraufhin, was sie mit einem selbst zu tun haben.

Elisabeth Noelle-Neumann stellt unter Heranziehung von Umfragedaten 1981 fest, das Gefühl „ich fühle mich wohl“ nehme in unserer Gesellschaft ab. Der wachsende äußere Lebensstandard habe in der Bundesrepublik nicht zu einem Anstieg an perzipierter Lebensqualität geführt. Sie bietet für diese Entwicklung folgende Erklärung an: In den letzten Jahren und Jahrzehnten wurden in der Bundesrepublik Fremdwänge abgebaut. Dem Abbau von Fremdwängen muß ein Aufbau von Selbstzwängen parallel gehen. Dies aber hat nicht in gleichem Maße stattgefunden. Der Mensch müsse nun lernen, dem Abbau äußerer Zwänge durch den Aufbau von Selbstzwängen (Noelle-Neumann spricht hier auch von „Ich-Stärke“) entgegenzuwirken. Dem Aufbau von „Ich-Stärke“ stehen aber nach Noelle-Neumann vier Entwicklungen entgegen:

- Zurückweichen des Fremdwangs,
- Fehlen von Ermutigung, Selbstbeherrschung zu üben,

- Vernachlässigung der Fähigkeit zur Selbstkritik,
- ein tägliches Training in Bequemlichkeit durch das Fernsehen.

Dieser Sicht entspricht eine Diagnose unserer Gesellschaft durch Dahrendorf (1979), der für die Bundesrepublik Deutschland ein hohes Maß an Freiheiten bei einem geringen Maß an Bindungen („Ligaturen“) diagnostiziert.

Frankl (1981) kommt aufgrund umfangreicher Analysen und praktischer psychotherapeutischer Erfahrungen zu der Überzeugung, daß das Grundproblem der Menschen unserer Zeit nicht mehr wie zu Zeiten Sigmund Freuds in einer nicht adäquat verarbeiteten Sexualität liegt. Es ist auch nicht das Minderwertigkeitsgefühl, das Alfred Adler als Quelle psychischer Störungen beschrieben hat, sondern ein tiefes Gefühl von Sinnlosigkeit. Frankl nennt dieses Gefühl des Sinnlos-Seins auch das existentielle Vakuum. Er sieht den Wertwandel in unserer Zeit nicht als eine Neubewertung politischer oder sozialer Themen. An Stelle eines Wertwandels sieht er einen Wertverlust, einen Verlust an Zielen und Sinn.

Vielleicht sind aber weder Ziel noch Sinn für den einzelnen verloren gegangen, vielleicht ist es eher so, daß gesellschaftliche Ziele und Wertentscheidungen heute lediglich heterogener sind: „Die ‚Gesellschaftsordnung‘ überliefert keine einheitlichen Wertvorstellungen mehr. Die Orientierungsmaßstäbe wechseln in unserer schnellebigen Zeit vielmehr ständig“ (Schwind 1981).

Toffler (1976) diagnostiziert in den Industriegesellschaften einen Zukunftsschock. Die sozialen und gesellschaftlichen Prozesse beschleunigen sich. Der kulturelle gesellschaftliche Wandel droht eine Geschwindigkeit anzunehmen, die seitens der Menschen nicht mehr mitzuvollziehen ist. Hauptkennzeichen für den schnellen Wandlungsprozeß ist die Flüchtigkeit von Beziehungen. Toffler beschreibt sehr eindrucksvoll, wie zwischenmenschliche Beziehungen unstabiler werden. Flüchtigkeit ist für Toffler auch das Hauptmerkmal unserer Konsumgewohnheiten: die Wegwerfgesellschaft als Symbol unserer Zeit. Die Opfer des Zukunftsschocks leiden an einer Desorientierung in ihrer eigenen Gesellschaft, deren Struktur für sie nicht stabil genug ist; sie reagieren mit psychischen Problemen. Psychische Probleme werden von Toffler als Anpassungsschwierigkeiten der Menschen an den raschen gesellschaftlichen Wandel interpretiert. Der Zukunftsschock als historisches Phänomen hat auch eine ontogenetische Entsprechung. Menschen lernen in ihrer Kindheit und Jugend, welche Zeitperspektive bestimmte Ereignisse haben. Sie entwickeln ein Zeitgefühl. Kinder lernen, wie lange man am Mittagstisch zusammensitzt, sie lernen, in welchen Rhythmen sich die Eltern beruflich umorien-

tieren, sie lernen, welche sozialen Beziehungen flüchtig und welche von Dauer sind. Hauptmerkmal der Industriekultur ist ein Beschleunigungsschub, d.h. die Zeiträume, die für die unterschiedlichsten menschlichen Handlungen und Beziehungen bereitstehen, werden immer kürzer (Toffler 1976): Partnerbeziehungen, berufliche Bindungen etc. Das wachsende Lebenstempo war im Grunde solange unproblematisch, als die Lebensbedingungen wenigstens innerhalb einer Generation relativ konstant blieben. Der Beschleunigungsschub im gesellschaftlichen Wandel, den wir heute erleben, zwingt aber die Menschen dazu, sich im Verlauf ihres Lebens an sich immer schneller verändernde Realitäten anzupassen. Es wird hier eine Anpassungsleistung vom Menschen verlangt, die viele nicht mehr erbringen können.

Die Beschleunigung des gesellschaftlichen Wandels hat auch Daniel Bell (1979) in seiner Beschreibung der „nachindustriellen Gesellschaft“ als eine Hauptschwierigkeit der Zukunftsbewältigung hervorgehoben.

„Jahrtausendlang war die junge Generation – wie auch heute noch in einigen, allerdings zusehends schrumpfenden Teilen der Erde – in die Fußstapfen der Altvorderen getreten, in unveränderliche Verhaltensweisen und ritualisierte Regeln eingeführt worden, hatte einen gemeinsamen Wissensschatz und eine gemeinsame Moral besessen und war grundsätzlich ortsansässig und familienverbunden geblieben. Heute dagegen steht dem Kind nicht nur ein radikaler Bruch mit der Vergangenheit, sondern auch eine unbekannte Zukunft bevor, auf die es vorbereitet werden muß – eine Aufgabe, der sich auch die gesamte Gesellschaft gegenübersehen“ (Bell 1979, S. 172).

Lübbe (1981a, b) entwickelt diesen Gedanken weiter und sieht als Folge dieser von Bell beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklung einen Erfahrungsverlust des Menschen. Beschleunigter gesellschaftlicher Wandel und sich zunehmend differenzierende soziale Realität bewirkt einen enger werdenden unmittelbaren Erfahrungshorizont des Menschen.

„In modernen Zivilisationen hat sich das Lernen wie nie zuvor kulturell selbstständig, weil sich heute der Kreis des Wissens, auf den wir für Orientierungs- und Handlungszwecke angewiesen sind, ungleich weiter erstreckt, als die Reichweite von Erfahrungen, die sich über learning by doing it je gewinnen lassen“ (Lübbe, 1981b, S. 15f.)

und an anderer Stelle:

„... der Kreis der zivilisatorischen Bedingungen unseres Lebens, der unserem individuellen lebenserfahrungsgemäß vermittelten Verständnis noch zugänglich ist, (ist) wie nie zuvor zusammenschrumpft“ (Lübbe 1981a, S. 200).

Auf den Grundlagen der Überlegungen von Lübbe lassen sich drei Thesen formulieren, die – bezogen auf unser Umweltbeispiel – gesellschaftliche Grundentwicklungen skizzieren, die als auslösend für neue Wertorientierungen gelten dürfen:

1. *Noch nie hatte der einzelne Mensch so wenig Anteil am kollektiven Wissen über seine natürlichen Lebensbedingungen wie heute.*

Als Folge unserer arbeitsteiligen Gesellschaft haben sich die Lebensbereiche, in denen der einzelne kompetent handeln kann, eingengt. Der Mensch der Industriekultur arbeitet in einem immer höher spezialisierten Bereich der Produktion oder der Verwaltung von Gütern bzw. im Bereich der Produktion und Verwaltung von Wissen und Informationen. Relativ zu der Produktion von Gütern nehmen die Produktion von Wissen und Information wie Verwaltungsaufgaben heute einen immer größeren Raum ein. Dies bedeutet, daß der Mensch nur noch in geringem Maße über wesentliche Bereiche seiner Existenzgrundlagen (Produktion von Nahrungsmitteln, Güterproduktion für den täglichen Bedarf, Rohstoffgewinnung und Verarbeitung) informiert ist. Noch weiter eingengt als das Wissen um seine Existenzgrundlagen ist seine Handlungsfähigkeit in diesen Bereichen. Wie er selbst Experte in einem Minibereich von Realität geworden ist, hat er die Verantwortung in anderen Bereichen an andere Experten abgegeben. In jüngster Zeit erleben wir, wie auch der Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen immer weniger Gegenstand der alltäglichen Lebensbewältigung wird und zunehmend von psychosozialen Experten ausgefüllt wird. Kurz gesagt: der Mensch hat Handlungskontrolle über seine (natürliche und soziale) Umwelt verloren.

2. *Noch nie wußte der Mensch so wenig über seine zukünftigen Lebensbedingungen wie heute.*

Die Beschleunigung des sozialen und technischen Wandels in diesem Jahrhundert macht es immer schwieriger, zukünftige Lebensumstände zu prognostizieren. Während in der vorindustriellen Gesellschaft die Eltern noch ziemlich sicher vorhersagen konnten, wie ihre Kinder leben würden – nämlich in etwa unter den gleichen Lebensumständen wie sie selbst, wissen die Studenten von heute nicht mehr genau, ob das technische Wissen, das sie heute erwerben, in 20 Jahren noch anwendbar sein wird. Der rapide Beschleunigungsschub der Veränderung im sozialen und technischen Bereich produziert in hohem Maße Unsicherheiten, insbesondere

im Bildungsbereich: auf welche Realität hin soll denn erzogen (fortgebildet) werden? Was ist die Legitimation von Pädagogen, wenn sie die Realität, auf die sie hin erziehen, nicht mehr kennen. Der hier angesprochene Verlust an gesellschaftlicher Stabilität und Prognostizierbarkeit wird heute auch im Umweltbereich deutlich. Noch nie wußten wir so wenig über die Zukunft unserer natürlichen Umwelt wie heute.

3. *Noch nie hatte der Mensch so viele Eingriffsmöglichkeiten in seine natürlichen Lebensumstände wie heute.*

Schon immer hat der Mensch verändernd in seine Umwelt eingegriffen. Die Auswirkungen dieser Eingriffe waren jedoch – anders als heute – regional und/oder bereichsspezifisch begrenzt. Die Umweltprobleme, vor denen wir heute stehen, haben globales Ausmaß und stellen eine Bedrohung für ganze Ökotope dar. In Zusammenhang damit gibt es eine weitere neue Entwicklung: die Irreversibilität von Schädigungen. So sind z.B. Schadstoffbelastungen von Luft, Gewässern und Böden durch Chemikalien in überschaubaren Zeiträumen kaum umkehrbar und lösen bis heute nicht zu durchschauende Wirkungsketten im Ökosystem aus, d.h.: noch viele Generationen werden mit den Folgen unseres heutigen Handelns leben müssen.

Die Grundprobleme der heutigen ökologischen Krise lassen sich also unter drei Aspekten zusammenfassen:

- Verlust von Handlungskompetenz,
- Verlust von Prognosekompetenz,
- Verlust von Überschaubarkeit und Reversibilität.

Die Beschleunigung des sozialen und kulturellen Wandels und die Ausdifferenzierung des Wissens führt zu einem Auseinanderfallen von Lebenswirklichkeit und individuellem Erfahrungsraum. Der Mensch muß immer mehr lernen, um letztendlich immer weniger von seiner technischen und sozialen Umwelt zu verstehen. Die Psychologie muß hierauf Antworten suchen. Es muß ein Gegengewicht zu einer Wirklichkeit geschaffen werden, die den einzelnen in unterschiedlichen Lebensbereichen entmündigt und Entscheidungen einer hydraartig wachsenden Schar von Experten überantwortet. Die kognitive Durchdringung der Welt durch die Wissenschaft wie auch die wachsende Technisierung der Umwelt entlegitimieren wertemäßig begründete und von Traditionen geleitete, mit dem subjektiven Gefühl von Sicherheit verbundene Handlungsweisen des Menschen. Der Mensch

der Industriestaaten lebt in kognitiver Überforderung und emotionaler Verarmung; er leidet unter einem Traditionsverlust, der sich als Unsicherheit subjektiv manifestiert. Die subjektiv erlebte Unsicherheit führt zur Suche nach neuen realitätsgerechten handlungsleitenden Wertstrukturen. Wenn es richtig ist, daß unsere Gesellschaft sich zunehmend in abgegrenzte Erfahrungsräume ausdifferenziert, ist eine Ausdifferenzierung unserer Wertsysteme eine notwendige Folge. Damit aber verlieren Wertstrukturen gesellschaftlich den Charakter der Selbstverständlichkeit. Sie werden zum Fokus sozialer und damit auch wissenschaftlicher Auseinandersetzung. So kann es nicht verwundern, daß Wertwandel heute ein sozialwissenschaftliches Zentralthema geworden ist.

Trotz umfangreicher empirischer Arbeiten besteht aber (auf einer wissenschaftslogisch vorgeordneten theoretischen Ebene) kaum Einigkeit darüber, was denn unter Werten eigentlich zu verstehen sei, wie sie zu klassifizieren wären, oder gar wie sie entstehen und sich wandeln.

Werte sind Konstrukte des wissenschaftlichen oder alltäglichen Sprachgebrauchs. Werte sind ontologisch nicht dieses oder jenes, sie werden vielmehr in dieser oder jener Weise begrifflich gefaßt. Auch wenn sie selbst nicht (notwendigerweise) Realität sind, helfen sie als begriffliches Werkzeug, Realität zu ordnen. Aus wissenschaftlicher Perspektive ist es notwendig, den Wertbegriff eindeutig und operationalisierbar zu fassen. Weiter ist es erforderlich, eine bestimmte begriffliche Fassung in der Wissenschaft zu konventionalisieren. Erst eine eindeutige und konventionalisierte Fassung des Wertbegriffs ermöglicht eine empirische Wertforschung, in der unterschiedliche theoretische Aussagen und empirische Befunde aufeinander bezogen werden können. Das, was wir in den Sozialwissenschaften unter einem „Wert“ verstehen, genügt jedoch diesen Anforderungen nicht. Die Wertforschung hat diese Arbeit noch zu leisten. Vorerst müssen wir mit vagen und heterogenen Begrifflichkeiten arbeiten.

Häufig taucht die Frage auf, in welcher Beziehung Werte mit anderen personalen Konstrukten stehen, die mit dem Wertbegriff eine gewisse Ähnlichkeit aufweisen. Die wissenschaftliche Sprache ist reich an derartigen Begriffen: Werthaltung, Werturteil, Wertstruktur, Wertung, Einstellung, Interesse. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Die Vorstellung, hinter jedem dieser Begriffe würde sich eine gesonderte psychische Entität verbergen, die wir vielleicht nur noch nicht entdeckt haben, entspringt einem naiven Wissenschaftsverständnis. Unterschiedliche Worte müssen nicht unterschiedliche „Realitäten“ beschreiben. Ob zum Beispiel Einstellungen und Werthaltung

gen Unterscheidbares oder Gleiches sind, ist nicht eine Frage empirischer Forschung, es ist Folge theoretischer Setzung. Ebenso aber wie der Wertbegriff haben die meisten ihm verwandten Begriffe keine hinreichend klare Bestimmung erfahren. Somit ist es derzeit müßig, über die Beziehungen von z.B. Einstellungen und Werten zu philosophieren. Die Vielfalt der Begrifflichkeit – die auch in diesem Buch Verwendung findet – entspricht eher einem stilistischen Bedürfnis als einer wissenschaftlichen Notwendigkeit. Dennoch sei als Beispiel eine jüngere definitorische Fassung von „Wert“ herausgegriffen.

In Anlehnung an den Vorreiter sozialwissenschaftlicher Wertforschung Rokeach (1973) fassen Engelmann, Radte u. Sachs (1981) ihr Verständnis davon, was unter einem „Wert“ zu verstehen ist, folgendermaßen zusammen:

„Werte sind kognitiv repräsentierte, objektunspezifische Kriterien oder Maßstäbe, an denen das eigene Handeln und die Dinge und Personen des sozialen Umfeldes beurteilt werden können. Sie entspringen dem eigenen Erleben (z.B. von Bedürfnissen, Motiven, Affekten), den Erwartungen von Bezugspersonen und -gruppen sowie gesellschaftlichen Normen, sind aber eben nur *kognitive Repräsentationen* derselben. Sie dienen als zentrales Erklärungs-konstrukt für Einstellungen (Attitüden), soziale Urteilen, Verhalten und Entscheidungen in der gesamten Sozialwissenschaft“ (S. 37).

Diese Definition fängt vieles von dem auf, was heute allgemein unter Werten verstanden wird. Der wesentliche Punkt der Definition scheint in der „objektunspezifischen“ Natur von Werten zu liegen. Dies ermöglicht eine Abgrenzung zu dem Begriff „Einstellung“, der häufig als Stellungnahme von Menschen zu spezifischen Urteilsobjekten definiert ist. Es kann festgehalten werden, daß sich Werte nicht auf isolierte Objekte sozialer oder natürlicher Art beziehen sollen, sondern Grundhaltungen bezeichnen, die sich an einer Vielzahl von Einzelbeispielen – möglicherweise höchst unterschiedlicher Natur – festmachen lassen.

Wenn also hier die Rede von Wertwandel ist, ist in diesem so definierten Sinne ein tiefgreifender Wandel in den erlebnismäßig repräsentierten Beziehungen des Menschen zu seiner natürlichen und sozialen Umwelt gemeint. Dieser Wandel muß gemäß der oben vorgenommenen begrifflichen Festlegung auf mehrere unterscheidbare Lebensbereiche ausstrahlen.

Rokeach (1973) unterscheidet Werte in Terminal- und Instrumentalwerte. Instrumentalwerte richten sich auf bestimmte Handlungsformen und Eigenschaften von Institutionen und Personen (intelligent, unabhängig, etwas für den Umweltschutz tun). Terminalwerte richten sich auf bestimmte Ziele (saubere Umwelt, Frieden,

Versorgungssicherheit): Es wird öffentlich derzeit viel darüber gestritten, ob – in dem oft unterstellten Zielkonflikt zwischen Ökologie und Ökonomie – das eine oder das andere Vorrang haben soll, oder um einen moderneren Streit zu nehmen, ob ein Mehr an Verteidigungsausgaben oder ein Mehr an sozialer Sicherung politisch notwendig und geboten ist. Offensichtlich wird um gesellschaftliche Ziele gestritten (Terminalwerte). Ist Wertwandel also gleichbedeutend mit einem Wandel gesellschaftlicher Ziele?

Umweltbewegung und Friedensbewegung haben natürlich bestimmbare Ziele: eine gesunde und lebenswerte Umwelt, ein friedliches Zusammenleben der Völker etc. Eine einfache Überlegung zeigt aber, daß dies nicht allein der Kern dessen ist, was sich in den neuen Bewegungen an neuen Werten zeigt. Genausowenig, wie heute niemand gegen eine saubere Umwelt ist, würde sich niemand gegen Frieden als Politikziel aussprechen. Die Konflikte: also das, was sich als Neues im Wertwandel gegen das Alte artikuliert, kann sich wohl kaum allein darauf beziehen. Der Kern des Wertwandels liegt offensichtlich weniger in den Zielen, die Menschen verfolgen, als in den Prozessen, die sie für die Erreichung der Ziele für erforderlich halten. Die Neuen Werte haben i.S. Rokeachs auch stark instrumentalen Charakter, wobei sich natürlich Ziele und Wege der Zielerreichung oft nur schwer trennen lassen.

Die soziologisch/politikwissenschaftliche Forschung zum Wertwandel ist sehr stark an dem von Inglehart (1977) vorgebrachten Paradigma des Wandels von materialistischen zu postmaterialistischen Wertvorstellungen in Industrienationen ausgerichtet. Der Wertwandel, den er beschreibt, besteht in einer Hinwendung zu postmateriellen Werten, die sowohl terminalen als auch instrumentalen Charakter haben (vgl. Abb. 1), postmaterielle Werte entstehen nach Inglehart dadurch, daß nach dem 2. Weltkrieg in diesen Ländern eine Generation heranwuchs, die (in von ihm angenommenen wertprägenden Phasen ihrer individuellen Entwicklung) eine Absicherung ihrer materiellen Bedürfnisse erfahren hat und so fähig wurde, auf der Basis einer angenommenen Hierarchie von Bedürfnissen (Maslow 1978) höhere, nämlich „postmaterielle“ Bedürfnisse zu entwickeln. Das Postmaterialismuskonzept von Inglehart ist wohl das derzeit meistbeachtete Wertwandelskonzept. Es erfaßt offensichtlich einen wesentlichen Aspekt dessen, was heute als Wertwandel stattfindet. Die theoretische Fassung des Konzepts und insbesondere auch die von Inglehart angenommenen Entstehungsbedingungen sind in jüngster Zeit aber häufiger kritisiert worden (vgl. hierzu Müller-Rommel 1983). Trotz aller notwendiger Kritik im einzelnen: die Grundüberlegungen Ingleharts haben mindestens in der Soziologie und in der empirischen

Postmaterialistische Werte	Materialistische Werte
Mehr Mitsprache der Bürger Schutz der freien Meinungsäußerung Mehr Mitbestimmung Verschönerung der Umwelt Eine freundliche, weniger unper- sönliche Gesellschaft Eine Gesellschaft, für die Geist und Ideen wichtiger sind als Geld	Ruhe und Ordnung Kampf gegen steigende Preise Wirtschaftswachstum Stärkere Landesverteidigung Mehr wirtschaftliche Stabilität

Abb. 1: Operationale Definition materialistischer und postmaterialistischer Werte nach Inglehart

Politologie schulenbildend gewirkt und außerhalb der Wissenschaft breit Resonanz gefunden. So lohnt es sich, etwas näher auf diese Arbeiten einzugehen. Operational benutzt Inglehart 12 Items zur Unterscheidung materieller und postmaterieller Bedürfnisse (Inglehart 1981). Untersuchungen von Inglehart aus den Jahren 1973, 1974 und 1979 zeigen, daß die angenommene Dimension „Materialismus/Postmaterialismus“ als in sich homogenes Konstrukt eine empirische Entsprechung findet. Diese drei Studien zeigen, daß sich das, was Inglehart operational als Postmaterialismus faßt, empirisch auf einer Dimension (Faktor) abbilden läßt. Diese Dimension war in unterschiedlichen Industrieländern, in unterschiedlichen Zielpopulationen und zu unterschiedlichen Zeiten aufweisbar (Tab. 1).

Der Übergang von materiellen zu postmateriellen Werten ist aber nicht allein ein Prozeß des Bewußtseinswandels, er stellt wahrscheinlich eine der Voraussetzungen dar, die eine gesellschaftliche Ordnung erlauben, mit der ein Ausweg aus der ökologischen Krise gefunden werden kann: „Wenn es gelingt, die dauerhaften Konsumgüter aus ihrem Rang als Statussymbole zu verdrängen und an ihre Stelle Dinge zu setzen wie Wissen und Können, Vertrautheit mit Kunst und Kultur, so ist schon allerhand erreicht“, so charakterisierte Küng (1973, S. 12) auf dem 2. Symposium für wirtschaftliche und rechtliche Fragen des Umweltschutzes 1973 psychische Notwendigkeiten im Zusammenhang des Übergangs „von der Wachstumswirtschaft zur Gleichgewichtswirtschaft“. Genau diese von Küng geforderten Wertpräferenzen sind es aber, die den Postmaterialisten charakterisieren. Postmaterialisten sind aber nicht allein Träger neuer Wertemuster, sie sind auch Vorreiter einer neuen politischen Kultur (Hildebrandt u. Dalton 1977). In unseren eigenen Untersuchungen

Tab. 1: Die Materialismus-Postmaterialismus-Dimension  
Drei Untersuchungen von Ronald Inglehart

	1973 <sup>1</sup>	1974 <sup>2</sup>	1979 <sup>3</sup>
<i>Postmaterialistische Werte</i>			
Ideen zählen mehr als Geld	.51	.58	.40
Weniger unpersönliche Gesellschaft	.53	.50	.47
Redefreiheit	.43	.45	.25
Schöne Welt <sup>4</sup>	-	.31	-
Weisheit <sup>4</sup>	-	.31	-
Gleichheit <sup>4</sup>	-	.30	-
Mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz	.58	.30	.66
Mehr politische Mitbestimmung	.48	.27	.47
Innere Ausgeglichenheit <sup>4</sup>	-	.26	-
Schönere Städte	-	-	.31
<i>Materialistische Werte</i>			
Aufrechterhaltung der Ordnung	-.46	-.28	-.58
Stabile Wirtschaft	-.41	-.30	-.45
Familiäre Geborgenheit <sup>4</sup>	-	-.36	-
Wirtschaftswachstum	-.38	-.41	-.56
Kampf gegen steigende Preise	-.34	-.42	-.43
Nationale Sicherheit <sup>4</sup>	-	-.43	-
Kampf gegen Verbrechen	-.41	-.44	-.44
Ein angenehmes Leben <sup>4</sup>	-	-.46	-
Starke Verteidigungskräfte	-.37	-.49	-.66

- 1 9 Mitgliedsländer der EG und USA/Hauptkomponentenanalyse  
aus: Inglehart (in Klages & Kmiecik 1979, S. 287)
- 2 USA/Hauptkomponentenanalyse  
aus: Inglehart (in Klages & Kmiecik 1979, S. 290)
- 3 Kandidaten für das Europaparlament/Hauptkomponentenanalyse  
aus: Inglehart 1981
- 4 Items von Rokeach

ergab sich faktorenanalytisch eine Urteilsdimension, die die Breite der neuen Wertorientierung verdeutlicht. Das Urteilstspektrum, das diese Wertdimension abdeckt, kann mit einigem Recht auch als materialistische vs. postmaterialistische Wertorientierung bezeichnet werden. Es fügt sich in den theoretisch-deskriptiven Rahmen, den Inglehart vorgezeichnet hat. Es ist eine neue operationale Fassung des

Konstrukts „Postmaterialismus“ (vgl. Fietkau, Kessel, Tischler 1982), die wir als „Berliner Materialismus/Postmaterialismus-Skala“ bezeichnen wollen. Umweltbezogenes Denken ist hier sehr deutlich Teil der postmaterialistischen Orientierung (Abb. 2). Während Ingleharts Skala auf ordinal skalierten Items beruht, geht die Berliner Materialismus-Postmaterialismus-Skala von intervallskalierten Items aus. Dies erlaubt die Verwendung differenzierter Auswertungsmethoden.

Postmaterialistische Werte		Materialistische Werte
Eine Gesellschaft, die bestrebt ist, die Natur so zu erhalten, wie sie ist.	vs.	Eine Gesellschaft, die die Nutzung der Natur betont, um allgemeinen Wohlstand zu schaffen
Eine Gesellschaft, die versucht, Wohlstand nicht um den Preis von Risiken zu schaffen	vs.	Eine Gesellschaft, die bewußt Risiken in Kauf nimmt, um Wohlstand zu schaffen
Eine Gesellschaft, die Wert darauf legt, daß menschliche Arbeit in erster Linie befriedigend ist	vs.	Eine Gesellschaft, die Wert darauf legt, daß Arbeit in erster Linie wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung trägt
Eine Gesellschaft mit vielen Möglichkeiten für Bürger, an politischen Entscheidungen teilzunehmen	vs.	Eine Gesellschaft, in der politische Entscheidungen von den dafür Verantwortlichen getroffen werden
Eine Gesellschaft, in der Menschen hauptsächlich nach ihren menschlichen Qualitäten beurteilt werden	vs.	Eine Gesellschaft, in der Menschen hauptsächlich nach dem, was sie erreicht haben, beurteilt werden
Eine Gesellschaft, die Umweltschutz über Wirtschaftswachstum stellt	vs.	Eine Gesellschaft, die Wirtschaftswachstum über Umweltschutz stellt

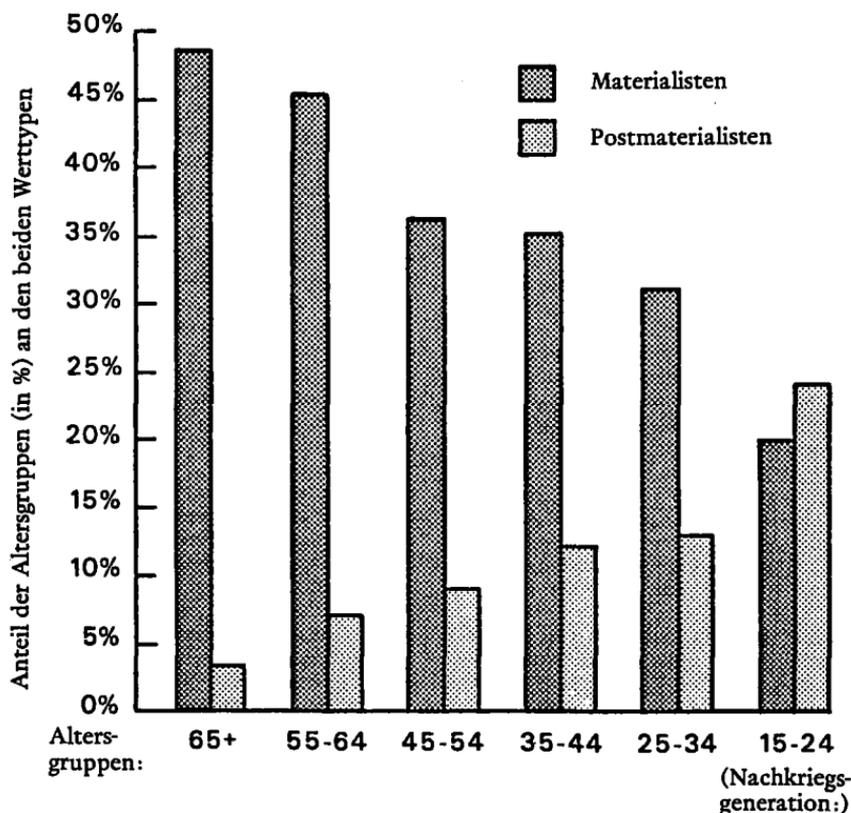
Quelle: nach Fietkau, Kessel, Tischler 1982

Abb. 2: Die Berliner Materialismus-Postmaterialismus-Skala

Soziodemographisch sind Postmaterialisten jünger als Materialisten. Insbesondere die Nachkriegsgeneration ist in hohem Maße Träger postmaterieller Werthaltungen (Tab. 2). Aber das Alter allein bietet soziodemographisch keine hinreichende Beschreibung der Gruppe,

die als Träger der neuen Werte angesehen werden kann. Unter denen, die in besonderer Weise die neuen Werte gesellschaftlich repräsentieren und im politischen Raum vertreten, finden sich sehr viele Menschen, die in Dienstleistungsberufen, insbesondere in sozialen Dienstleistungsberufen arbeiten (Fietkau 1980).

Tab. 2: Alter und postmaterialistische Orientierung



Die Daten stammen aus einer Umfrage der Europäischen Gemeinschaft (Febr. - März 1970), die von Jaquer-Rene Rabier und Ronald Inglehart durchgeführt wurde.

Quelle: nach Inglehart 1981, S. 886

Politisch sind Postmaterialisten offener gegenüber einem gesellschaftlichen Wandel, wobei die Mehrzahl der Postmaterialisten „allmähliche Reformen“ als Weg des Wandels bevorzugt (Tab. 3).

Tab. 3: Postmaterialistische Werthaltungen und Einstellungen zum gesellschaftlichen Wandel

	Befragter unterstützt:		
	revolutionären Wandel	allmähliche Reform	Verteidigung der bestehenden Gesellschaft
<i>Werttyp:</i>			
materialistisch	4%	56	40
gemischt	7	61	32
post-materialistisch	16	72	13

Prozentsätze basierten auf allen Befragten in neun Ländern der Europäischen Gemeinschaft, die sich für eine der drei Optionen entscheiden.

Das Gesamtergebnis wurde unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl der einzelnen Länder erstellt. Es wurde dem Eurobarometerbericht Nr. 8 (November 1977) entnommen.

Quelle: Inglehart 1979, S. 305

Für das Engagement insbesondere jüngerer, besser ausgebildeter Menschen, die vorwiegend in Ballungsräumen leben, gegenüber Umweltschutzinitiativen und Umweltparteien, stellt eine postmaterialistische Wertorientierung einen wesentlichen Erklärhintergrund dar (Müller-Rommel u. Wilke 1981). Postmaterialisten sind neuen gesellschaftlichen Entwicklungen gegenüber aufgeschlossen. Die Reformfreude von Postmaterialisten zeigt sich auch in einem höheren Maß an Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Lebensbedingungen (Inglehart 1977a). Die politische Unzufriedenheit hat ihre Ursache aber sicher nicht in einem bestimmten Grad der Versorgung mit materiellen Gütern. Subjektive Lebenszufriedenheit und objektive Lebensbedingungen weisen auf dem Versorgungsniveau westlicher Industrienationen nur einen geringen Zusammenhang auf (Inglehart 1977, Andrews u. Withy 1976, Campbell, Convers u. Rodgers 1976).

Eine sehr differenzierte und umfangreiche Analyse über die Bedingungen von Lebenszufriedenheit legte Campbell 1981 (S. 163 f., S. 224 f.) für die USA vor: Es zeigt sich:

- In den letzten zwanzig Jahren sank die Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen in der Bevölkerung ab;
- im gleichen Zeitraum hat das Familieneinkommen als Indikator für Lebenszufriedenheit an Bedeutung verloren;
- Lebenszufriedenheit wird wesentlich von der Art und dem Ausmaß zwischenmenschlicher Beziehungen bestimmt. Verheiratete sehen ihr Leben weit positiver als nicht Verheiratete. Die höhere Lebenszufriedenheit der Verheirateten wird nicht durch die Zahl der Kinder begünstigt. Es ist offensichtlich die Partnerschaft selbst, die das höhere Maß an Lebenszufriedenheit fördert;
- die physische Umwelt spielt für die Lebenszufriedenheit kaum eine Rolle. Allenfalls läßt sich sagen, daß Menschen, die in kleineren Gemeinden leben, zufriedener sind als Menschen, die in den großen Städten zuhause sind.

Lebenszufriedenheit wie ihr Gegenteil und damit vielleicht auch politische Protestbereitschaft bilden sich offenstichtlich über sehr individuelle, persönliche Erfahrungen heraus, die, wie Campbell zeigen konnte, stark der privaten und sozialen Lebensumwelt zuzuordnen sind.

Materialisten und Postmaterialisten unterscheiden sich in ihrer Wahrnehmung sozialer Realität und in ihrem sozialen Umfeld. In einer Studie über „Vorstellungen und Einstellungen zur Armut in Europa“, die die Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1977 in den Mitgliedsländern der EG durchführte, zeigte sich, daß im Gegensatz zu den Materialisten die Postmaterialisten (auf der Basis der operationalen Definition von Materialismus/Postmaterialismus nach Inglehart) die Ursachen der Armut in stärkerem Maße der Gesellschaft und in geringerem Maße den Armen selbst zuschreiben. Postmaterialisten geben auch in deutlich stärkerem Maße an, selbst Menschen zu kennen, die Not leiden. Der Mechanismus, der diesem Befund zugrunde liegt, läßt sich inzwischen mit Hilfe der Attributionstheorie erklären. Das persönliche Kennen von Personen führt zwangsläufig eher dazu, die Lebensumstände dieser Person oder Personengruppe äußeren situativen Ursachen zuzuschreiben. Personale Ursachenzuschreibungen erfolgen eher dann, wenn der Urteilende den Beurteilten bzw. die Gruppe der Beurteilten gar nicht oder kaum kennt (Jones u. Nisbett 1972).

Ein wesentlicher Aspekt postmateriellen Denkens ist ein neues Verhältnis des Menschen zur ökonomischen Realität. Ökologische Problemlösungsstrategien erfordern ein Umdenken auch in ökonomischen Fragen. Wie lassen sich ökologische Ziele, wie läßt sich eine menschengerechte Umwelt in ökonomische Meß- und Modellvorstel-

lungen einbringen (Simonis 1982). Im traditionellen ökonomischen Denken lassen sich politische und wirtschaftliche Entscheidungen als Kosten-Nutzen-Relation darstellen. Kosten und Nutzen müssen aber – um vergleichbar zu sein – auf einem gemeinsamen Maßstab ausgedrückt werden: normalerweise Geld. Der Versuch, ökologische Werte in Kosten-Nutzen-Funktionen auszudrücken, ist aber problematisch. Die Frage, wieviel DM, Pfund oder Dollar es wert ist, wenn die Luft etwas sauberer wäre, wenn eine seltene Pflanzenart nicht aussterben würde etc. überschreitet das Denken in ökonomischen Kategorien. Beides: Geld und ökologische Lebensbedingungen sind nur bedingt transformierbare Größen. Ebenso unsinnig wie die Frage, wieviel cm hat ein  $m^2$ , ist die Frage, wieviel in Geld ausgedrückter materieller Schaden von der vom Aussterben bedrohten Langohrfledermaus ausgeht. Ökologische Bewertungen entziehen sich mindestens teilweise dem ökonomischen Kalkül. In dem Maße, in dem ökologische Werte Eingang in politische Entscheidungen gewinnen, verdrängen sie somit notwendigerweise ein Denken in ökonomisch definierten Kategorien. Ökonomisches und ökologisches Denken stehen sich als alternative soziale Paradigmen gegenüber.

Die neuen sozialen Paradigmen artikulieren sich in unterschiedlichen Bereichen. Sie stehen traditionellen Denkmustern gegenüber (Dunlap 1976, Dunlap u. van Liere 1978, McEvoy 1972).

Ökologisches Denken ist zum festen Bestandteil einer neuen gesellschaftlichen Grundüberzeugung geworden. Diese neue Beziehung des Menschen zur Natur kann historisch als ein Wandel der Naturauffassung des Menschen verstanden werden. Mit zunehmender wissenschaftlicher Durchdringung unserer Welt hat der Mensch lernen müssen, daß er keine Sonderstellung in der Welt, in der er lebt, einnimmt (vgl. Abb. 3). Vielleicht ist es ein wesentliches Kennzeichen der Neuen Werte, daß der Mensch zu verstehen beginnt, daß er Teil eines Ökosystems ist, über dessen Eigengesetzlichkeit er sich nicht ungestraft hinwegsetzen kann. Der Verlust der Sonderstellung des Menschen in seinem Verhältnis zur Welt war historisch immer mit großen Widerständen verbunden. Die Menschen haben sich immer dagegen gewehrt, ihre Sonderstellung aufzugeben. Vielleicht liegt der Widerstand gegen ökologisches Denken auf der gleichen Ebene. Vielleicht ist es hier auch ein Widerstand gegen die Einsicht, daß der Mensch nur Teil, nicht Herr der Natur ist.

Der Mensch hat in vielen Bereichen seine Sonderstellung verloren: sein Ort im Universum, seine phylogenetische Entwicklung, sein Handeln, seine Wirklichkeitserfahrungen, seine Erkenntnismöglichkeiten und jüngst eben seine Stellung in der Natur sind nicht mehr einzigartig. Er mußte mit wachsender Erkenntnis und fortschreiten-

dem Wissen Omnipotenzansprüche und sich selbst zugewiesene Sonderstellungen aufgeben. Der Prozeß des Umdenkens ist ein Wandel, der sich in Generationen vollzieht. Deutet sich in der ökologischen Wende wieder ein derartiger Wandel im Denken an? Es ist sicher nicht Angelegenheit unserer Generation, diese Frage zu beantworten.

- 
- 1507 beendete Nicolaus Kopernikus sein Hauptwerk, mit dem er das ptolemäische Weltbild veränderte. Die Erde und damit der Mensch rückten aus dem Zentrum des Universums.
- 1859 Charles Darwin begründet seine Evolutionstheorie. Der Mensch nimmt von da an keine Sonderstellung in der Evolutionsgeschichte der Arten mehr ein. Er wird phylogenetisch Entwicklungsgesetzen unterstellt, die für Lebewesen allgemein gelten.
- ca. Sigmund Freud begründet die Psychoanalyse. Der Mensch hört auf, das rational und moralisch handelnde Wesen zu sein. Irrationalitäten und Triebe (insbesondere Sexualität) werden zur Ursache menschlichen Handelns. Der Mensch ist nur noch bedingt Herr seiner Handlungsweisen.
- 1900 Albert Einstein zeigt in der speziellen Relativitätstheorie und später (1914/15) in der allgemeinen Relativitätstheorie die Standortgebundenheit menschlicher Naturerfahrung auf. Die menschliche Erfahrung von Raum und Zeit stellt keine absolute, sondern lediglich eine unter unendlich vielen anderen gleichberechtigten Wirklichkeitserfahrungen dar.
- 1927 In der Unschärferelation weist Werner Heisenberg die Begrenztheit menschlicher Erkenntnismöglichkeit im subatomaren Bereich nach. Indem der Mensch die Natur beobachtet, verändert er sie, er kann somit nicht mehr alles über die Welt wissen, in der er lebt.
- 1960/ Die Menschen beginnen zu verstehen, daß sie Teil eines ökologischen Systems sind. Der Mensch ist nicht mehr Herr über die Natur, sondern Teil der Natur. Er muß sich – um zu überleben – in ökologische Kreisläufe einfügen.
- 

### Abb. 3: Die Entthronung des Menschen

Gleichgültig aber, ob es sich um einen Wandel im Denken handelt, der historische Ausmaße hat – es findet eine kognitive Neuorientierung statt, die die Wissenschaft ebenso erfaßt wie unser Alltagsdenken.

Der Mensch ist in einen hochkomplexen Zusammenhang von Regelkreisen einbezogen (Vester 1980). Die Neuen Werte fordern vom Menschen, sich selbst als Teil natürlicher Lebensbedingungen, als Teil des Ökosystems, der Natur zu sehen. In dem Maße, in dem Menschen diesem Ziel Rechnung tragen wollen, müssen sie ihr Denken und Handeln neu ausrichten. Die Ziele menschlichen Handelns rechtfertigen

nicht mehr alle Mittel. Individuelles und gesellschaftliches Handeln muß sich an seiner ökologischen Verträglichkeit messen lassen.

Hier ergeben sich wichtige Parallelen zu den Grundargumentationsmustern der Humanistischen Psychologie. In der Humanistischen Psychologie wird vom Menschen gefordert, sich nicht gegen seine eigene psychische Entwicklung zu stellen, nicht gegen die Eigengesetzlichkeit seiner eigenen Existenz zu leben. Ökologische Orientierung fordert vom Menschen ebenso die Berücksichtigung der Eigengesetzlichkeit ökologischer Prozesse im Handeln (Prozeßbewußtsein). Prozeßbewußtsein ist der Schlüsselbegriff, den die humanistische Psychologie zum Verständnis der Neuen Werte anbietet (Abb. 4).

- 
- Prozeßbewußtsein
  - Vorrang menschlicher Bedürfnisse; Wertschätzung des Individuums; Offenheit menschlicher Beziehungen; Wunsch nach Nähe; Anteilnahme, echtes Engagement für die, die Hilfe brauchen; Erforschung des Selbst; Entfaltung der Persönlichkeit; Verlangen nach Ganzheit und Authentizität
  - Ablehnung von Institutionen; Führung als wechselnde Funktion aus innerer Autorität; Bevorzugung überschaubarer Strukturen
  - Skepsis in bezug auf Wissenschaft und Technik; Suche nach humaneren Wissenschaftskonzeptionen; Erforschen sozialer Beziehungen, Sehnsucht nach Spirituellem
  - Unwichtigkeit materieller Güter; gleichmäßige Verteilung der materiellen Güter
  - Achtung der natürlichen Umwelt
- 

Quelle: Die Zusammenstellung erfolgte auf der Basis von:

C. Rogers: Der neue Mensch. 1981, S. 183-185 und  
C. Rogers: Therapie ist Politik. 1978, S. 37-42

Formulierung und Kategorisierung entsprechen nicht den Originaltexten

Abb. 4: Der Neue Mensch nach Rogers

„Prozeßbewußtsein“ als formales Bestimmungsmoment der neuen Wertorientierung konkretisiert sich in unterschiedlichen inhaltlichen Bereichen. Bei den inhaltlichen Bereichen ähneln sich die Einschätzungen der Humanistischen Psychologie und der soziologisch/politologischen Wertwandelsforschung. Das Verdienst der Humanistischen Psychologie ist es, das Augenmerk der Forschung auf die Prozesse gerichtet zu haben, die konstruktive Wandlungsprozesse begünstigen. Es ist schwer mit wenigen Worten zu fassen, was unter Prozeßbewußtsein verstanden werden kann. Vielleicht kann man es auf eine Kurzformel bringen: Prozeßbewußtsein ist die Bereitschaft, Fähigkeit

oder Wunschvorstellung, ein Leben zu führen, das durch eine realitätsadäquate Lern- und Wandlungsfähigkeit gekennzeichnet ist (Rogers 1961, 1978, 1981). Der Mensch ist solange gesund und lebendig, wie er neuen Lebensumständen realitätsgerecht lernend, sich verändernd und aktiv in die Lebensumstände eingreifend begegnen kann. Prozeßbewußtsein ist die Bereitschaft des Menschen, mit sich selbst zu experimentieren. Der „Neue Mensch“ mit seinen „Neuen Werten“ ist ein Mensch, der zur Wahrung seiner Handlungsfähigkeit in einer sich wandelnden Welt sich selbst und seine Umwelt nicht als statisch, sondern als wandlungsfähig betrachtet. Der „Neue Mensch“ experimentiert mit sich selbst und seiner Umwelt. In der Psychotherapie — als bislang wichtigstem Anwendungsfeld — gibt es wissenschaftlich hochformalisierte und praktisch gut erprobte Methoden, die dem einzelnen Menschen helfen, offener zu werden gegenüber neuen Lebenserfahrungen und damit realitätsgerechter zu handeln (Fietkau 1977, Rogers 1972, Gendlin 1961, Martin 1975 u.v.a.).

Auch Erich Fromm beschreibt in seinem Vergleich menschlicher Existenzformen („Haben oder Sein“) den neuen Menschen als einen, der sich der Prozeßhaftigkeit seiner Existenz bewußter geworden ist. Die Prozeßhaftigkeit in der Charakterstruktur des „Neuen Menschen“ beschreibt Fromm (1982, S. 164) mit den Worten:

„— was auch immer der entfernteste Punkt sein mag, den uns das Schicksal zu erreichen gestattet — glücklich zu sein in diesem Prozeß stetig wachsender Lebendigkeit, denn so bewußt und intensiv zu leben, wie man kann, ist so befriedigend, daß die Sorge darüber, was man erreichen oder nicht erreichen könnte, gar nicht erst aufkommt“.

Es ist vielleicht die wichtigste Aufgabe künftiger sozialwissenschaftlicher Forschung und gesellschaftlicher/politischer Praxis — diesen Grundeinsichten folgend —, Formen einer gesellschaftlichen Ordnung zu suchen, die es begünstigen, offen und unverzerrt Probleme wahrzunehmen und ihnen flexibel und realitätsgerecht entgegenzutreten.

## 4. Entstehungsbedingungen neuer Werte

### 4.1 Psychologische Vorüberlegungen

Die Psychologie ist arm an Erklärungen von Neuem. Wir wissen sehr wenig darüber, wie sich neues Verhalten oder neue Werte herausbilden. Dies aber ist keine Besonderheit der Psychologie, es ist vielmehr Kennzeichen unserer Naturbetrachtung allgemein. Erst Ansätze zur Beantwortung der Frage, wie in der Natur hochkomplexe organische, aber auch anorganische Strukturen entstehen können, zeichnen sich in sehr unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen ab (vgl. für die Psychologie Miller et al. 1973). Einer der bedeutendsten deutschen Physiker, Hermann Haken (Begründer theoretischer Grundlagen der Laserphysik), geht in den letzten Jahren in einer Forschungsrichtung, die er Synergetik nennt, der Frage nach, wie Ordnung aus Chaos entstehen kann (Haken 1981) oder: „Wie kann Neues entstehen?“ Diese Frage ist für die moderne Wissenschaftsauffassung revolutionär (Capra 1983); eine dertige Problemauffassung ist aber für eine ökologische Weltansicht unerlässlich (Vester 1980).

Die großen Fortschritte der Naturwissenschaften begründen sich in dem Vorgehen, komplexere Strukturen in einfachere zu zerlegen und zu versuchen, das Komplexe aus dem Einfacheren heraus zu verstehen. Nicht nur Moleküle werden in Atome und Atome in subatomare Teilchen zerlegt, es hat in Philosophie und Psychologie auch Tradition, die Person zu zerlegen: in einen körperlichen und einen seelischen Anteil (Descartes), den seelischen Anteil dann wieder in Verhalten, Verhaltensabsichten, Wünsche, Triebe, Einstellungen, Werte etc. Wir wissen jedoch sehr wenig darüber, wie sich die aufgesplitteten psychischen Funktionen zu einem sinnvoll handelnden Ganzen zusammenfügen. Diese Lagebeurteilung der Psychologie ist auch angesichts neuerer holistischer Trends in der Psychologie (Handlungstheorien), aufrecht zu halten. Das reduktionistische Denken beherrscht nach wie vor die moderne Wissenschaft. Das Ganze wird aus seinen Teilen erklärt. Erklären sich aber auch die Teile aus dem Ganzen?

Die Gestaltpsychologie hat den Vorrang des Ganzen vor seinen Teilen betont. Der Vorrang des Ganzen vor den Teilen bezieht sich sowohl auf wissenschaftslogische Betrachtungen als auch in der Sache auf aktual- und ontogenetische Entwicklungsprozesse. Bezogen auf die Entstehung neuer Werte müssen aus gestaltpsychologischer Sicht neue Werte als Ausdifferenzierung sich wandelnder Bedingungen der Gesamtexistenz des Menschen gesehen werden. Werte sind so gesehen keine Produkte kumulierter Einzelerfahrungen, sondern Antworten des Menschen auf neue Herausforderungen.

Es kann als fraglich gelten, ob die derzeit dominanten Modellvorstellungen der Psychologie die Entstehung neuer Werte erklären können. Die Psychologie wird von Theorien beherrscht, die Nivellierungsprozesse beschreiben:

Die *Homöostasetheorien* (prominentestes Beispiel: die Dissonanzreduktionstheorie von Festinger 1957) beschreiben im Kern die Angleichungsprozesse sich widersprechender Einstellungen und gegenläufiger Einstellungen und Verhaltensweisen.

*Triebtheorien* und *Bedürfnistheorien* beschreiben menschliches Verhalten als den Versuch, Bedürfnis- und Triebspannungen zu reduzieren.

*Diffusionstheorien* oder *Theorien des Gruppendrucks* beschreiben die Angleichung von Verhaltensweisen, Normen und Einstellungen des Individuums an die soziale Gemeinschaft, in der eine Person lebt.

In den *Lerntheorien* ist der Mensch ein Wesen, das lernt, mit seiner sozialen Umwelt in Einklang zu leben, d.h. sich ihr anzugleichen (Modellernen), oder das lernt, um Trieb- und Bedürfnisspannungen zu reduzieren (operantes und klassisches Konditionieren).

Zusammenfassend: Die Psychologie kann gut Prozesse beschreiben, in denen intra- und intersubjektive Angleichungen stattfinden. Es gibt aber nur wenige theoretische Vorstellungen darüber, wie Neues entsteht, oder um die Formulierung von Haken (1981) zu gebrauchen, wie aus dem Chaos Ordnung hervorgeht. Die Gestaltpsychologie ebenso wie die Vorstellungen, die auf Selbstaktualisierungstendenzen des Menschen abzielen, und jüngst handlungstheoretische Modellvorstellungen bieten jedoch einige wenige Ansatzpunkte.

Im Mittelpunkt der Überlegungen zur Entstehung neuer Werte steht im folgenden eine psychologische Problembetrachtung. Die moderne empirische und theoretische Psychologie hat dem Phänomen „Wert“, „Wertwandel“ etc. nur in ihren Randbereichen Aufmerksamkeit geschenkt. Das Forschungsfeld wird von soziologisch und empirisch-politologisch orientierten Forschungsgruppen dominiert. So kann es nicht verwundern, daß wir wenig über die binnensychi-

sche Repräsentanz und die psychischen Entstehungsbedingungen der Neuen Werte wissen. Einen guten Überblick über psychologische Betrachtungsweisen und Meßvorschläge gibt Stiksrud (1981). Die Umweltpsychologie beginnt sich erst zögernd mit den Ursachen des Wandels ökologischer Wertvorstellungen zu beschäftigen (Stokols 1978). Die Forschung zu ökologischen Werten bewegt sich auf der Basis von Umfragedaten (notwendigerweise) auf sehr schlichtem deskriptiven Niveau.

Das politische Interesse an ökologischen Fragen schlägt sich in perzipierten Dringlichkeiten unterschiedlicher gesellschaftlicher Aufgaben nieder (z.B. Giger 1980, Murch 1974, Sewell u. Forster 1971, Towler u. Swan 1972). Den eher soziologisch/politologisch orientierten Forschungsinteressen in diesem Bereich entsprechend findet sich in den einschlägigen Untersuchungen eine Vielzahl von Analysen, die sich auf soziodemographische Verteilungscharakteristika ökologischer Werte beziehen (z.B. Trembley u. Dunlap 1978). Die Kenntnis soziodemographischer Verteilungsmerkmale führt jedoch nicht zwangsläufig zu Hypothesen oder gar gesicherten Erkenntnissen über Entstehungsursachen. Gleiche soziodemographische Verteilungen von Werten lassen unterschiedliche Deutungen ihrer Entstehungsbedingungen zu.

Der Erkenntnisweg aber vom Individuum zum soziodemographischen Aggregat ist eindeutiger. Annahmen über individuelle Entstehungsbedingungen neuer (ökologischer) Werte führen bei Kenntnis der soziodemographischen Verteilungscharakteristika eben dieser Entstehungsbedingungen zu eindeutiger prüfbarer Hypothesen über die erwartete soziodemographische Verteilung der Werte. Die Prüfung dieser Hypothesen kann dann zur Stützung von Annahmen über die individuellen Entstehungsbedingungen herangezogen werden.

In der Bildung von Hypothesen über die Entstehungsbedingungen ökologischer Werte lassen sich zwei Hypothesengruppen unterscheiden:

1. *Hypothesen über den Primärprozeß:*

Unter Hypothesen über den Primärprozeß sollen Annahmen verstanden werden, die den Entstehungsprozeß neuer Werte im Ursprung beschreiben. Es sind Aussagen über individuelle Strukturmerkmale des Entwicklungsprozesses ökologischer Werte.

2. *Hypothesen über den Sekundärprozeß:*

Unter Hypothesen über den Sekundärprozeß sollen Annahmen verstanden werden, die sich auf Diffusionsbedingungen (über Medien, über Gruppendruck, über politische Interessenstruktur etc.) ökologischer Werte in der Bevölkerung beziehen. Aussagen in

diesem Bereich setzen einen Primärprozeß in einzelnen Bevölkerungsgruppen voraus.

Die Analyse des Primärprozesses nimmt notwendig eher auf psychologische Theoriegebäude Bezug; die Analyse des Sekundärprozesses ist eher Angelegenheit soziologischer, politischer oder medienwissenschaftlicher Betrachtung. Da dieses Buch stärker auf eine psychologische Deutung des Phänomens abhebt, wird hier auf die Analyse von Sekundärprozessen verzichtet.

In einer Grobklassifikation lassen sich fünf Grundhypothesen über die Genese ökologischer Wertvorstellungen im Rahmen des Primärprozesses unterscheiden.

#### 4.2 Die *wahrnehmungspsychologische Hypothese*

Ökologische Werte entstehen durch die unmittelbare Anschauung des Menschen vom sich verändernden Ökosystem und von der zunehmenden Umweltbelastung.

Die Annahme, daß das gestiegene Umweltbewußtsein und die wachsende Sorge um ökologische Probleme als Folge einer unmittelbaren Anschauung von Umweltproblemen aufzufassen sind, scheint zunächst naheliegend. Die unmittelbare Erfahrbarkeit der Veränderung von Stadtlandschaften, die sichtbare Verschmutzung von Flüssen, der Rückgang der Artenvielfalt in Flora und Fauna, die Dunstglocken der Ballungsräume sind unmittelbar erfahrbare Umweltprobleme. Das verfügbare empirische Wissen spricht aber geschlossen dagegen, daß die schlichte Wahrnehmung von Umweltproblemen allein zu einem Anwachsen von „Umweltsorgen“ führt:

- Mauss (1975, S. 573) stellt nach Durchsicht der amerikanischen Literatur fest: „That concern for such things as air pollution has risen steadily at the same level as that of a number of common air pollutant have declined in a broad sample of urban areas“.
- Survey-Untersuchungen in westlichen Industrienationen zeigen höheres Umweltbewußtsein bei Menschen, die über ein besseres Einkommen verfügen und besseren Zugang zur natürlichen Umwelt haben (Mauss 1975), d.h. in weniger belasteten Umwelten leben.
- Jokiel (1977) konnte zeigen, daß in der Bundesrepublik Deutschland die subjektive Beurteilung von Beeinträchtigungen durch Lärm von 1953 bis 1976 im Grunde konstant geblieben ist. Wäh-

rend des ganzen Zeitraumes waren es etwa 40% der in der Bundesrepublik Befragten, die sich persönlich durch Lärm beeinträchtigt fühlen.

- Das Ausmaß der persönlichen Betroffenheit von Umweltbelastungen und die perzipierte politische Dringlichkeit von Umweltproblemen fallen in Meinungsumfragen nicht zusammen. Bei Fragen nach der politischen Dringlichkeit in den unterschiedlichen Umweltmedien (Luft, Lärm, Wasser etc.) und nach dem Ausmaß der persönlichen Betroffenheit durch die Umweltbelastungen in den einzelnen Medien zeigt sich sehr deutlich: In der Rangordnung der perzipierten politischen Dringlichkeit stehen die Wasser- und Luftverschmutzung ganz vorn. Die Beseitigung der Lärmbelästigung rangiert auf sehr viel weiter hinten liegenden Rangplätzen. Die politischen Dringlichkeiten werden so wahrgenommen, obwohl die gleichen Personen Lärm an die erste Stelle rücken, wenn sie nach der persönlichen Betroffenheit gefragt werden (Fietkau u. Kessel 1981). Dieser Befund bietet Platz für eine Reihe von Interpretationen:

1. Menschen verhalten sich in ihren politischen Forderungen (auch) prosozial, d.h. ihre Forderungen richten sich auch auf Sachverhalte, von denen sie meinen, daß sie Beeinträchtigungen (auch) für andere Menschen und künftige Generationen darstellen.
2. Die perzipierte politische Dringlichkeit folgt aus der Perzeption des Grades der Reversibilität bzw. Irreversibilität der Problembe- reiche. Schädigungen werden dann als gravierend wahrgenom- men, wenn der Geschädigte die Vermutung der Irreversibilität der Schädigung hat.
3. Bei der Beurteilung politischer Dringlichkeiten gesellschaftlicher Probleme spielt das Ausmaß, in dem der Urteilende sich selbst (mit) als Problemverursacher (Selbstattribution) sieht, eine ent- scheidende Rolle. Die Selbstattribution der Ursache bei Lärm ist sicher größer als bei anderen Umweltproblemen, und dies kann sich abschwächend auf die perzipierte politische Dringlichkeit auswirken.
4. Durch Gewohnheitsbildung werden Probleme als weniger wichtig wahrgenommen.

Man kann festhalten: Offensichtlich ist die Ausbildung ökologischer Wertvorstellungen nicht eine direkte Folge der Umweltbelastungen, denen ein Mensch ausgesetzt ist.

### 4.3 Die kognitionstheoretische Hypothese

*Die gegenwartsbezogene kognitionstheoretische Hypothese:*

Ökologische Werte entstehen durch ein sich änderndes Denken und Wissen über ökologische Problemzusammenhänge bezogen auf die derzeitige Situation des Ökosystems.

*Die zukunftsbezogene kognitionstheoretische Hypothese:*

Ökologische Werte entstehen durch ein sich änderndes Denken und Wissen über ökologische Problemzusammenhänge, die sich auf erwartete zukünftige Zustände des Ökosystems richten.

Bei der empirischen Beurteilung der wahrnehmungspsychologischen Hypothese wurde deutlich, daß die Wahrnehmung allein nicht entscheidend für die Ausbildung ökologischer Wertvorstellungen ist. Wichtiger ist möglicherweise die Art der kognitiven Verarbeitung der Wahrnehmung: die Art und Weise, wie Menschen über die ökologischen Fragen nachdenken.

Das Nachdenken über Umweltfragen und ökologische Probleme kann in zwei Grundmustern unterschieden werden:

- a) Status quo – zentriertes Denken (gegenwartsbezogen) und
- b) Veränderungs- zentriertes Denken (zukunftsbezogen).

Das status quo-bezogene Denken richtet sich auf die ökologischen Probleme und Umweltbelastungen, wie sie derzeit gegeben sind oder genauer als derzeit gegeben wahrgenommen werden. Das veränderungszentrierte Denken richtet sich im Gegensatz dazu auf erwartete Veränderungen (Verschlechterungen) der Umweltqualität und des Ökosystems in der Zukunft.

Einige empirische Befunde sprechen dafür, daß ein status quo-bezogenes Denken nicht zu ökologischem Engagement führt. Erst das Gewährwerden von als negativ und gefährlich beurteilten Prozessen führt zu Sorge und Engagement. Menschen, die sich in Umweltschutzgruppen engagieren, unterscheiden sich von denen, die sich nicht engagieren, nicht hinsichtlich der perzipierten Umweltbelastung, der sie ausgesetzt sind. Sie unterscheiden sich aber sehr deutlich von denen, die nicht aktiv werden, in dem Ausmaß, in dem sie sich durch zukünftige Entwicklungen bedroht fühlen (Fietkau u. Hüttner 1979). Neue Umweltinformationen werden – wie es die Gestaltpsychologie beschreibt – in bestehende Strukturen eingeordnet. Diese These wird auch durch die Beobachtung gestützt, daß sich Bürgerinitiativen im Umweltschutzbereich aber auch in der Friedensbewegung dann bilden, wenn Betroffene eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen

in der Zukunft befürchten. Es sind kaum Fälle bekannt, wo sich Bürgerprotest an einer bereits bestehenden Situation festmacht. Dies begründet auch den mangelnden Zusammenhang zwischen der realen, gegebenen Umweltsituation, in der Menschen leben, und ihrem ökologischen Engagement. Motor der modernen Bürgerbewegungen ist die Zukunftsangst. Dies bedeutet aber auf der anderen Seite, daß Menschen in sehr hohem Maße bereit sind, gegebene Belastungen — auch wenn sie persönlich sehr bedrückend sein mögen — hinzunehmen. Diese Tendenz ist in der klinischen Psychologie als (neurotische) Rigidität gut bekannt und findet auch in neuerer entwicklungspsychologischer Forschung Beachtung (Görlitz 1981).

Die Bedeutung des veränderungszentrierten Denkens unterstreicht die im Zusammenhang der wahrnehmungspsychologischen Deutung des Umweltbewußtseins herausgehobene Stellung der Ursachendimension „Perzipierte Reversibilität/Irreversibilität“ der Schädigung, in der ja ebenfalls Zukunftserwartungen zum Tragen kommen.

Wenn man über ökologiebezogene Kognitionen als Ursache ökologischer Werte nachdenkt, muß neben der Art des Denkens über ökologische Fragen das Ausmaß des Wissens um ökologische Probleme Berücksichtigung finden. Kasperson et al. (1980) berichten über eine Arbeit von Reed u. Wilkes, die den Zusammenhang zwischen Einstellung und Wissen am Beispiel der Kernenergie aufzeigten. Reed u. Wilkes konnten zeigen:

- a) Die Einstellungen zur Kernenergie werden durch Wissen um die Kerntechnologie nicht gebildet, sondern lediglich ausdifferenziert.
- b) Vermehrtes Wissen ändert die Einstellungen nicht.
- c) Daraus folgt: weder die Befürwortung noch die Gegnerschaft zur Kernenergie folgt aus dem Grad des Verständnisses der Problematik.

Aus einer psychologischen Perspektive zeigt sich hier, daß Einstellungen und Werturteile einer kognitiven Problemdurchdringung vorgeordnet sind. Kognitionen sind nicht Ursachen ökologischer Werte, sie verstärken sie. Der Verstärkungseffekt tritt insbesondere dann auf, wenn ein veränderungszentriertes Denken gegeben ist. Kurz: Umweltwissen verstärkt vorher gebildete Wertstrukturen, bildet sie aber nicht aus.

#### 4.4 Die Bedürfnis- und motivationspsychologisch orientierte Hypothese

Ökologische Werte entstehen nach Sättigung vorgeordneter (materieller) Grundbedürfnisse (Annahme einer hierarchischen Organisation menschlicher Bedürfnisse).

Den bedürfnis- und motivationspsychologisch orientierten Wertwandelskonzepten ist die Annahme gemeinsam, daß hinter dem beobachtbaren Wertwandel menschliche Bedürfnisse oder Motive stehen, die in den sich artikulierenden Werten ihren Ausdruck finden. Am häufigsten wird in diesem Zusammenhang eine hierarchische Anordnung von Bedürfnissen diskutiert, die von Maslow 1954 vorgeschlagen wurde.

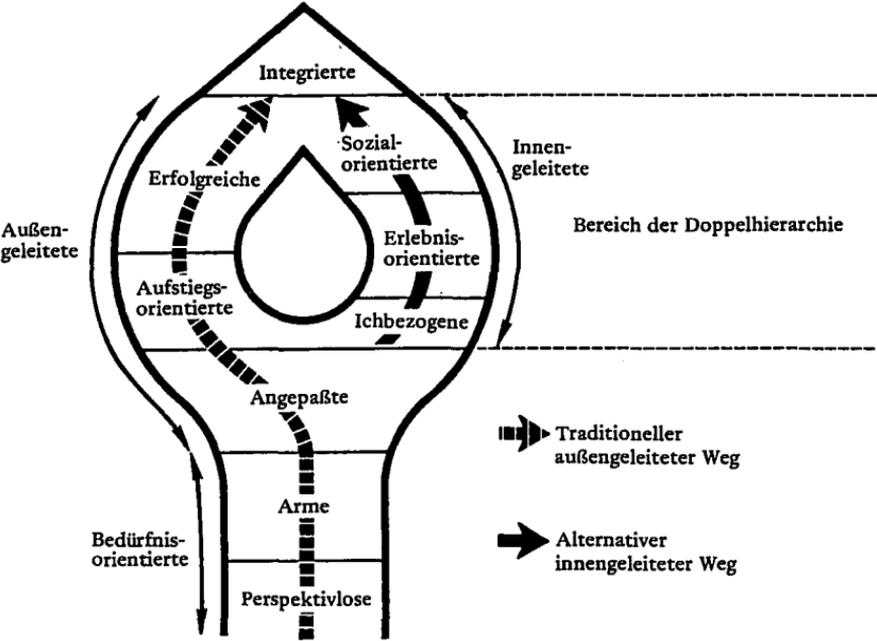


Abb. 5: Die Hierarchie menschlicher Bedürfnisse nach Maslow

Maslow unterstellt eine Schichtung menschlicher Bedürfnisse. Nach Absättigung tieferliegender und als grundlegend gedachter Bedürfnisse (materielle Bedürfnisse) wird der Mensch frei, sich höheren Bedürfnissen zuzuwenden (Soziale Bedürfnisse, Selbstverwirklichung). Die Maslow'sche Bedürfnishierarchie ist eindimensional aufgebaut. Es gibt in ontogenetischer aber auch in historiogenetischer Betrachtungsweise in diesem Modell nur einen Weg, der zur hochentwickelten Persönlichkeit führt, die in der Lage ist, jenseits ihrer materiellen Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung zu streben. Die Eindimensionalität des Entwicklungsweges der menschlichen Persönlichkeit, wie sie von Maslow unterstellt wird, wird aber der Beobachtung nicht gerecht, daß gerade in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine wachsende Zahl von Menschen in Industrienationen trotz relativ (im Vergleich

zu anderen Menschen in Industriestaaten) niedrigem Versorgungsgrades mit materiellen Gütern nach „alternativen“ Möglichkeiten der Entfaltung ihrer eigenen Persönlichkeit suchen. Offensichtlich kann die „fully functioning person“, wie sie Rogers in Anknüpfung an Maslow nannte, auch ohne den Zwischenschritt über die Befriedigung materieller „Luxusgüter“ von Menschen angestrebt und erreicht werden.

Diesen Alltagserfahrungen entspricht eine zweigleisige Bedürfnishierarchie besser, die in jüngster Zeit vom SRI International (SRI International o.J.) entwickelt und geprüft wurde: die VALS-Doppelhierarchie. In diesem hierarchischen Bedürfnismodell werden nach der Sättigung materieller Basisbedürfnisse zwei Wege zur „integrated“ Persönlichkeit angenommen: der außengeleitete und der innengeleitete Weg (Abb. 6).



Quelle: nach SRI International, o.J.

Abb. 6: Die VALS-Doppelhierarchie

Die VALS-Doppelhierarchie läßt sich in folgende Entwicklungsstufen aufgliedern:

Die niedrigste Entwicklungsstufe umfaßt Personen, die in ihren Werthaltungen durch die Notwendigkeit geprägt werden, in täglicher Auseinandersetzung um die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse zu kämpfen, die ‚Bedürfnisorientierten‘ (Need drivens). Ihre zentralen Werte sind Überleben und Sicherheit. Innerhalb dieser Gruppe lassen sich in Feingliederung die ‚Perspektivlosen‘ (Survivors) und die ‚Armen‘ (Sustainers) unterscheiden. Die ‚Perspektivlosen‘ sind die Ärmsten der Armen, die auch keine Chance haben, ihre Lage zu verbessern. Sie leben in einer eigenen Armutskultur, die stark vom Rest der Gesellschaft abgekoppelt ist. Die ‚Armen‘ sind diejenigen, die an den Grenzen der Armut ihren Kampf um eine bessere Existenz kämpfen. Als zumeist Jüngere haben sie noch nicht alle Hoffnung aufgegeben.

Jenseits der ‚Bedürfnisorientierten‘ gibt es zwei große Gruppen, die die Mehrheit der Bevölkerung in Industrienationen ausmachen: die ‚Außengeleiteten‘ (Outer-directeds) und die ‚Innengeleiteten‘ (Inner-directeds). Die ersteren sind diejenigen, für die äußere Werte im Vordergrund stehen: Konsum, beruflicher Status, Aktivitäten verschiedenster Art; die letzteren akzentuieren in ihren Werten auf ihre eigene persönliche Entwicklung und Selbstverwirklichung. Die ‚Außengeleiteten‘ sind mit ihren Werthaltungen im Einklang mit den heute (noch) dominierenden gesellschaftlichen Grundüberzeugungen. So kann es nicht überraschen, daß diese Gruppe mit ihrem Leben auch die höchste subjektive Zufriedenheit zeigt. Innerhalb der ‚Außengeleiteten‘ lassen sich nun drei Gruppen unterscheiden. Die ‚Angepaßten‘ (Belongers) sind Menschen, die als Angehörige der unteren Mittelschicht gut an gesellschaftliche Normvorstellungen angepaßt leben. Ihre Haltungen sind konservativ; sie sind bestrebt, ihren Status quo zu erhalten. Die ‚Aufstiegsorientierten‘ (Emulators) sind diejenigen, die versuchen, ihren äußeren Status zu verbessern: sie zeichnen sich durch eine Aufsteigermentalität aus. Die ‚Erfolgreichen‘ (Achievers) sind Menschen, die den äußeren Aufstieg geschafft haben. Sie nehmen gesellschaftliche Führungspositionen ein. Sie sind offen gegenüber technologischem Wandel, widersetzen sich aber einem gesellschaftlichen Fortschritt (vgl. Kap. 5.5).

Innerhalb der ‚Innengeleiteten‘ (Inner-directeds) lassen sich ebenfalls drei Gruppen voneinander trennen. Die ‚Ichbezogenen‘ (I am me)-Gruppe umfaßt Personen, die egoistisch und individualistisch ihre eigenen Bedürfnisse in den Vordergrund stellen. Sie sind exhibitionistisch, narzistisch und impulsiv. In dieser Gruppe finden sich insbesondere jüngere Menschen. Die ‚Erlebnisorientierten‘ (Experiential) haben großes Interesse an intellektuellen Fragen, sind künstlerisch und sozial interessiert und engagiert. Die dritte Gruppe, die ‚Sozialorientierten‘ (Societally Conscious) kann ihr Bestreben

nach Eigenverantwortlichkeit in gesellschaftliches Engagement einbringen. Sie sind in hohem Maße gebildet, haben geringe materielle Ansprüche und unterstützen neue gesellschaftliche Strömungen.

Bei den ‚Integrierten‘ (Integrated), die an der Spitze der Doppelhierarchie steht, fließen beide Grundströmungen zusammen. Menschen dieses Typus haben die Möglichkeit zur äußeren Dominanz und zur inneren Sensibilität. Sie sind in der Lage, gesellschaftliche Entwicklungen wirklich entscheidend voranzutreiben.

Die VALS-Doppelhierarchie ist in einer groß angelegten Studie einer empirischen Prüfung und Anwendung unterzogen worden. Leider liegen die empirischen Befunde einer breiten Öffentlichkeit nicht vor, weil das gesamte Forschungsprogramm im Kontext kommerzieller Sozialforschung im SRI betrieben wird. So kann hier nur über zwei Grundinformationen berichtet werden: die Häufigkeitsverteilung der einzelnen Personengruppen in den USA und einige wenige soziodemographische Charakteristika dieser Gruppen (Tab. 4).

Tab. 4: VALS-Lebensstile

	% der Bevölkerung über Jahre	davon Frauen	Alter (Median)	Haushaltseinkommen 1980 (\$ (Median)
Bedürfnisorientierte	11			
Perspektivlose	4	60	66	5.000
Arme	7	52	32	9.000
Außengeleitete	67			
Angepaßte	39	60	54	14.000
Aufstiegsorientierte	8	48	28	19.000
Erfolgreiche	20	39	42	35.000
Innengeleitete	20			
Ichbezogene	3	42	20	12.500
Erlebnisbezogene	6	61	26	26.000
Sozialorientierte	11	54	38	30.000
Integrierte	2	54	40	34.000

Quelle: nach SRI International, o.J.

Dieses Bedürfnismodell kann als eine wesentliche Weiterentwicklung der Maslowschen Bedürfnishierarchie gesehen werden. Trotz der heuristischen Fruchtbarkeit des VALS-Modells lassen sich grundlegende Einwände, die gegen die Bedürfnishierarchien insgesamt geltend gemacht werden können, auch gegen diesen Ansatz ins Feld führen (Brede u. Siebel 1977).

Die Argumentation mit menschlichen Bedürfnissen als psychologisches Erklärungsmodell ist außerhalb der Psychologie im Zusammenhang soziologischer und politologischer Erkläransätze außerordentlich populär – in der Psychologie selbst spielt der Rekurs auf Bedürfnisse oder Motive (mindestens in dieser simplen Fassung) keine Rolle mehr (vgl. Herrmann 1979).

Der Bedürfnisansatz in dieser oder ähnlicher Form ist lediglich Psychologiegeschichte. Das Bedürfniskonzept als Erklärhintergrund für Wertwandel ist auf zwei Ebenen angreifbar:

- a) In den vorliegenden Bedürfnismodellen werden keine objektiven Kriterien angegeben, wann eine Bedürfnisbefriedigung auf den jeweiligen Ebenen gegeben ist. Aus einem beobachteten Wertwandel wird anhand des Modells gefolgert, daß eine Bedürfnisbefriedigung auf einer tieferen Ebene gegeben sei. Die Bedürfnisbefriedigung auf der tieferen Ebene wird aber gleichzeitig als Erklärungshintergrund für das Entstehen des Wertwandels benutzt. A wird durch B und B wird durch A erklärt. Es liegt eine Tautologie vor, und damit wird durch die Heranziehung des Bedürfniskonzepts zur Erklärung von Wertwandel wissenschaftlich kein explanativer Fortschritt erreicht.
- b) Der Tautologievorwurf würde im Grunde zur Ablehnung des Bedürfniskonzepts ausreichen. Es zeigen sich jedoch auch Defizite bei der Durchsicht der empirischen Forschung. Inglehart, der – in Anlehnung an Maslow – das Aufkommen postmaterieller Werte als Folge der Sättigung materieller Bedürfnisse in kritischen Phasen der ontogenetischen Entwicklung begreift, kann im Rahmen seiner theoretischen Modellvorstellungen zwei Sachverhalte nicht erklären:

Nicht alle Menschen, die in kritischen Phasen ihrer ontogenetischen Entwicklung in gleicher Weise eine Sättigung ihrer materiellen Bedürfnisse erfahren durften, sind Postmaterialisten. Offensichtlich muß zur Ausbildung postmaterialistischer Werthaltungen noch etwas hinzukommen, was in der Bedürfnistheorie, wie sie von Maslow und Inglehart zugrunde gelegt wird, nicht berücksichtigt wurde.

Postmaterialisten sind im Rahmen der Inglehartschen Theorie Menschen, die in höherem Maße ihre Grundbedürfnisse sättigen konnten. Warum sind diese Menschen aber im Vergleich zu Menschen, bei denen dies nicht der Fall ist, unzufriedener mit sich selbst, ihrem Leben und der Gesellschaft, in der sie leben?

Es ist erstaunlich, in welchem Maße die Gedanken Maslows in der fach- und populärwissenschaftlichen Literatur und Diskussion außer-

halb der Psychologie (besonders in der Soziologie aber auch der Ökonomie) Beachtung gefunden haben. Dies, obwohl es Maslow als klinischem Psychologen humanistischer Orientierung nicht vorrangig um Erklärung oder Voraussage des Verhaltens von Gruppen oder gar um das Verhalten „der Bevölkerung“ ging. Im Focus seiner Betrachtung stand der einzelne Mensch, nicht aber der abstrakte homo sociologicus. Die Frage, warum Maslow, insbesondere außerhalb der Psychologie, eine derartige Popularität erreichen konnte, kann, anknüpfend an eine „Alltagspsychologie“, wie sie Heider konzipiert hat, selbst wieder Gegenstand psychologischer Überlegungen sein. Es kann angenommen werden, daß eine Psychologie, die Verhalten aus Motiven erklärt, alltagspsychologischen Deutungen menschlichen Verhaltens sehr nahe kommt.

Die Attributionstheorie und die an sie anknüpfende empirische Forschung hat in einer Reihe sehr überzeugender Untersuchungen zeigen können, daß Menschen dazu neigen, das Verhalten anderer Menschen in stärkerem Maße durch die Motivlage und Persönlichkeitsstruktur des Handelnden zu erklären als das eigene Handeln (Jones u. Nisbett 1972). Es ist daraus ableitbar, daß bei der Erklärung von Verhaltensweisen gesellschaftlicher Gruppen umso eher Deutungen des Verhaltens der einzelnen Mitglieder dieser Gruppen mit Rekurs auf ihre Mentalität, Persönlichkeitsstruktur, Motivation erfolgen, je weniger direkten Kontakt der Urteilende zu der Gruppe selbst hat. Völkerkundliche Reiseberichte etwa haben fast immer mit der Mentalität eines Volkes als erklärender Größe gearbeitet. Kaum jemand würde aber die Verhaltensgewohnheiten der Gesellschaft, in der er selbst lebt, mit der Mentalität der Mitglieder dieser Gesellschaft erklären. Auf sich selbst oder die eigene Gruppe bezogene Kausalattributionen beziehen sich weit stärker auf situative (außenliegende) Verhaltensdeterminanten.

Da die situativen Lebensbedingungen des anderen Menschen dem Beobachter in der Regel kaum bekannt sind, hat er, um sein Bedürfnis nach Erklärung zu befriedigen, eben nur die Möglichkeit, dies mit Rückgriff auf Konstrukte zu tun, die gleichsam in der Person selbst lokalisiert werden. Dieser Grundtendenz verdanken wohl alle Motivationslehren ihre Popularität, und es erklärt die Beliebtheit des Bedürfnisansatzes als Erklärhintergrund für Wertwandlungsprozesse.

Ein Merkmal ökologischer Werte ist die Bereitschaft, Verantwortung für andere Menschen, für Flora und Fauna, für künftige Lebensbedingungen zu übernehmen. Wie bereits deutlich wurde, hält die Annahme einer unmittelbaren persönlichen Betroffenheit als Auslöser ökologischer Wertvorstellungen der empirischen Prüfung nicht stand; sie widerspricht auch der Erfahrung mit der Bürgerinitiativbewegung.

Dort können offensichtlich den Aktiven kaum vorrangig egoistische, d.h. lediglich auf ihre eigenen Lebensbedingungen abhebende Ziele unterstellt werden. Ökologische Werte stehen wahrscheinlich auch im Zusammenhang mit moralischen Urteilen. Kohlberg (1971, S. 179) hat Stufen der ontogenetischen Moralentwicklung unterschieden:

- Obedience and punishment orientation
- Instrumental hedonism and exchange
- Orientation to approval and stereotypes of virtue
- Law and order orientation
- Orientation to principles of justice and welfare.

Das, was Kohlberg als die beiden höchsten Stadien ontogenetischer Moralentwicklung beschrieben hat, läßt sich auf einen Aspekt der Konfliktstruktur in der ökologischen Debatte beziehen. Der Konflikt zwischen einer „law and order orientation“ und einer „orientation to principles of justice and welfare“ ist analog zu dem Konflikt zwischen denen, die Umweltbelastungen akzeptieren, wenn sie rechtmäßig (im Sinne eines formalen Rechtsbegriffs) zustande kamen und denen, die ökologische Gesichtspunkte über formalrechtliche Gesichtspunkte stellen. Hier vollzieht sich eine Umorientierung im Denken. Eine wachsende Zahl von Menschen ist nicht mehr bereit, Umweltbelastungen nur deshalb hinzunehmen, weil ihre Verursachung einer Prüfung auf der Basis formalrechtlicher Kategorien standhalten würde. Die Hierarchie moralischer Grundorientierungen, wie sie Kohlberg aufgestellt hat, und wie sie in der Entwicklungspsychologie zur Grundlage einer an Piaget anknüpfenden breiten Forschungstradition geworden ist, scheint geeignet, diesen Aspekt der neuen Wertorientierung in einen breiteren Klassifikationszusammenhang moralischer Wertentwicklung zu stellen.

In Fortsetzung des Kohlbergschen Grundgedankens hat sich eine Forschungsrichtung entwickelt, die sich im Rahmen sozialpsychologischer Modellvorstellungen mit „prosozialem Verhalten“ (Lück 1975) beschäftigt. So konnten Berkowitz u. Daniels (1964) experimentell belegen, daß die Bereitschaft zur Hilfestellung steigt, wenn der Hilfeleistende den Betroffenen als von sich abhängig erlebt. Das Ausmaß der Hilfeleistung steigt mit der Selbsteinschätzung der sozialen Verantwortlichkeit. Wenn Engagement in ökologischen Fragen mit dem Konstrukt „soziale Hilfeleistung“ gleichgesetzt werden kann, dann kann daraus gefolgert werden, daß dieses Engagement von dem Eindruck abhängig ist, daß der Sachverhalt oder die Menschen, für die sich jemand einsetzt, nicht als abstrakte Gegebenheit, sondern als Sachverhalte kogniziert werden, zu denen ein persönliches (auf das

Individuum bezogenes) Abhängigkeits- bzw. Verantwortungsverhältnis besteht. Unter dieser Annahme lassen sich Erwartungen für ökologisches Engagement ableiten:

Horowitz (1971), zitiert nach Lück (1975, S. 99), faßt die Bedingungen für Hilfeleistungen folgendermaßen zusammen:

„Hilfeleistung ist niedrig, wenn

- die Notsituation unklar ist
- die Gruppenmitglieder nicht interagieren können
- die Zahl der möglichen Helfer groß ist
- andere Gruppenmitglieder kompetenter erscheinen
- die Notsituation verharmlost wird,

die Wahrscheinlichkeit für Hilfeleistung steigt, bei

- Hinweisen des Opfers, wie man helfen kann
- Gruppeninteraktion der Zeugen, insbesondere Freundschaft
- Einengung, Zentrierung des Hilfeappells auf die Vp
- Appell an Gruppennormen“.

Es wäre allerdings empirisch zu prüfen, ob analoge Bedingungen auch für soziales Engagement im gesellschaftlichen Bereich Gültigkeit haben.

#### 4.5 Die Symbolhypothese

Ökologische Werte entstehen durch symbolhafte Artikulation einer tiefgreifenden oder tieferliegenden Veränderung der Wertstrukturen von Menschen. Sie sind ein dem Zeitgeist entsprechender Ausdruck andersgearteter Veränderungen.

Die Symbolhypothese liegt in zwei inhaltlich unterscheidbaren, formal aber vergleichbaren Fassungen vor:

- a) *Die soziologisch/sozialpsychologische Fassung der Symbolhypothese:*  
Ökologische Werte entstehen durch symbolhafte Artikulation einer veränderten Einstellung zu grundlegenden gesellschaftlichen Entwicklungen.
- b) *Die psychoanalytische Fassung der Symbolhypothese:*  
Ökologische Werte entstehen durch symbolhafte Artikulation tieferliegender psychischer Prozesse.

Für die Verbreitung der Symbolhypothese gibt es viele Belege. Ein prominentes Beispiel:

Kmieciak (1978), einer der im Bereich Wertwandel führenden deutschen Wissenschaftler, schreibt zu den Bedingungen der Entstehung eines ökologischen Bewußtseins:

„Hier handelt es sich offenbar wesentlich auch um ein Resultat eines um sich greifenden Gefühls des ‚Unbehagens an der Modernität‘ und der hochtechnisierten Industriekultur, sowie einer stärkeren allgemeinen Labilisierung des Wertsystems, die zu einer Bedeutungserhöhung gerade dieser Werteausrichtungen führen. Umweltfragen bieten sich vielen Menschen zudem heute als Projektionsfeld allgemeiner Ängste und Befruchtungen aufgrund von genereller bedingten starken psychischen Spannungen und Konflikten an“ (S. 136).

Umweltbewußtsein und ökologische Wertvorstellungen werden bei Kmieciak zum „Projektionsfeld“ oder theoretisch weniger voraussetzungsreich zum Symbol von einem Unbehagen an der Modernität und von allgemeinen Ängsten.

Ohne Frage findet sich auch eine Vielzahl empirischer Belege dafür, daß ökologische Werte nicht isoliert auftreten. Sie sind in hochkomplexer Weise mit gesellschaftlichen Wertvorstellungen, mit einem sich ändernden Verhältnis zur arbeitsteilig organisierten Industriegesellschaft, mit einer sich ändernden Bewertung von Arbeit, Freizeit usf. verbunden. Das Aufkommen ökologischer Wertvorstellungen ist Teil eines allgemeinen Wertwandelprozesses (Fietkau, Kessel, Tischler 1982). Die Verknüpfung mit anderen Werten bedeutet jedoch nicht notwendig, daß ökologische Werte als Symbol, Ausdruck oder Stellvertreter der anderen Werthaltungen verstanden werden dürfen. Die These, ökologische Werte seien Symbol für etwas anderes, ist wissenschaftlich fragwürdig und politisch gefährlich.

*Die wissenschaftliche Fragwürdigkeit:* Die Symbolhypothese ist eine theoretische Aussage über die Relation zweier Phänomene. Es ist aber logisch sehr schwer möglich, der Symbolthese einen empirischen Sinn zu geben. Selbst wenn es so wäre, daß ökologische Werte nicht ohne eine Veränderung auch anderer Werte auftreten, diese aber sehr wohl ohne die Existenz ökologischer Werte beobachtet werden könnten, würde dies bestenfalls bedeuten, daß ein allgemeinerer Wertwandel Voraussetzung für das Aufkommen ökologischer Werte ist. Mit dem Begriff Symbol wird aber mehr bezeichnet als eine Voraussetzung. Mit der Verwendung dieses Begriffs wird der anthropomorphe Irrtum begangen. Es wird nahegelegt, ein Mensch oder eine psychische Instanz würde bewußt oder unbewußt (was in noch größere wissenschaftstheoretische Verirrungen führen würde) ökologische Werte als Ersatz oder Stellvertreter benutzen. Die Existenz einer derart

steuernden Instanz ist eine unnötige und empirisch durch nichts begründete Spekulation und behindert eine an den beobachtbaren Phänomenen orientierte Forschung. Von dieser Argumentation bleibt natürlich der Sachverhalt unberührt, daß ökologische Werte als Vehikel zur Durchsetzung anderer (politischer) Ziele genutzt werden können. Hier handelt es sich jedoch nicht um eine Beurteilung von Entstehungsbedingungen der Werthaltung, es handelt sich um den Versuch einer Beschreibung des Umgangs von Menschen mit ihren Werten im gesellschaftlichen Raum.

*Die politische Gefährlichkeit:* Ohne allen, die mit der Symbolhypothese ökologischer Werte argumentieren, generell bestimmte politische Absichten unterstellen zu wollen, führt die Argumentation mit der Symbolhypothese zu einer (von manchen vielleicht gewollten) Verharmlosung der Probleme. „Die ökologischen Probleme sind es ja nicht eigentlich, die uns bedrohen, sie sind ja nur Symbol für etwas anderes“. Dem Umweltprotest wird so die Ernsthaftigkeit entzogen.

#### 4.6 Die handlungstheoretische Hypothese

Ökologische Werte entstehen durch sich ändernde Bedingungen menschlicher Handlungsmöglichkeiten.

##### 4.6.1 Umweltbewußtsein als Verlust von Handlungsfähigkeit

Während bei der Erörterung der vorangegangenen Hypothesen wesentlich auf deren Unzulänglichkeit abgehoben wurde, soll im folgenden der Versuch unternommen werden, die Frage nach den Entstehungsbedingungen ökologischer Werte im positiven Sinne einer Klärung näherzubringen. Erklärung ist immer ein Versuch, einen Sachverhalt aus einer allgemeineren Gesetzmäßigkeit herzuleiten und ihn so als Sonderfall eines übergeordneten Prinzips zu begreifen.

Eine Grundschwierigkeit der bislang diskutierten Erkläransätze ist sicher darin zu sehen, daß in ihnen isoliert einzelne psychische Funktionen (Wahrnehmung, Kognition, Bedürfnis/Motiv, Symbolhandlung) als Erklärhintergrund herangezogen wurden. So notwendig diese wissenschaftlich zugeschärfte begriffliche Trennung sein mag, so notwendig ist auch die Integration der einzelnen psychischen Funktionen in eine übergreifende Theorie der psychischen Natur des Menschen. Die Psychologie (als wissenschaftliche Disziplin wie als alltägliches Nachdenken über den Menschen) hat in ihrer Geschichte die

Ausgliederung psychischer Funktionen vorgenommen. Die moderne wissenschaftliche Psychologie ist in letzter Zeit wieder zunehmend bemüht, den Menschen als Ganzheit zu verstehen. Zentrale Begriffe dieses (wiederentdeckten) „new look“ sind „Handlung“, „Handlungstheorie“ (Miller, Galanter u. Pribam 1973). Im folgenden soll ein solches Handlungsmodell vorgestellt und am Beispiel des Wandels ökologischer Wertvorstellungen und der Hinwendung zu ökologischem Handeln auf Plausibilität überprüft werden.

Der Versuch, psychische Prozesse in Schemata und Flußdiagrammen abzubilden, ist häufig unternommen worden. Eine große Auswahl hat die Psychologie hier anzubieten. Es ist wahrscheinlich für den Gang der Wissenschaft nicht schädlich, ein weiteres hinzuzufügen. Das Problem von Flußdiagrammen besteht darin, daß sie selten falsch sind. Das folgende Diagramm soll lediglich helfen, den Gang unserer Überlegungen zu illustrieren und den Ablauf der kognitiven Prozesse, von denen im folgenden die Rede ist, anschaulicher werden zu lassen.

Das Flußdiagramm stellt den Versuch dar, Entscheidungsabläufe und Handlungsfolgen zu beschreiben, die dann ablaufen, wenn ein etabliertes, gewohntes Handlungsmuster durch externe Informationen für den Handelnden in Frage gestellt wird. Die einzelnen Schritte, die in dem Flußdiagramm beschrieben werden, stellen unterschiedliche Schritte des Handelnden dar, die sämtlich das Ziel verfolgen, mit einer neuen Situation fertig zu werden, in der gewohnte Handlungen nicht mehr angemessen scheinen. Das Flußdiagramm ist sehr formal gehalten. In dieser Form ist es aber auf sehr unterschiedliche Probleminhalte anwendbar.

Das „Allgemeine Handlungsmodell“ geht davon aus, daß Handlungsmuster und zuordenbare Wertstrukturen dem Menschen dazu dienen, seine Umwelt zu verstehen und erfolgreich in ihr zu handeln, d.h. seinen Lebensraum zu kontrollieren.

Ein Mensch hat dann Kontrolle über seinen Lebensraum, wenn er in der Lage ist, durch sein eigenes Handeln für ihn selbst vorhersehbare Wirkungen auf sein Lebensumfeld zu erreichen, d.h. wenn die Konsequenzen seines Handelns für ihn kalkulierbar sind. Über die Kalkulierbarkeit des Handelns hinaus ist das Erreichen befriedigender Handlungserfolge Voraussetzung für die Stabilisierung der Handlung und wahrscheinlich auch notwendige Bedingung für das Gefühl, über seinen Lebensraum Kontrolle auszuüben. Beim Vorliegen von Kalkulierbarkeit und Handlungserfolg in einem bestimmten Problemfeld besteht für einen Menschen kein Anlaß, seine Verhaltensweisen und die mit diesen Verhaltensweisen verbundenen Einstellungen, Kognitionen und Werte zu verändern. Etablierte Handlungsmuster und

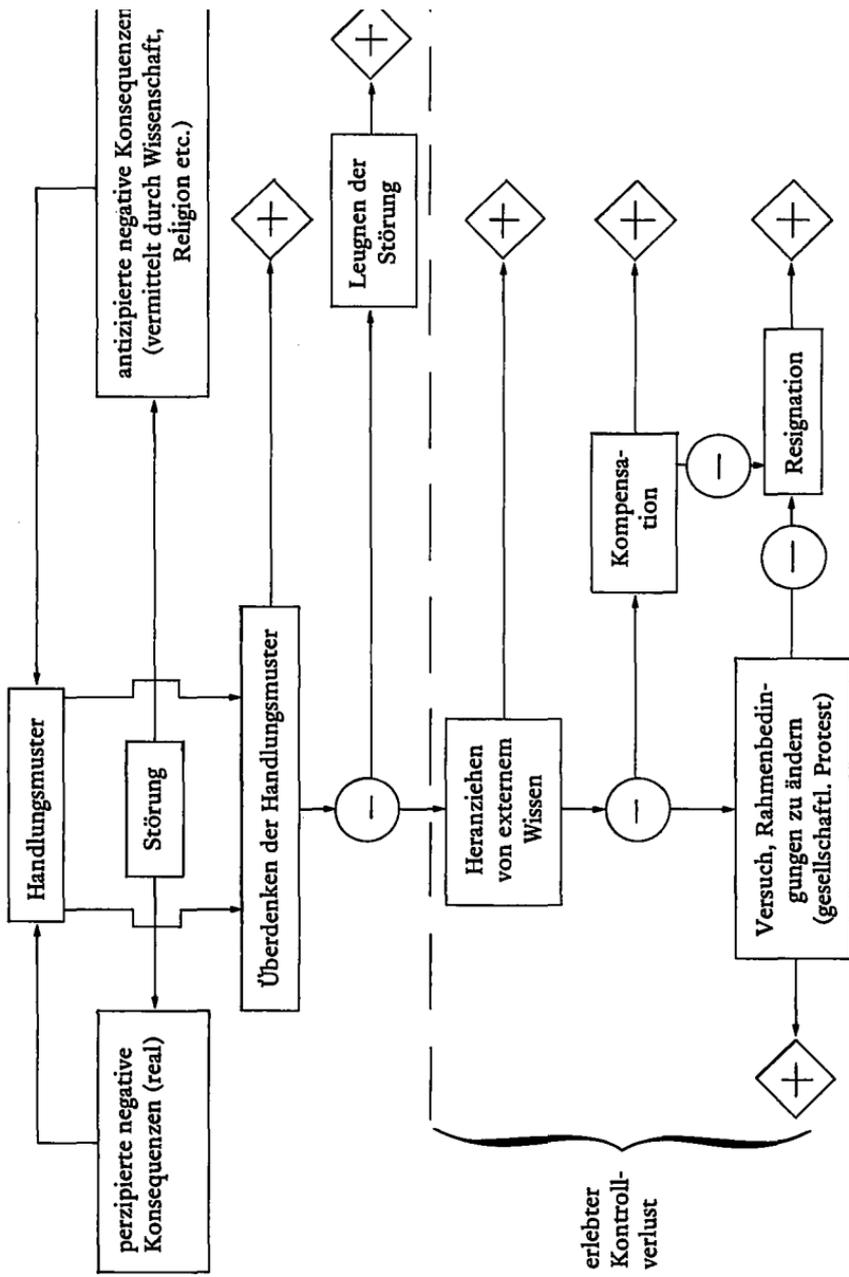


Abb. 7: Allgemeines Handlungsmodell

Wertstrukturen bleiben stabil. Veränderungen treten erst dann auf, wenn die etablierten Handlungsmuster gestört werden. Störungen können nun als erlebte (perzipierte) negative Konsequenzen der Handlung oder als erwartete (antizipierte) — z.B. vermittelt durch Wissenschaft, gesellschaftliche Werte, Normen, Religionen etc. — negative Konsequenzen eintreten.

Aber allein die Erwartung (Antizipation) negativer Handlungskonsequenzen kann zum Überdenken von Handlungsgewohnheiten führen. Das Überdenken gewohnter Handlungsabläufe kann zu einer Problemlösung führen, d.h. es werden Handlungsformen gefunden, die den Handelnden zufriedenstellen und die die negativen Folgen des etablierten Handlungsmusters nicht aufweisen. Es kann so eine Verhaltensänderung stattfinden, die auch neue Kognitionen und Werte nach sich zieht. Es ist aber auch vorstellbar, daß das Nachdenken nicht zur Problembewältigung führt. Ist dies der Fall, hat der Handelnde die Möglichkeit, zur Reduktion seiner nun entstandenen kognitiven Dissonanz die Existenz oder Bedeutsamkeit der Handlungsirritation zu leugnen. Eine Leugnung der Störung ist naturgemäß beim Vorliegen einer lediglich antizipierten negativen Konsequenz einfacher. Hier kann zum Beispiel die Seriosität der Information abgestritten werden, oder die Ernsthaftigkeit der Konsequenzen kann bezweifelt werden. Bei realen durch den Handelnden selbst perzipierten negativen Konsequenzen ist eine Leugnung der Störung schwieriger, aber in vielen Fällen offenbar dennoch gegeben. Darüber hinaus ist es möglich, die Kausalattribution der Störung zu ändern. Die erfahrbaren negativen Konsequenzen werden nicht den Handlungsmustern des Handelnden zugeschrieben, sondern externen Bedingungen. Gelingt dem Handelnden die Leugnung der Störung, behält er seine etablierten Handlungsmuster bei und der Problemdruck ist erst einmal beseitigt.

Für den Fall aber, daß ein Überdenken der gewohnten Handlungsformen nicht zum Erfolg führt und es auch nicht möglich ist, die Störung zu leugnen, bleibt dem Handelnden zur Beseitigung des Problemdrucks als nächste Möglichkeit die Heranziehung externen Wissens. Die Heranziehung externen Wissens kann im Lesen von Büchern, Fachzeitschriften etc. bestehen, sie kann sich aber auch in Gesprächen mit Fachkollegen vollziehen, und sie kann in dem Versuch bestehen, die Problemlösung Experten zu übertragen. Mit dem Versuch, über externes Wissen zur Problemlösung zu gelangen, geht jedoch sicher bereits ein subjektiv erlebter Kontrollverlust einher. Der Handelnde ist nur noch über Dritte in der Lage, Kontrolle über sein Handeln zu erlangen. Das Heranziehen externen Wissens kann nun wieder zu einer Problemlösung führen und damit den von der Störung

ausgehenden Problemdruck beseitigen. Falls aber die Problemlösung auch durch Heranziehen externen Wissens nicht zum Erfolg führt, ergeben sich für den Handelnden weitere Möglichkeiten. Er kann für den bisherigen Mißerfolg seiner Bemühungen Bedingungen verantwortlich machen, die in einem übergeordneten System liegen. Diese Probleminterpretation kann zum gesellschaftlichen Protest, zu politischen Aktivitäten und zur Suche nach alternativen gesellschaftlichen Ordnungsstrukturen führen. Der Handelnde hätte bei dieser Sicht der Dinge durch eine Reduzierung seiner kognitiven Dissonanz die Möglichkeit, sein gewohntes Handeln aufrecht zu erhalten, indem er die Problemstruktur von seinem Handeln auf übergeordnete Strukturen abwälzt.

Neben dem Versuch, die Rahmenbedingungen der problematisch gewordenen Handlungsform in Frage zu stellen und zu ändern, gibt es für den Handelnden die Möglichkeit, kompensatorische Handlungen zu vollziehen. Er sucht gänzlich andere Aktivitätsfelder, die seinen Bedürfnissen nach Kalkulierbarkeit und Handlungserfolg besser gerecht werden (Kompensation).

Wenn sich Kompensationen als ebensowenig gangbar für den Handelnden erweisen wie der Versuch, die Rahmenbedingungen der Handlung zu ändern oder in Frage zu stellen, bleibt dem Handelnden als letzte Reaktionsweise nur noch die Resignation.

Werden bei Störungen von Handlungsabläufen keine neuen Handlungsformen gefunden, die an die Stelle des etablierten oder gestörten Handlungsmusters treten können, und gelingt es nicht, die evident gewordenen Probleme zu „verdrängen“, ergeben sich Protest, Kompensation oder Resignation als Reaktionsformen auf veränderte und für das handelnde Individuum nicht mehr kontrollierbare Lebensumstände.

Bei unterschiedlichen Probleminhalten und bei unterschiedlichen Menschen wird die „Verweildauer“ in den einzelnen Abfolgeschritten sehr unterschiedlich sein. So kann es bei dem einen Problem sein, daß ein Handelnder sehr schnell – für ihn selbst vielleicht gar nicht bewußt – zu der „Entscheidung“ kommt, daß die Suche nach externem Wissen ihm bei der Bewältigung des gegebenen Problems nicht weiterhilft, ein anderer mag bei dem gleichen oder bei einem anderen Problem sehr viel Zeit auf die Heranziehung externen Wissens verwenden und damit vielleicht sogar einen großen Teil seines Lebens verbringen. Die in Abb. 7 aufgeführten zu durchlaufenden Stadien können bei unterschiedlichen Problemen und in unterschiedlichen Situationen in höchst verschiedenem Maße relevant werden.

Das Modell unterstellt im Grundsatz, daß Menschen bestrebt sind, ihre Lebensumwelt zu verstehen und sich so zu verhalten, daß

ihr Handeln vorhersehbare, kontrollierbare und gewünschte Folgen und Veränderungen in ihrem Lebensraum hervorruft. Neue Handlungsformen und neue Werte werden als Reaktionen auf verloren gegangene Handlungskontrolle interpretiert.

#### *4.6.2 Umweltbewußtsein, postmaterieller Protest und Kontrollverlust*

Wie wir zeigen konnten, schließen postmaterielle Wertvorstellungen ökologische Werthaltungen ein (vgl. die Berliner Materialismus/Postmaterialismus-Skala, Abbildung 2). Eine Theorie, die den postmaterialistischen Protest erklärt, müßte also auch tauglich sein, den Erklärungshintergrund für die Entstehung ökologischer Werte abzugeben. Der skizzierte handlungstheoretische Rahmen mit dem Konzept des Kontrollverlusts bietet einen Einstieg in eine Neuinterpretation der Entstehungsbedingungen neuer Werte.

Sieht man sich an, was in der empirischen Wertwandelforschung unter dem Konstrukt ‚Postmaterialismus‘ zusammengefaßt wird, und betrachtet man die Aktivitäten von Bürgerinitiativen, so fällt eine Gemeinsamkeit auf: Bei postmateriellen Werten und bei den modernen Formen sozialen Engagements handelt es sich um den Versuch des Menschen, eine ihm fremd gewordene soziale und natürliche Umwelt in den persönlichen Einflußbereich zu integrieren. Die Entfremdung von unterschiedlichen Bereichen der Lebenswirklichkeit und der sich daran anschließende Protest wie die Suche nach alternativen Lebensformen sind die Folge des beschriebenen Kontrollverlusts. Der Kontrollverlust und das mit ihm verbundene Gefühl der Entfremdung finden sich in unterschiedlichen Lebensbereichen, wie z.B.:

##### *Arbeit:*

Viele Menschen verlieren den Kontakt zur Arbeit als identitätsbildenden Teil ihres Lebens. Arbeit dient nicht mehr der Erfüllung ihres Lebens, sondern mehr und mehr allein der Existenzsicherung. Einen großen Teil des menschlichen Lebens – 8 Stunden am Tag, 48 Wochen im Jahr, 35 bis 50 Jahre im Leben – verbringt der Mensch in Industrienationen mit einer Tätigkeit, die ihn kaum interessiert. Die Arbeit wird damit von seinem – wie er es oft empfindet: eigentlichen – Leben abgekoppelt.

##### *Politik:*

Der Mensch in Industrienationen hat aufgrund fortschreitender Bürokratisierung, Verrechtlichung und Zentralisierung politischer Ent-

scheidungsfunktionen den Kontakt zur Politik, die ihn selbst stark betrifft, verloren. Er ist nicht wie in der dörflichen Gemeinschaft Subjekt von (kommunaler) Politik – er ist Objekt der Politik geworden, genauer das Objekt derjenigen, die ihm die politische Mitwirkung abnehmen.

### *Soziales Umfeld:*

Der Mensch in Industrienationen hat sich von seinem sozialen Umfeld entfremdet. Die Generationen haben den Kontakt untereinander verloren. Das Leben in der Kleinfamilie oder auch die Singleexistenz engen die sozialen Interaktionsmöglichkeiten in der Familie ein. Soziale Lernerfahrungen werden erschwert bzw. erhalten eine neue Qualität.

Mit fortschreitender Mechanisierung und Automatisierung von Arbeitsplätzen werden auch soziale Interaktionen am Arbeitsplatz immer weniger notwendig. Arbeitsabläufe werden über abstrakte Regeln und weniger über einen zwischenmenschlichen Prozeß der Ziel- und Mittelfindung gesteuert.

Auch die wachsende Inanspruchnahme professionell psychologischer Hilfsangebote (Erziehungsberatung, Beratung bei Partner- und Sexualproblemen, Psychotherapie wegen unterschiedlicher Schwierigkeiten in der Lebensbewältigung) macht deutlich, wie auch im Bereich der individuellen Lebensgestaltung Kompetenzverlust und Professionalisierung Hand in Hand gehen.

### *Technik:*

Die fortschreitende technische Entwicklung führt u.a. dazu, daß die zur Bewältigung des alltäglichen Lebens ‚notwendigen‘ Technologien von den meisten Menschen im günstigen Fall noch gehandhabt, letztlich aber nicht mehr ‚verstanden‘ werden. Wir werden im alltäglichen Leben immer abhängiger von Experten für Alltagstechnologien, wie dem Fernsehmechaniker, dem Monteur etc.

Mit dem Fortschritt der Entwicklung hochkomplexer zentralisierter Technologien geht für weite Kreise der Bevölkerung ein Kontroll- und Erfahrungsverlust einher:

„This is perhaps most obviously the case with respect to that central value of the modern age (at least in Max Weber's terms) rationality. The scientific-technical world is still very much with us. Indeed, if ever there were two cultures, it is today. There are those who can put the next thousand transistors into a microprocessor the size of the lid of a jam jar, and there are those who cannot put the chain back onto their bicycle if it has slipped off. But the number of the latter seems to be growing, and what is more, they seem to resent the former more.

There is, not only among printers, a new luddite spirit growing. Anti-nuclear sentiment is a part of it. And the protests against technology find their counterpart in increasing doubts in the beneficent effect of science." (Dahrendorf 1979a)

### *Natürliche Umwelt:*

Der Mensch in den Industrienationen ist im Begriff, den Kontakt zu seiner natürlichen Lebensumwelt zu verlieren. Immer mehr Menschen haben beruflich mit Ideen, Normen und Verwaltungsprozessen zu tun und haben immer weniger Kontakt mit den natürlichen Grundlagen ihres Lebens, mit Pflanzen, Bäumen und Tieren, mit der Produktion von Nahrungsmitteln, der Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen, mit dem Bauen von Häusern usw. Das Wissen um die Natur, oder wie wir heute sagen, um die ökologischen Zusammenhänge, ist für viele zu einem Wissen aus zweiter Hand geworden: ein Wissen aus Büchern, Filmen, Fernsehen. Die natürliche Umwelt ist als direkter Erfahrungsraum verloren gegangen.

Wozu führen diese Entwicklungstrends in den Industriegesellschaften? Unser allgemeines Handlungsmodell zeigt drei Reaktionsformen auf den unterstellten Kontrollverlust auf: Resignation, Kompensation sowie Protest und Suche nach Alternativen. Sofern die durch Entfremdung erlittene Frustration nicht resignativ oder kompensatorisch verarbeitet wird, führt sie zur Suche nach Neuem, zu Protest, zu ‚postmaterialistischen‘ Werten oder zu ‚alternativen‘ Lebensformen. Die Entfremdungserlebnisse erklären die Frustrationen, und die unterschiedlichen Verarbeitungsmöglichkeiten machen deutlich, warum nicht alle, die unter Entfremdungsbedingungen leben und leiden, zu ‚Postmaterialisten‘ oder auch ‚Umweltschützern‘ werden. Vielen bleibt aber auch der Ausweg in die Resignation oder Kompensation. Damit aber sind die Schwierigkeiten der Inglehart-Theorie zur Erklärung des Postmaterialismus vermieden.

Diese drei Reaktionsformen lassen sich an den inhaltlichen Beispielen, die den Kontrollverlust der Menschen in der Industriegesellschaft verdeutlichen sollen, in unterschiedlicher Weise aufzeigen (Abbildung 8).

Läßt sich der hier beschriebene Kontrollverlust empirisch nachweisen?

Depression als Folge des Entzugs von Kontrolle über die soziale Umwelt ist empirisch in der Forschungstradition Seligmans (1975) außerordentlich gut abgesichert worden. Läßt sich auch der ökologisch/postmaterialistische Protest empirisch als Kontrollverlust im Umweltbereich interpretieren?

	Arbeit	Politik	Soziales Umfeld	Technik	Natürliche Umwe
Resignation	Fluktuation Krankenstand Verringerung der Arbeitszufrieden- heit und Motivation	Politikver- drossenheit	Depression Delegation sozialer Kompetenz	Hilflosigkeit Kompetenz- verlust	Umweltverzicht
Kompensation	Feizeitbestätigung Do it yourself	Politik als Gegen- stand der Alltags- kommunikation	Bildung von Er- satzfeldern sozialer Inter- aktion Vereine, Jugend- und Altencclubs etc. (organisierter Sozialkontakt)	Spezialisierung in Teilbereichen technische Hobbies	Urlaub und Frei- zeit in „unberührter“ Natur Hobbygärtnerie
Protest, Suche nach Alternativen „Postmateriali- smus“	Aufbau „alternati- ver“ Produktions- stätten Kampf um Mitbe- stimmung am Arbeitsplatz	Kampf um Parti- zipationsrechte Bürgerinitiativen	Suche nach neuen Formen mensch- lichen Zusammen- lebens Selbsthilfegruppen	Suche nach „sanften“ Technologien	Ökologiebewegur Umwelparteien

Abb. 8: Folgen von Kontrollverlust

Es können in Industrienationen Personengruppen definiert werden, von denen anzunehmen ist, daß sie in höherem Maße von dem beschriebenen Kontrollverlust über die natürliche Umwelt betroffen sind. Ein höheres Ausmaß an Kontrollverlust über die natürliche Umwelt ist bei denen zu erwarten, die

- in Großstädten leben,
- eine Tätigkeit im administrativen Bereich z.B. (Verwaltungsangestellte) ausüben, d.h. mehr Kontakt zu Aktenordnern, Verwaltungsvorschriften und Gesetzen haben als zu natürlichen Gütern und/oder die im Bereich sozialer Dienstleistungen arbeiten (Schule, Bibliotheken, Gerichte, medizinische und soziale Versorgung) und damit eher mit Menschen als mit natürlichen Gütern umgehen.

Von diesen Gruppen kann angenommen werden, daß sie weniger Kontakt zur natürlichen Umwelt haben. Als Reaktionsformen haben wir für die Entfremdung von der Umwelt neben der Resignation kompensatorische und postmaterialistische Reaktionen angenommen. Es kann unterstellt werden, daß Kompensationsmöglichkeiten eher reicheren Bevölkerungsgruppen zur Verfügung stehen. Auf der Basis dieser Überlegung kann das postmaterialistisch-ideologische Protestpotential insbesondere bei Personengruppen vermutet werden, die in Ballungsräumen leben, in (sozialen) Dienstleistungsberufen arbeiten und über ein unterdurchschnittliches Einkommen verfügen. Diese Erwartungen wurden anhand der Berliner Postmaterialismusdimension im Rahmen unserer Untersuchung geprüft und hochsignifikant bestätigt (IIUG Umfrage 1980, V). Der Verlust eines unmittelbaren Umweltbezugs scheint die Bildung eines ökologisch postmaterialistischen Protestpotentials zu begünstigen.

In welchem Verhältnis stehen aber nun neue Werte und zuordenbare Handlungsmuster? In der Wertwandelforschung werden häufig Werte als Erklärungshintergrund für Handlungen genommen. Mit der Hoffnung, einen Wertwandel zu verstehen und prognostizieren zu können, verbindet sich die Hoffnung, den Wandel von Handlungen — vom Wahlverhalten bis zu den Konsumgewohnheiten — besser prognostizieren zu können. Die Annahme aber, daß Werte Handlungen steuern, ist sicher zu einfach. Wir wissen aus der neueren psychologischen Forschung, daß Werte oft Folgen von Handlungen sind, daß es oft besser gelingt, Handlungsweisen als Erklärungshintergrund für Werte zu benutzen. Aber diese spiegelbildliche Sicht der Dinge ist sicher genauso simpel, auch wenn die derzeitige Forschungsmode in der Psychologie eher für diese Version zu sprechen scheint. Es wäre

nun natürlich auch trivial, von einem einfachen Wechselwirkungsverhältnis zu sprechen, ohne anzugeben, wie denn diese Wechselwirkung aussieht. Dennoch bedarf die Beziehung von Einstellungen/Werten und Handlungen näherer Betrachtung.

Bevor aber das Verhältnis von Werthaltung und zuordenbaren Handlungsmustern näher bestimmt werden kann, ist eine Präzisierung dessen erforderlich, was unter Kontrollverlust, dem Schlüsselbegriff der folgenden Überlegungen, verstanden werden kann.

Unsere Auffassung, Umweltbewußtsein sei eine mögliche Reaktionsform auf erlebten Kontrollverlust in der natürlichen Umwelt, scheint in sich stimmig und hat einiges an Evidenz auf ihrer Seite. Es lassen sich jedoch auch Argumente und Beispiele für genau das Gegenteil finden.

Es läßt sich auch behaupten, noch nie hätte der Mensch soviel Kontrolle über seine natürliche Umwelt gehabt wie heute. Die technisch-wissenschaftlichen Möglichkeiten einer modernen Industriegesellschaft bieten ungeahnte Eingriffsmöglichkeiten in die Natur, sie bieten den einzelnen Menschen auch nie dagewesene Möglichkeiten, die verschiedenartigen ‚Umwelten‘ in den entferntesten Ländern kennenzulernen. Naturzusammenhänge sind dem modernen Menschen offensichtlich viel differenzierter gegenwärtig als den Menschen vergangener Generationen. Mindestens der Möglichkeit nach hat der Mensch heute mehr Eingriffsmöglichkeiten in die Natur und ein besseres Verständnis natürlicher Prozesse als Menschen vergangener Generationen. So gesehen schiene es fast gerechtfertigt, von einem ‚Kontrollgewinn‘ zu sprechen. Sowohl die Argumentation vom Kontrollgewinn als auch die vom Kontrollverlust können also gute Belege für sich in Anspruch nehmen. Wenn beide irgendwie richtig sind, ist offensichtlich eine Betrachtungsweise erforderlich, die in ihrem Differenzierungsgrad die bisherigen Argumentationen überschreitet. Es muß möglich werden, den Gedanken vom Kontrollverlust und den Gedanken vom Kontrollgewinn in ihrer Beziehung zueinander darzustellen.

Ein gleichzeitiger Gewinn und Verlust von Kontrolle über die Umwelt läßt sich theoretisch aber nur deuten, wenn verschiedene Kontrollinstanzen der Person angenommen werden, in denen sich Handlungskontrolle vollzieht. Die Unterscheidung unterschiedlicher handlungssteuernder Instanzen soll im Folgenden vorgenommen werden, wobei sich Werte als eine von drei Steuerungsebenen erweisen.

### 4.6.3 Werte als handlungssteuernde Instanzen

Im folgenden wird der Versuch unternommen, Werte und Wertentstehung als Teil handlungstheoretischer Ansätze zu konzeptualisieren. Die handlungstheoretischen Betrachtungsweisen des Menschen akzentuieren auf einen Menschen, der Probleme und Aufgaben löst (Dörner u.a. 1983, Österreich 1981, Hacker u.a. 1983). Psychische Funktionen (Wahrnehmen, Denken, Fühlen etc.) werden als „Werkzeuge“ zu Aufgabenbewältigungen gesehen. Werte sind keine störenden, irrationalen Begleiterscheinungen einer ansonsten rationalen Weltsicht und Problembewältigung. Sie sind notwendige Steuerungsinstrumente menschlichen Handelns.

Werte als handlungssteuernde Instanzen sind aber nicht gleichermaßen für alle denkbaren Aufgaben, die sich Menschen stellen, notwendig. Es gibt eine Vielzahl von Aufgaben und Problemen, die aus der Binnenperspektive des Handelnden sinnvollerweise ‚wertneutral‘ bewältigt werden können.

Viele Aufgaben des täglichen Lebens sind Aufgaben, die durch automatisierte Handlungen in einer für den Menschen befriedigenden Weise bewältigt werden können. Hier ist kein Nachdenken erforderlich und Wertentscheidungen sind aus der Perspektive des Handelnden irrelevant (Balancehalten beim Fahrradfahren etc.).

Eine zweite Klasse von Aufgaben ist dadurch gekennzeichnet, daß die Systemdeterminanten der Aufgabe vollständig bekannt sind. Solche Aufgaben sind auf der Basis rationaler Entscheidungen vom Menschen (als Individuum oder als Gruppe) zu bewältigen (Rechenaufgaben etc.).

Eine dritte Gruppe von Aufgaben aber zeichnet sich dadurch aus, daß sie sich auf komplexe Problemsituationen beziehen, und das Problemfeld nicht vollständig transparent ist. Derartige Aufgaben erfordern Entscheidungen, die nicht im letzten rational begründbar sind. Handeln in nicht überschaubaren Problemfeldern erfordert für den Handelnden Werturteile (gesellschaftliche Planungen, individuelle Lebensentscheidungen etc.).

Ökologische Probleme sind hochkomplex, sie lassen sich ohne Frage der letztgenannten Problemklasse zuordnen. Sie sind, was ihre praktische Problembewältigung anbelangt, mit gesellschaftlichen Problemen und Aufgaben verwoben. Ökologieorientiertes individuelles und gesellschaftliches Handeln ist in seinen Folgen kaum überschaubar. Ein rationales ökologiebezogenes Handeln (im Sinne der zweiten Problemklasse) ist somit (heute) nicht möglich. Der homo oecologicus als rational handelndes Wesen ist eine Fiktion. Ökologisches

Aufgabenstruktur	handlungssteuernde Instanz
einfache Alltagsaufgaben	reflektorisches Handeln
Komplexere Aufgaben Vollständige Kenntnis der Problemstruktur der Aufgabe	rationales Urteilen Handeln (auf wissen- schaftlichem Hintergrund)
Komplexere Aufgaben Unvollständige Kenntnis der Problemstruktur der Aufgabe	Werte, Einstellungen, Ideologien als Handlungs- hintergrund

Abb. 9: Werte als handlungssteuernde Instanz

Handeln wird nur auf der Basis von Wertentscheidungen der Handelnden realisierbar und begründbar. Dies gilt auch dann, wenn der Handelnde selbst sein Handeln als rationales Handeln ansieht. Der gesellschaftliche Konflikt um Umweltfragen macht deutlich, daß man ökologische Probleme höchst unterschiedlich sehen und bewerten kann.

Die Sichtweise von Werten als handlungssteuernden Instrumenten hat Rückwirkung auf die Theorieenbildung. Werte entstehen und wandeln sich entlang neuer Aufgaben, denen sich die Menschen gegenübersehen. Nachdem ökologische Probleme in den Blick kamen und nicht gleichzeitig allgemein akzeptierte Problemlösungen angeboten werden konnten, die ein rational begründetes Handeln gesellschaftlich konsensfähig machten, mußten sich Werte in der Bevölkerung ausbilden, die die Handlungsfähigkeit in diesem Problemfeld erst ermöglichen. Die Umsetzung von Werten in Handlungen ist insofern aber rational, als wert- oder auch ideologiebegleitetes Handeln auch unter Inkaufnahme von möglichen Fehlentwicklungen in der Summe immer noch ein besseres Ergebnis haben kann und hoffentlich hat als ein Nichthandeln, das sich auf mangelndes Wissen beruft.

Es besteht nun aber keine zeitlich stabile Zuordnung von einzelnen Handlungen zu den hier beschriebenen Kontrollebenen (kognitives System, Wertsystem, reflektorisches System). Kontrollebenen können sich verlagern. Die Verlagerung von einer Kontrollebene auf die andere erfolgt nach angebbaren Regeln. Die unterschiedlichen Kontrollebenen „funktionieren“ nach unterschiedlichen Gesetzmäßigkeiten. Sie haben gegenüber den jeweils anderen Kontrollebe-

nen relative Autonomie. Diese Überlegung ist von Koestler (1970, 1981) in seiner Holontheorie ausführlich erörtert worden. Wir können folgende Regelmäßigkeiten annehmen, nach denen sich eine Verlagerung zwischen den Kontrollebenen vollzieht.

### *Verlagerung aus dem kognitiven System*

*Gewohnheitsbildung:* Häufiges Ausführen einer Handlung führt dazu, daß sich die Kontrolle über die Handlung auf niedrigere Kontrollebenen verlagert. Ein Fahrschüler, der Autofahren lernt, wird in der ersten Zeit die technische Bedienung seines Kraftfahrzeugs kognitiv steuern. Er überlegt, wann er die Kupolung zu treten hat, welche Verhaltensweisen von ihm bei einer auf Rot springenden Ampel gefordert sind usw. Mit zunehmender Übung verselbständigen sich die Reaktionen und laufen immer „Ich-ferner“ ab, bis sie quasi automatisiert, ohne eigentliches Nachdenken, ohne Ich-Beteiligung erfolgen. Handlungsvollzüge, die häufiger durchgeführt werden, werden automatisiert.

*Kognitive Überlastung:* Neben der Möglichkeit, durch Gewohnheitsbildung Handlungen auf andere Entscheidungsebenen zu verlagern, ist es möglich, auch ohne Gewohnheitsbildung aus Gründen kognitiver Überlastung oder als Folge von Verdrängung gleichsam Platz für die Bearbeitung neuer Probleme im kognitiven System zu schaffen, indem Aufgabenbereiche an die niedrigeren Problembewätigungsebenen abgegeben werden. Beispiel hierfür mag der sprichwörtlich zerstreute Professor sein, der nur noch seine wissenschaftlichen Probleme sieht und andere Lebensbereiche zugunsten seiner Interessen zurückgedrängt hat.

*Interindividuelle Verschiebungen:* Neben den Möglichkeiten der intrapsychischen Verlagerung von Kontrollebenen aus dem kognitiven Bereich heraus gibt es die Möglichkeit der interindividuellen Verschiebung. Die arbeitsteilige Organisation unserer Gesellschaft ermöglicht ein Verlagern der Problemlösungsaufgabe auf andere Menschen oder Institutionen. Der Arbeitsteilung im Produktionsbereich folgt in modernen Industriegesellschaften ein immer schneller anwachsender Prozeß der Arbeitsteilung in der Informationsaufarbeitung, Informationsverarbeitung und Problemlösung. Immer mehr Lebensbereiche werden verwissenschaftlicht. Verwissenschaftlichung bedeutet aber, daß der einzelne einen Teil seiner kognitiven Kontrolle über Lebensbereiche an Wissenschaft, an Experten abgibt. Durch die Abgabe der Kontrolle an andere tritt das beschriebenen Phänomen des Kontrollverlusts ein. Es entsteht das Paradoxon: Individuel-

ler Kontrollverlust ist eine Folge von wachsenden gesellschaftlichen Kontrollmöglichkeiten und Kontrollerfordernissen, die dem Menschen gleichsam über den Kopf gewachsen sind.

### *Verlagerung in das kognitive System*

Die beiden folgenden Verlagerungen lassen sich unmittelbar aus dem allgemeinen Handlungsmodell (Abb. 7) herleiten.

*Mißerfolg von Handlungen:* Es scheint jedoch auch einen der Gewohnheitsbildung entgegengesetzten Prozeß zu geben. Handlungen, die bislang reflektorisch oder gewohnheitsmäßig vollzogen wurden, können auf die Ebene kognitiver Steuerung gehoben werden. Dies tritt immer dann ein, wenn die bisherigen Handlungsabläufe plötzlich – durch geänderte Rahmenbedingungen in der natürlichen oder sozialen Umwelt – nicht mehr zum gewohnten und gewünschten Erfolg führen, oder wenn dem Individuum plötzlich neue Informationen zugänglich werden, die die bisherigen handlungssteuernden Reiz-Reaktionsverknüpfungen wenig sinnvoll erscheinen lassen. In diesen Fällen zieht das kognitive System gleichsam die handlungssteuernde Funktion wieder an sich.

*Handlungsirritationen durch Wissenschaft:* Die Entwicklung der Wissenschaft und die Ausdifferenzierung unserer sozialen und natürlichen Umwelt lassen bei Bewohnern von Industrienationen immer mehr Handlungsvollzüge in neuem Licht erscheinen. Handlungen, die bislang unreflektiert auf der Basis von Gewohnheiten und Normen vollzogen wurden, werden in Frage gestellt. Neue Handlungsanforderungen werden von außen an den einzelnen herangetragen. Beispiel: Die Hausfrau, der gesagt wird, daß ihr Streben nach blütenweißen Oberhemden durch den dadurch notwendig werdenden Phosphateinsatz in den Waschmitteln die Gewässer gefährlich belastet; der Personalchef, dem gesagt wird, seine Menschenkenntnis sei für die Beurteilung von Bewerbern nicht mehr hinreichend, er müsse psychologische Testverfahren zur Urteilsfindung heranziehen, etc. Hier werden Handlungsgewohnheiten in Frage gestellt: Eine (neuerliche) kognitive Steuerung der Handlungen wird erforderlich, Gewohnheiten sind nicht mehr hinreichend. Erziehung, Partnerschaft, Unternehmensentscheidungen, umweltplanerische Maßnahmen bedürfen offensichtlich in wachsendem Maße professioneller (wissenschaftlicher) Begleitung. Entscheidungen hier wie auch andernorts sind kaum mehr gefühlsmäßig, intuitiv und spontan zu treffen. Werte als relativ diffuse handlungsleitende Prinzipien verlieren an Bedeutung.

## *Wechselwirkungen und Folgen*

Die Kontrollausweitung des kognitiven Systems führt tendenziell zu einer „*Entmündigung des emotionalen Systems*“. Wir finden in den letzten Jahren und Jahrzehnten insbesondere bei jüngeren Menschen den Wunsch, ihren Emotionen wieder mehr Bedeutung beizumessen. Gefühle sind wieder modern geworden. Der Mensch spürt, daß das Überwiegen der Ratio im Handeln des modernen Menschen eine Verarmung des emotionalen Bereichs mit sich gebracht hat. Ein Teil der Bevölkerung hat sich auf die Suche nach der Emotionalität begeben: Man sucht sie in Psychotrainings, in Jugendreligionen und Sekten, in Wohngemeinschaften und in alternativen Lebensformen.

Die Entwicklung, die zu einem Gewinn an Kontrolle seitens des kognitiven Systems über eine Vielzahl von Lebensbereichen führte, mündet in eine „*Überforderung des kognitiven Systems*“. Es scheint plausibel, eine endliche Verarbeitungskapazität des kognitiven Apparats anzunehmen. Wenn die Problemanforderungen an diese Steuerungsinstanz ansteigen, bewirkt das bis zu dem Punkt, an dem die Grenzen der Bearbeitungsmöglichkeiten des Systems erreicht sind, einen Gewinn an Freiheitsgraden für das Individuum. Steigen die Problemanforderungen darüber hinaus, müssen die Ebenen der Handlungssteuerung verschoben werden. Der gegenläufige Prozeß muß einsetzen; die Handlungssteuerung wird in „niedrigere“ Steuerungsebenen des Individuums zurückverlagert. Die Rückverweisung an niedrigere Steuerungsebenen erfolgt jetzt, ohne daß die Lösung der Aufgaben einen natürlichen Grad der Ritualisierung bzw. Konventionalisierung erreicht hat.

Das Aufkommen neuer Problemsituationen, das mit dem Scheitern etablierter Problemlösungs- oder Handlungsstrategien verbunden ist, macht für den Mensch in verstärktem Maße den Versuch notwendig, über kognitive Steuerungsmechanismen neue Handlungsformen aufzubauen. Es steigt die Anforderung an die kognitive Bewältigungskapazität. Während Handlungen, die etabliert sind und lange praktiziert wurden, nur wenige Anforderungen an den kognitiven Steuerungsaufwand stellen, ist bei neu zu entwickelnden oder einzuübenden Handlungsmustern eine bewußte und binnenpsychisch aufwendige kognitive Handlungssteuerung erforderlich. Im Gegensatz aber zu kognitiven Steuerungsmechanismen sind Steuerungen über Werte, Gefühle und Einstellungen weniger „psychisch aufwendig“.

Es ist anzunehmen, daß der menschliche Organismus danach strebt, den psychischen Steuerungsaufwand für seine Handlungen zu minimieren und den äußeren Erfolg seiner Handlungen zu maximieren. Dies bedeutet: Der Organismus strebt danach, die Steuerung sei-

ner Handlungen auf weniger aufwendige Steuerungsebenen zu verlagern (von kognitiver Steuerung zur Steuerung über Einstellungen und Werturteile bis zur Steuerung über das reflektorische System). Die Verlagerung der Steuerungsebenen auf ein anderes Niveau hat aber ihre Begrenzung im Absinken des äußeren Handlungserfolgs. Es findet also ein binnenspsychischer Optimierungsprozeß statt.

Diese Sichtweise psychischer Steuerungsprozesse erklärt das Aufkommen ökologischer Wertvorstellungen in unserer Zeit: Die Umweltkrise und die ökologischen Probleme drängen sich den Menschen auf; der einzelne Mensch ist jedoch überfordert, die damit in Zusammenhang stehenden Fragen, Probleme und Lösungsmöglichkeiten angemessen zu verarbeiten. Da Umweltprobleme und ökologische Fragen in die Handlungsstrukturen des einzelnen eingreifen, er aber die Problemlage nicht rational bewältigen kann, ist er zur Entwicklung von Wertvorstellungen gezwungen, die für ihn handlungsleitenden Charakter haben und umweltpolitische Bewertungen ermöglichen.

Eine positive Einstellung oder Werthaltung gegenüber dem Recycling-Gedanken macht eine Entscheidung zwischen Ein- und Mehrwegflaschen möglich, ohne daß der einzelne sehr komplizierte Überlegungen und Abwägungen zwischen den Vor- und Nachteilen der Einwegflasche anstellt, Mehrwegflaschen müssen mit scharfen Laugen gespült werden und erfordern einen erhöhten Transportaufwand. Wie verhalten sich diese Nachteile gegenüber den Vorteilen der Mehrwegflasche? Eine individuell verfestigte Wertposition erspart dem Menschen derart komplexe Überlegungen – er wird schnell handlungsfähig.

Seine Handlungsfähigkeit erkaufte er sich aber durch ein undifferenziertes handlungsleitendes Konzept (Werte). Aber in der Summe ist es für den Menschen immer noch erfolgversprechender, – gesteuert durch Werturteile – Fehler in Kauf zu nehmen, als paralysiert vor Fragen und Antworten zu stehen, die kognitiv nicht bewältigt werden können.

Was hier am einzelnen Menschen aufgezeigt wurde, ließe sich auch auf den Entscheidungsprozeß in Politik und Administration beziehen und kann grundstrukturell gleich auch auf die Erkenntnisgewinnung im wissenschaftlichen Bereich bezogen werden (vgl. Hermann 1979). Der Unterschied zwischen Problemlösungsstrategien im Alltag und Problemlösungsstrategien in der Wissenschaft im Rahmen dieses Modells besteht allein darin, daß die Wissenschaft sich verpflichtet hat, in stärkerem Maße die Mühe kognitiver Problem-durchdringung auf sich zu nehmen. Aber auch dies hat natürlich seine Kosten.

## 5. Umweltbewußtsein im Spiegel empirischer Erhebungen

Ein zentrales Konstrukt der Umweltpsychologie ist das ‚Umweltbewußtsein‘. Der Begriff ist im politischen und alltagssprachlichen Raum entstanden und hat bislang keine wissenschaftlich eindeutige Bestimmung erfahren. Beinahe täglich aber kann man in den Medien Aussagen über den ‚Stand des Umweltbewußtseins‘ lesen oder hören. Die demoskopische Forschung hat sich mit großem Interesse dieses Fragenkomplexes angenommen. Die ersten beiden auf das Umweltbewußtsein abzielenden Fragen in einer für die Bundesrepublik Deutschland repräsentativen demoskopischen Erhebung wurden durch das Institut für Demoskopie in Allensbach im Jahre 1958 gestellt<sup>1</sup>. Hier wird deutlich, daß Umweltschutzprobleme bereits ausgangs der 50er Jahre in den Blick kamen und einer systematisierenden Erfassung für würdig befunden wurden. In der Zwischenzeit hat es eine Vielzahl demoskopischer Erhebungen zum Problemkreis ‚Umweltbewußtsein‘ gegeben (vgl. die Zusammenstellung im Bericht des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen 1978). Aber auch die akademische Sozialwissenschaft hat sich der Thematik angenommen.

Lounsbury u. Tornatzky identifizierten 1977 in drei Studien an insgesamt 660 Versuchspersonen 3 Faktoren, die „Umweltbewußtsein“ ausmachen sollten: ‚concern for environmental degradation‘, ‚concern for environmental action‘ und ‚concern for overpopulation‘. Nur der Faktor ‚concern for environmental action‘ korrelierte mit umweltbezogenen Aktivitäten, wobei spezifische Verhaltensformen durch die Einstellungsdimensionen nicht vorhergesagt werden konnten – wohl aber ein allgemeines Verhaltensniveau.

Weigel u. Weigel (1978) berichten Korrelationen zwischen ihren Umweltbewußtseinskalen und dem auf Umweltprobleme bezogenen Beschwerdeverhalten (.50,  $p < .01$ ), Sammeln von Abfall in der Natur (.36,  $p < .05$ ) und Recycling-Aktivitäten (.39,  $p < .01$ ). Die Korrelation zu einem Verhaltensindex betrug .62 ( $p < .001$ ). Die Korrelationen

---

<sup>1</sup> Persönliche Mitteilungen von Frau E. Noelle-Neumann.

sind weniger wegen ihrer Höhe als wegen ihrer Unterschiede interessant. Zwei Sachverhalte lassen sich festhalten: Umweltbewußtsein artikuliert sich vorwiegend politisch, und Umweltbewußtsein determiniert keine spezifischen Handlungen, sondern fördert ein allgemeines Aktivitätsniveau.

McKechie (1977) schlägt die Benutzung des von ihm entwickelten Meßinstruments zu Umwelteinstellungen als quasi psychologisches Testinstrumentarium vor. Es ist jedoch unklar, ob Umweltbewußtsein als intersubjektiv vergleichbares Persönlichkeitskonstrukt empirisch sinnvoll gefaßt werden kann.

Rossmann u. Uhlela (1977) entwickelten einen Fragebogen, der sehr stark eine quasi emotionale Mensch-Natur-Beziehung erfaßt. Sie sprechen – mit Bezug auf einen Faktor – von „religious or spiritual experience encountered in wilderness settings“.

In Deutschland haben die Meßvorschläge von Maloney u. Ward (1973) durch die deutsche Bearbeitung von Amelang (1976) besondere Beachtung gefunden.

Bei dem unklaren Stand definitorischer Festlegungen von Umweltbewußtsein erscheint es nur natürlich, daß die Frage, durch was Umweltbewußtsein determiniert wird, nur schwer eindeutig beantwortet werden kann. Aber einige soziodemografische Zusammenhänge lassen sich aufzeigen: Umweltbewußtere Befragte erwiesen sich als

- eher „liberal“,
- jünger,
- mit höherem Einkommen ausgestattet,
- besser ausgebildet (Tognacci, Weigel u.a. 1972).

Linke und Liberale haben ein höheres Umweltbewußtsein als Konservative: Zu diesem Schluß kommt auch Dunlap (1975) aufgrund eigener Untersuchungen wie auf der Basis kritischer Bewertung der damaligen Forschungslage.

Van Liere und Dunlap resümierten 1979 den Stand der Forschung zum Umweltbewußtsein im amerikanischen Raum. 21 Studien konnten von ihnen zur Beurteilung herangezogen werden. Sie sehen das Aufkommen ökologischer Werte sehr stark als einen Kohorteneffekt, d.h. es wächst eine „ökologische Generation“ heran. Bei der Durchsicht der (korrelativen) Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Aspekten des Umweltbewußtseins mit soziodemografischen Variablen zeigen sich im Mittel äußerst geringe Beziehungen. Korrelationen von  $>.30$  gehörten schon zu den außerordentlich hohen Zusammenhängen.

Die geringen und offensichtlich hochsensiblen empirischen Zu-

sammenhänge zwischen Umweltbewußtsein und soziodemografischen Variablen machen verständlich, warum so viele widersprüchliche Befunde vorliegen. Es findet sich Unterstützung dafür, daß die Mittel- und Oberschicht in Amerika um Umweltprobleme besorgter ist, es finden sich aber auch Befunde, die zeigen, daß es keine Effekte der sozialen Schichtung gibt. Der Versuch, über soziodemografische Variablen ein Prognosemodell aufzubauen, kann als bislang wenig erfolgreich angesehen werden. Lediglich Alter und schulische Bildung erwiesen sich als relativ eindeutige Prädiktoren. Darüber hinaus weisen bei Van Liere und Dunlap andere Erklärungsvariablen (wie Wohnort differenziert nach Stadt/Land, Parteipräferenz und beruflicher Status) keine eindeutigen Zusammenhänge zum Umweltbewußtsein auf. Zusammenhänge zwischen Umwelteinstellungen und zuordenbaren Verhaltensweisen müssen als derzeit wissenschaftlich kaum geklärt gelten (Kley u. Fietkau 1979, Bruvold 1973, Trigg u.a. 1976, Towler u. Swan 1972, Catton 1975, Finnie 1973, Crump u.a. 1977, Althoff u. Greig 1974, Grossbart 1974, Gottlieb u. Matre 1976).

Als ebenso schwierig erweist sich eine persönlichkeits-psychologische Verankerung ökologischer Werte (Winkel u.a. 1976). Arbuthnot (1977) untersuchte den Zusammenhang zwischen Umweltbewußtsein und Persönlichkeitseigenschaften bei Amerikanern und Franzosen. Als Determinanten für höheres Umweltbewußtsein zeigten sich

- a) ein hohes Maß internaler Kontrolle (Rotter-Skala) und
- b) geringer Neigung zu Rigidität (F-Skala von Adorno).

Der bisherigen eher soziologisch/politologisch orientierten Forschung ist eine Bestimmung der Ursachen ökologischer Werthaltungen nicht gelungen. Diese Forschung hat den Fehler begangen, aus soziologisch definierten Rahmenbedingungen heraus Folgerungen für bestimmte Wertstrukturen zu ziehen. Die Lebensumstände eines Menschen sind aber nicht per se wertkonstituierend. Weit wichtiger als die Lebensumstände selbst sind die vom Individuum perzipierten und kognizierten Lebensumstände. Diese müssen künftig in der Kausalanalyse stärker in Rechnung gestellt werden. Vorerst kann Umweltbewußtsein sozialwissenschaftlich legitimiert lediglich deskriptiv dargestellt werden. Hierzu scheint die demoskopische Forschung ein brauchbares Methodeninstrument zu sein.

## 5.1 *Wahrgenommene politische Dringlichkeit von Umweltproblemen*

Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen hat in seinem 1978 der Bundesregierung vorgelegten Gutachten deutlich darauf hingewiesen, daß Umweltprobleme in der Sicht der Bevölkerung hohe Priorität genießen. Dies konnte durch Rückgriff auf eine Vielzahl von Umfrageergebnissen belegt werden.

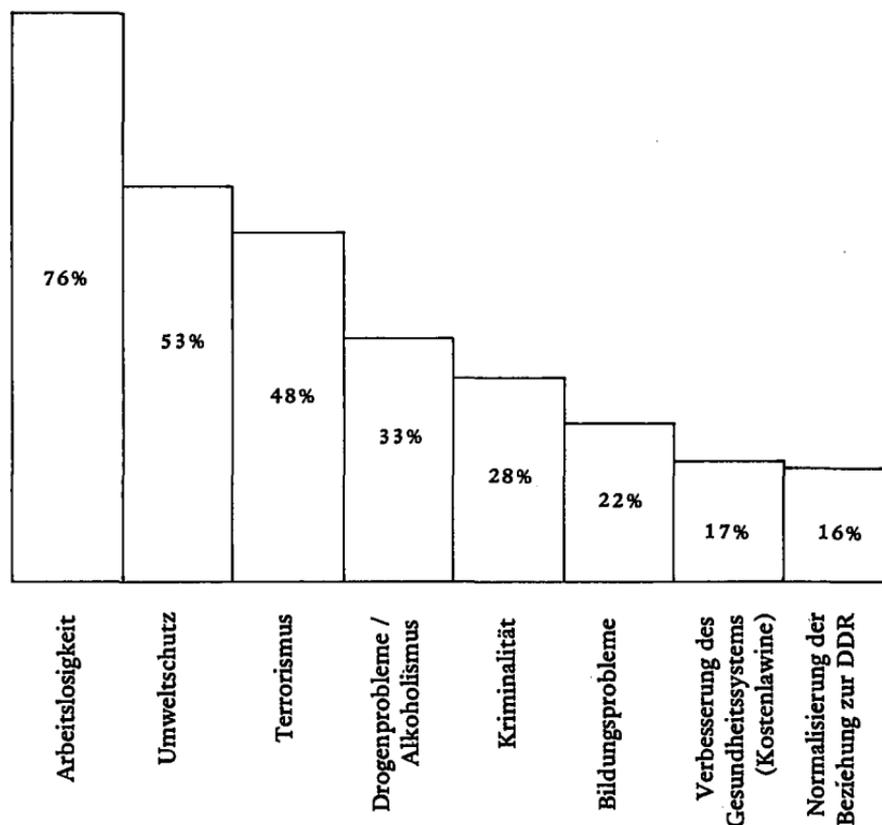
Der Sachverständigenrat berichtet u.a. über eine INFAS-Untersuchung aus dem Jahre 1972: In der wahrgenommenen Wichtigkeit durch die Bevölkerung rangierte Umweltschutz nach ‚sozialer Sicherung/sozialen Reformen‘ an zweiter Stelle vor ‚Schule, Bildung, Wissenschaft‘, ‚Verkehr und Straßenbau‘ und vor ‚Wohnungsbau und Städtebau‘. INFAS (1977) ermittelte 5 Jahre später eine ähnlich hohe Bedeutsamkeit von Umweltschutzmaßnahmen in der öffentlichen Meinung. 1977 rangierte Umweltschutz im Urteil einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe hinter Wirtschaftspolitik, sozialer Sicherung und innerer Sicherheit auf Platz 4 der dringlichen politischen Aufgaben bis 1980. Gesundheitspolitik, Bildung und Schule wie weitere sechs Politikbereiche wurden als weniger dringlich eingeschätzt.

Bei einer Vergleichsfrage, die von INFAS 1974 und 1977 gestellt wurde, stieg die perzipierte Bedeutsamkeit von Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Zeitraum erheblich an: 1977 fanden sich kaum noch Bundesbürger, die Umweltschutz für ‚weniger wichtig‘ oder für ‚ganz und gar nicht wichtig‘ hielten. 1974 waren es 15% der Befragten, die Umweltschutz für ‚weniger wichtig‘ oder ‚ganz und gar nicht wichtig‘ hielten; 1977 urteilte praktisch niemand mehr (1%) in dieser Weise. Der Umweltschutzgedanke hatte sich in der Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt. Dieser Prozeß der Bewußtseinsbildung gegenüber Umweltfragen hat (nimmt man das Jahr 1971 als das Jahr, in dem die meisten heute noch geltenden Umweltschutzgesetze durch den Bundestag verabschiedet wurden, als Bezugspunkt) sechs Jahre gedauert.

In einer eigenen Untersuchung konnten wir ebenfalls die hohe wahrgenommene Dringlichkeit von Umweltschutzmaßnahmen bestätigen (Tabelle 5).

Umweltschutz wurde neben der Arbeitslosigkeit für die Bundesbürger zu der drängendsten Gegenwartsfrage. Die Verschärfung der ökonomischen Situation in den letzten Jahren und die wachsende Sorge um die Arbeitsplätze werfen die Frage neu auf, ob Umweltschutzaufgaben im Urteil der Öffentlichkeit an Bedeutung verlieren, wenn sie als Zielkonflikt zur Arbeitsplatzproblematik dargestellt werden. Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen berichtet in

Tab. 5: Bewertung politischer Aufgaben. Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland eine Reihe wichtiger Aufgaben zu lösen. Kreuzen Sie bitte die *drei* an, die Sie für derzeit am wichtigsten halten.



Quelle: IIUG, 1978 II.

seinem Gutachten aus dem Jahre 1978 über eine demoskopische Untersuchung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahre 1974. Hier sprachen sich 56% der Befragten für weitere Umweltschutzmaßnahmen aus: auch unter der Annahme eines Arbeitsplatzrisikos für sich selbst oder für jemanden in der Familie, das sich auf Umweltschutzmaßnahmen zurückführen läßt; 22% waren unentschieden, und 22% akzeptierten in diesem Falle keine weiteren Umweltschutzmaßnahmen. Das geringste Ausmaß an Befürwortung von Umweltschutzmaßnahmen unter diesen Bedingungen fand sich bei Landwirten und Arbeitern, das höchste bei leitenden Angestell-

ten und Beamten. Ist dies Folge höheren Umweltbewußtseins oder eher Folge des geringeren gruppenspezifischen Arbeitsplatzrisikos?

Im Vergleich dazu: 1977 waren unter bereits verschlechterten Arbeitsmarktbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland bei der gleichen Frage des INFAS-Instituts nur noch 45% für weitere Umweltschutzmaßnahmen, 20% waren unentschieden und 35% dagegen.

In unseren eigenen Untersuchungen ergab sich für den Zeitraum von 1980 (V) bis 1982 (VI) ebenfalls eine leichte Verschiebung. Die in der Frage Umweltschutz versus Arbeitsplätze Unentschlossenen tendierten 1982 stärker zur Sicherung von Arbeitsplätzen (Tabelle 6).

Tab. 6: Umweltschutz und Arbeitsplätze. Angenommen, daß wir etwas höhere Arbeitslosigkeit akzeptieren müßten, um die Umwelt zu schützen. Wäre es Ihnen wichtiger, die Arbeitsplätze zu sichern oder die Umwelt zu schützen?

	1980 <sup>1</sup>	1982 <sup>1</sup>
Arbeitsplätze sichern	36 %	40 %
Umwelt schützen	36 %	36 %

1 allgemeine Bevölkerung Bundesrepublik Deutschland.

Quelle: IIUG 1980, V/1982, VI.

Auch unter der Annahme knapper öffentlicher Mittel stieg bei Befragten von 1957 bis 1977 deutlich die Bereitschaft, verstärkt öffentliche Mittel für Umweltschutzausgaben einzusetzen. Für den Umweltschutz konnte INFAS sowohl 1975 als auch noch gesteigert 1977 die höchste Zahlungsbereitschaft der Bürger — im Vergleich zu anderen Politikbereichen — aufzeigen (INFAS 1977).

Es zeigen sich jedoch Differenzen in der Beurteilung des Umweltschutzes zwischen unterschiedlichen Altersgruppen; insbesondere die 20-44jährigen messen den Umweltschutzausgaben eine erhöhte Bedeutung zu (Tabelle 7).

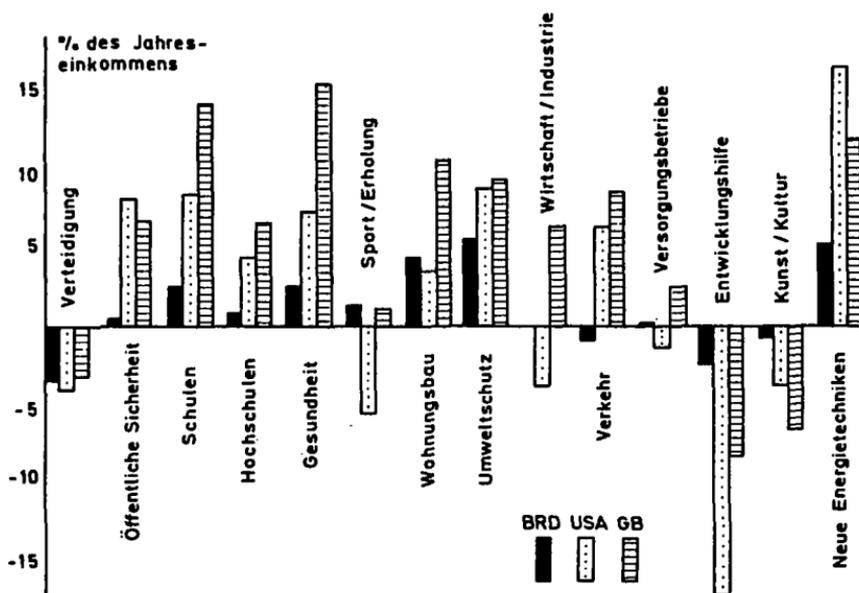
Kessel u. Zimmermann (1982) finden auf der Basis unserer 1982 (VI) durchgeführten Erhebung seitens der Befragten in der Bundesrepublik, in England und in den USA eine relativ hohe Bereitschaft, für Umweltschutzmaßnahmen Mehrausgaben der öffentlichen Hand zu akzeptieren. Die Befragten meinen, der Staat müsse mehr sparen. Umweltschutz aber gehört zu den Ausgabepositionen, bei denen aus der Sicht der öffentlichen Meinung verstärkte Anstrengungen unternommen werden sollten (Abbildung 10).

Tab. 7: Altersstruktur und politische Prioritäten

Alter	Problem (in % <sup>1</sup> )			
	Arbeitslosigkeit	Terrorismus	Bildung	Umweltschutz
15 – 19 J.	76	51	14	57
20 – 44 J.	83	33	36	63
45 – 64 J.	77	57	13	52
65 J. u. älter	65	61	10	36

1 Die Prozentzahlen geben an, wieviel Prozent der Befragten den jeweiligen Problembereich aus einer langen Liste von politischen Aufgaben als einen der drei wichtigsten einschätzen.

Quelle: IIUG 1977, I.



Quelle: IIUG 1982 (VI) (aus Kessel u. Zimmermann 1982).

Abb. 10: Zahlungsbereitschaft für öffentliche Ausgaben

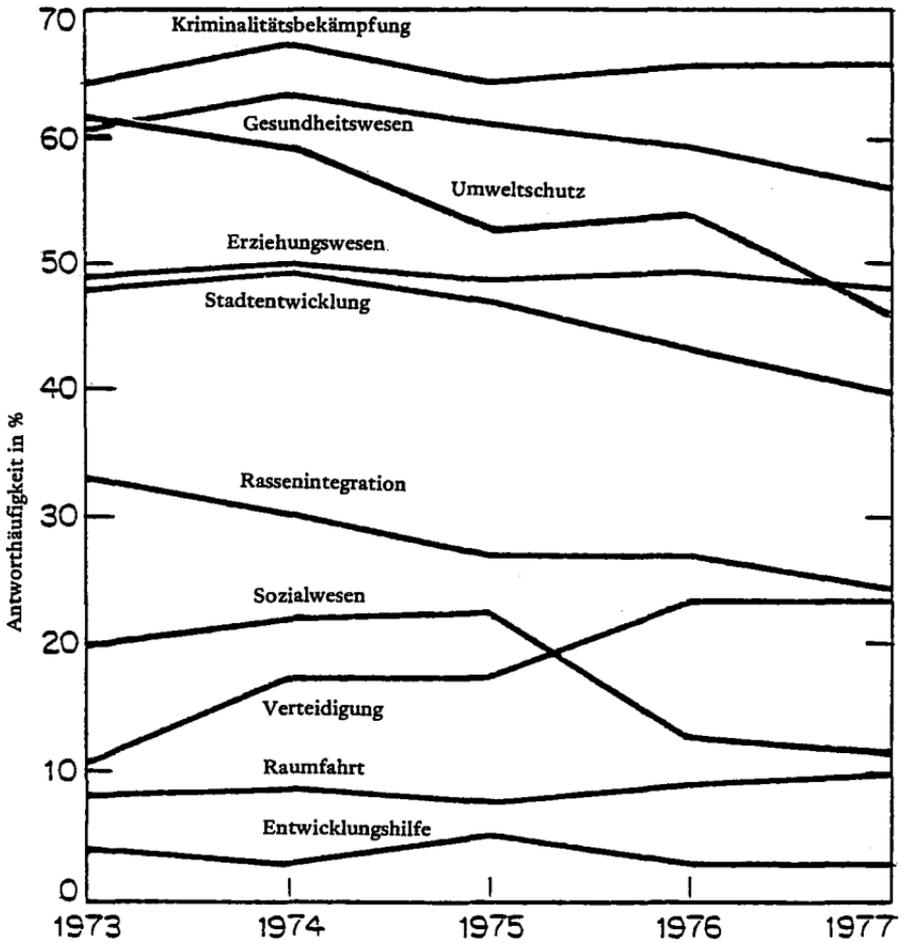
Die Zahlungsbereitschaft gegenüber Umweltschutzmaßnahmen steigt (relativ zu anderen Ausgabepositionen) mit dem Einkommen der Befragten. Höhere Zahlungsbereitschaft findet sich weiterhin bei Personen, die sich die Lösung der Umweltprobleme eher durch gesellschaftliche Veränderungen als durch technologisch/wissenschaftlichen Fortschritt erwarten.

In Entwicklungstrends der perzipierten Dringlichkeit von Umweltproblemen durch die Öffentlichkeit zeigen sich im Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA unterschiedliche Entwicklungslinien. Es hat den Anschein, als hätte die Bedeutung des Umweltthemas in den USA im Lichte der öffentlichen Meinung bereits ihren Höhepunkt überschritten: In einer Gallup-Umfrage aus dem Jahre 1965 sahen 17% der befragten Amerikaner die Reinhaltung von Luft und Wasser als eine der drei wichtigen Politikaufgaben an. Bei der gleichen Frage 1970 waren dies 53% der Befragten. In der New York Times stieg zwischen 1958 und 1969 die Zahl der Leserbriefe, die Umweltfragen aufgriffen, um ein Vielfaches (Mauss 1975, S. 570). ‚Umweltschutz‘ war nach der ‚Verminderung der Kriminalitätsrate‘ zur zweitwichtigsten öffentlichen Aufgabe in den USA geworden (Mitchell 1979).

Für den Zeitraum 1970 bis 1974 aber berichten Dunlap u. Dillmann (1976) auf Basis einer größeren Vergleichserhebung in Washington (State) ein Absinken der wahrgenommenen Bedeutsamkeit von Pollution control im Vergleich zu anderen Politikaufgaben. Auf einem zwar nach wie vor hohen Niveau beschreibt Utrup (1978) für den Zeitraum von 1973 bis 1977 ebenfalls einen leichten Rückgang der Bedeutsamkeit des Umweltthemas in der öffentlichen Meinung Amerikas (Abbildung 11).

Den Rückgang der wahrgenommenen Bedeutsamkeit des Umweltthemas in den USA seit 1970 konnten Dunlap u. Van Liere (1977) bestätigen. Neuere Umfragedaten aus den USA (Council on environmental quality 1980) schreiben diesen Trend bis 1980 fort.

Dem Rückgang der Bedeutsamkeit in der öffentlichen Meinung steht aber auf der anderen Seite ein deutlicher Zuwachs der Mitgliederzahlen in Umweltschutzorganisationen in den USA entgegen (Mitchell 1979). Beide Trends sind jedoch nur scheinbar widersprüchlich. Möglicherweise macht die wachsende Institutionalisierung des Umweltgedankens in etablierten pressure-groups ein Zurückweichen des öffentlichen Engagements möglich. Mit der Etablierung einer Umweltlobby wird offensichtlich von der Öffentlichkeit der Druck genommen, sich persönlich und emotional in diesem Bereich zu engagieren. Man verläßt sich zunehmend auf die Lobby. Dieser Prozeß der Professionalisierung der Vertretung von Umweltinteressen ist in



Prozentualer Anteil der Zustimmung zu der Aussage, daß die Regierung für unterschiedliche Programme, „zu wenig“ Geldmittel bereitstellt

Quelle: nach UTRUP 1978, S. 19

Abb. 11: Wertprioritäten im zeitlichen Verlauf (USA) (in %)

den USA sicher weiter fortgeschritten als in der Bundesrepublik. Dies erklärt den Unterschied in der Entwicklung der Wertprioritäten zwischen den beiden Ländern. Überträgt man den Entwicklungsprozeß, der in den USA augenscheinlich stattgefunden hat auf deutsche Verhältnisse, so kann man auch für die Bundesrepublik einen Rückgang

öffentlichen Interesses am Umweltthema bei gleichlaufender Professionalisierung der Vertretung der Umweltinteressen in Umweltparteien, Dachverbänden von Bürgerinitiativen u.ä. erwarten.

## 5.2 Umweltproblembereiche im Vergleich

Die drängenden Umweltfragen werden im politischen Raum, aber auch in der wissenschaftlich technischen Betrachtung, medial differenziert. Wir unterscheiden Fragen der Luftverschmutzung, der Wasserverunreinigung, Fragen der Lärmbelästigung, der Abfallbeseitigung etc.

Aus unseren ersten Erhebungen (1977, I; 1978, II) wissen wir, daß im öffentlichen Bewußtsein bei medialer Aufschlüsselung die ‚Luft- und Wasserverunreinigungen‘ als die drängendsten Umweltfragen gesehen werden. Nach den Problembereichen ‚Schadstoffe in Nahrungsmitteln‘, ‚Lärmbelästigung‘ und ‚Energieprobleme‘ folgen ‚Erschöpfung der Rohstoffe‘ und ‚Stadt- und Landschaftsgestaltung‘ erst am Ende der Skala der wahrgenommenen Dringlichkeit unterschiedlicher Umweltprobleme.

Ein vergleichbares Bild ergibt sich in der breiter angelegten Studie (V) von 1980. Die Urteilsstruktur erwies sich als relativ stabil. Es zeigt sich, daß neben den wiederum vordringlich gesehenen Problemen der Luft- und Wasserverschmutzung, ‚giftige Industrieabfälle‘ (die neu in die Befragung aufgenommen wurden) einen gleichrangigen Stellenwert einnahmen.

Auf der Basis der Erhebungen, die wir 1982 (VI) durchgeführt haben, ergaben sich in medialer Differenzierung der Umweltprobleme im internationalen Vergleich und im Vergleich der Erhebungsgruppen folgende Ergebnisse:

‚Giftige Industrieabfälle‘, ‚Atom Müll‘, ‚Wasser- und Luftverunreinigung‘ stehen im Vordergrund der Besorgnisse der Bevölkerung; ‚Lärm‘ und ‚Abfall‘ werden relativ zu anderen Umweltproblembereichen als am wenigsten dringlich eingeschätzt.

Es ist sehr auffällig, daß die Dringlichkeitsabstufungen in der Bundesrepublik, in England und in den USA in gleicher Weise vorgenommen werden. Die Konkordanzkoeffizienten nach Kendall betragen zwischen den Rangreihen der allgemeinen Bevölkerungsstichproben der drei Länder: BRD/UK: .72,  $p=.003$ , BRD/USA: .77,  $p=.002$  und UK/USA: .86,  $p=.001$ . Nimmt man an, daß sich die Umweltsituation in diesen drei Ländern unterscheidet, muß man zu der Folgerung kommen, daß die Umwelturteile weniger an Tatsachen als an Stereotypen orientiert sind. Die Struktur der Stereotypen der Be-

drohlichkeit gilt auch (abgesehen von wenigen Ausnahmen) im Vergleich unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen. Die vordringliche Umweltsorge richtet sich offensichtlich auf Schädigungen, die als ‚Vergiftungen‘ charakterisiert werden können.

Abgesehen von Hausmüllproblemen, die relativ zu den anderen Problembereichen mit am Ende der Dringlichkeitsskala stehen, und von denen 35% der Befragten meinen, sie seien mittelfristig lösbar, sind über alle Umweltprobleme hinweg einheitlich etwa 20% der Befragten der Ansicht, wir würden diese Umweltprobleme in den nächsten Jahren in den Griff bekommen. Auch bei der Abschätzung der Chancen der Problembewältigung zeigt sich eine sehr undifferenzierte Urteilsstruktur.

1978 (II) sahen insgesamt 33% der Befragten in den fünf zurückliegenden Jahren Verbesserungen in der Umweltqualität. Die gleiche Zahl positiver Urteile ergab sich bei der Abschätzung der Zukunftschancen. 34% glaubten, unsere Umweltqualität würde sich in den nächsten zehn Jahren deutlich oder etwas verbessern. Von den 34% Optimisten blieben 1980 nur noch 20% übrig (Fietkau, Kessel, Tischler 1981). Hinsichtlich der Umweltfrage sind die Deutschen zwischen 1978 und 1980 pessimistischer geworden. 1982 (VI) aber stieg die Zahl der Optimisten wieder etwas: wieder hielten viele Hausmüll (40%) und Lärm (35%) für lösbare Probleme. Auch in den anderen Umweltbelastungsbereichen stieg der Optimismus an. Fanden wir 1980 noch ca. 20% Umweltoptimisten, waren es 1982 ca. 25%.

Unter allen in medialer Aufgliederung betrachteten Umweltbelastungen stellt Lärm sicher die Belastung dar, von der die meisten Menschen ganz unmittelbar betroffen sind. 1977 (I) waren es in unserer Erhebung 48% und 1978 (II) 46% der Befragten, die angaben, in ihrer Wohnumgebung oder am Arbeitsplatz durch Lärm gestört zu sein. Diese Zahlen bestätigen die Analysen von Jokiel (1977), die zeigten, daß relativ zeitstabil in der Bundesrepublik Deutschland knapp die Hälfte der Menschen in ihrem eigenen Urteil unter Lärmbelastigungen zu leiden haben. Im Vergleich zu der Rangreihe der wahrgenommenen politischen Dringlichkeit von unterschiedlichen Umweltproblemen fällt eine Diskrepanz auf: Lärm stellt die Umweltbelastung dar, die am ehesten der unmittelbaren Erfahrung von Menschen zugänglich ist; dennoch rangiert sie in der Rangreihe der wahrgenommenen politischen Dringlichkeit mit an der letzten Stelle.

Politische Forderungen und gesellschaftliches Engagement sind offensichtlich nicht notwendig an unmittelbare persönliche Betroffenheit geknüpft (vgl. Fietkau 1979). Dieser zunächst überraschende Befund wird durch die bereits diskutierte Hypothese verständlich, daß die Reaktionen, die wir als Umweltbewußtsein und Umweltenga-

gement bezeichnen, durch einen erlebten Verlust an Kontrollmöglichkeiten über die natürlichen Umweltbedingungen ausgelöst werden. In den Bereichen Luft- und Wasserverschmutzung sind die Steuerungsmöglichkeiten des Einzelnen und der Gesellschaft mindestens aus der (impliziten) Problembeurteilung viel schwieriger zu realisieren als im Lärmbereich oder im Abfallbereich. Man mag sich sagen: ‚Wenn man nur wirklich will und wenn es mal wirklich sehr dringend würde, kann man die Lärmprobleme und die Schwierigkeiten mit der Abfallbeseitigung vergleichsweise einfach beseitigen: Man stellt weniger Verpackungsmaterial her, oder man sperrt eine – durch Lärm hochbelastete – Straße, und schon werden die Probleme geringer oder gar gelöst‘. Ohne darauf einzugehen, inwieweit derartige Lösungen der Lärm- und Abfallfragen tatsächlich so einfach möglich wären: In der öffentlichen Wahrnehmung der Probleme spielt dies sicher eine große Rolle. Die Problemlösungen im Lärm- und im Abfallbereich scheinen einfach, sie scheinen wenige und überschaubare Folge- bzw. Nebenwirkungen zu haben; von Lärm und Abfall gehen in den Alltagssperzeptionen keine Dauerschädigungen aus, die sich irgendwann einmal als irreversibel erweisen könnten; kurz: In der Wahrnehmung stellen sich diese Probleme als solche dar, über die der Mensch als Individuum und die Gesellschaft Kontrolle haben.

Ganz anders sieht es im Bereich der Luftverschmutzung, der Wasserverunreinigung oder gar der Kernkraft aus. Im Lichte der öffentlichen Meinung sind die Ursachen der Belastungen und die möglichen Gefahren, die von diesen Problembereichen ausgehen, weniger gut überschaubar. Es ist auch andererseits viel schwieriger abschätzbar, welche Konsequenzen für den einzelnen aus einer radikalen Politik der Luftreinhaltung und des Gewässerschutzes entstehen könnten; auch lassen sich die möglichen Auswirkungen eines Verzichtes auf Kernenergie ökonomisch kaum abschätzen. Die von diesen Umweltbeeinträchtigungen ausgehenden unmittelbaren Belastungen und Risiken für den Menschen lassen sich schlechter abschätzen als die, die von Lärm oder Abfallproblemen ausgehen.

Zusammengefaßt: Umweltengagement richtet sich nicht gegen Umweltbelastungen als solche; Umweltengagement und Umweltsorgen richten sich gegen eine mangelnde Kontrollierbarkeit und Überschaubarkeit von Ereignissen und Prozessen, die grundständig als gefährlich eingeschätzt werden. Es ist der psychische Versuch, sich gegen eine Umwelt zu wehren, die man nicht versteht, deren Konsequenzen man nicht absieht, deren mögliche Gefahren man nicht abwehren kann, deren langfristige Folgen möglicherweise nicht mehr reversibel sind: Er richtet sich gegen eine Umwelt, über die man die Kontrolle verloren hat.

### 5.3 Kernkraft in der öffentlichen Diskussion

Die Kernkraftdiskussion nimmt in der Umweltdebatte eine gewisse Sonderstellung ein. Sie ist zentraler Bestandteil der Ökologiebewegung, und die Wellen der Kritik haben in der Kernkraftfrage am höchsten geschlagen. Während bei den Umweltmedien – Luft, Lärm, Wasser, Abfall – und bei den mit ihnen zusammenhängenden Problemen die Sorge der Öffentlichkeit einhelliger vorgetragen wird, finden wir in der Kernkraftfrage Gegner und Befürworter polarisiert.

1977 überstieg die Zahl derer, die den Bau weiterer Kernkraftwerke befürworteten (53%), die Zahl derer, die den Bau weiterer Kernkraftwerke ablehnten (43%) (Der Spiegel, 2, 1977). Dieses Bild hatte sich bis 1980 kaum geändert. Auch in unserer Erhebung aus dem Jahre 1980 (V) fanden wir mehr Menschen, die die Notwendigkeit sahen, weitere Kernkraftwerke zu bauen. Die Spannung, die sich hier zwischen den Vertretern unterschiedlicher Positionen auftrat, spiegelt sich auch in einer inneren Ambivalenz des Einzelnen. 69% der Befragten in der Bundesrepublik Deutschland hielten Kernenergie für ‚gefährlich‘ (14% waren ‚unentschieden‘; 17% hielten sie für ‚eher ungefährlich‘), aber dennoch meinten 69%, Kernenergie sei ‚notwendig‘ (15% unentschieden, 16% hielten sie für ‚nicht notwendig‘). Ähnliche Zahlenverhältnisse ergaben sich bei unseren Erhebungen in den USA und in England (1980, V).

In einer Untersuchung von Marplan (o.J.) waren es 1977 2/3 der Bevölkerung, die Kernkraft für notwendig hielten. Es ergaben sich keine Zusammenhänge zwischen der perzipierten Notwendigkeit und dem Vertrauen in ‚Sicherheitsverantwortung‘. Die Wahrnehmung von Risiken einer Technologie führt also nicht notwendigerweise zu einer Ablehnung dieser Technologie. Die Vorteile der Kernenergie werden relativ unabhängig von der Beurteilung ihrer Risiken eingeschätzt (Otway u. Fishbein 1977). Das Auseinanderklaffen von Bedarfseinschätzungen und Risikobeurteilungen ist sicher auch Folge unterschiedlicher Risikoformen, die mit Kernkraft oder allgemeiner mit großtechnologischen Entwicklungen in Verbindung gebracht werden können.

Großtechnologische Entwicklungen haben neben ökologischen ggf. weitreichende politische, soziale und psychische Implikationen. Die Verwobenheit neuer Großtechnologien mit politischen Strukturen artikuliert Robert Jungk. Er prognostiziert den Polizeistaat als eine der wahrscheinlichen Folgen der Ausweitung der Nutzung der Kernenergie und treibt diesen Gedanken bis zu der Frage: „Könnte es sein, daß den Mächtigen an dem Apparat zum Schutz künftiger Energiequellen im Grunde noch mehr liegt als an dem Strom, den

diese Anlagen bringen?“ (Der Spiegel, 7.3.1977). Diese Argumentation Jungks drückt sicher wesentliche Teile der Sorgen aus, die heute die Antikernkraftbewegung beschäftigen.

Die Beurteilung von Folgewirkungen umweltverändernder Technologien und die mit ihr verbundene Risikobeurteilung von Technologien für die Umwelt sind zu einem drängenden politischen Problem geworden. Die bislang eher philosophisch-wissenschaftstheoretisch zentrierte Diskussion um das Verhältnis von Wissenschaft, Technik und Gesellschaft beginnt eine gesellschaftliche und politische Öffentlichkeit zu finden (Traube 1978). Die Umweltauswirkungen und die sozialen Folgen und Risiken der Verbreitung von Großtechnologien sind zum Thema in der politischen Arena geworden.

Eine psychologische Risikobeurteilung scheint neben technischen und ökonomischen Risikoabschätzungen notwendig, weil die naturwissenschaftliche Bestimmung von Risiken und die individuelle Risikobeurteilung, die an das subjektive Empfinden des einzelnen anknüpft, deutlich auseinanderzuklaffen scheinen. So rechnete Fölsing (1978) mit Bezug auf den Rasmussen-Report die dort angegebenen abstrakten Wahrscheinlichkeiten von Risiken bei Kernkraftwerken in anschauliche Größen um: Eine mit 400 Reaktoren voll ausgebaute nukleare Stromerzeugung in den USA würde jedem US-Bürger Risiken aufbürden, die folgenden Gefahrenquellen vergleichbar wären:

- dem Konsum von 6 Zigaretten während des ganzen Lebens;
- einer Autofahrt von 5 Kilometern oder
- einem halben Pfund Übergewicht.

Es kann hier nicht der Ort sein, darüber zu urteilen, ob diese Relationen stimmen — es ist jedoch offenbar so, daß die subjektiven Risikoabschätzungen und naturwissenschaftliche Risikoanalyse kaum etwas miteinander zu tun haben müssen.

Was aber ist es dann, was die Urteilsbildung im Alltag bestimmt? Diese Frage ist nicht allein von akademischem Interesse, sie ist eminent politisch, weil nicht zuletzt die Alltagswahrnehmung von Risiken die politische Auseinandersetzung bestimmt.

In der Umweltpsychologie nehmen Risikowahrnehmungen eine randständige Rolle ein. Die Wahrnehmung von Umweltrisiken ist empirisch allenfalls mit Bezug auf Naturkatastrophen (Erdbeben, Tornado) untersucht worden — eine theoretische Einordnung in ein allgemeineres umweltpsychologisches Theoriegebäude steht aus. Die Übertragbarkeit der vorliegenden Befunde zu Naturkatastrophen auf technologische Risiken erscheint problematisch. Ebenso problematisch erscheint der Versuch, die Vielzahl empirischer Untersuchun-

gen, die im Rahmen der Sozialpsychologie zu risikobeladenem Verhalten in Spielsituationen im psychologischen Labor erhoben wurden, auf unser Problem zu übertragen.

Jenseits psychologischer Forschung werden aber Annahmen über die Ursachen der technologischen Risikowahrnehmungen formuliert. So sieht Traube (1978) die Reaktionen der Öffentlichkeit gegenüber Kernkraftwerken auf dem Hintergrund enttäuschter Erwartungen gegenüber dem wirtschaftlich-technischen Fortschritt, und sieht in ihnen eine Reaktion, die in allen westlichen Industrieländern ähnlich verläuft:

„Sie zeigt an, wie verbreitet zumindest die Ahnung ist, daß das Übel eine technische Wurzel hat. Da bahnt sich ... ein Klärungsprozeß an, der fort von den dumpfen Ahnungen führt zu einem neuen Bewußtsein.“

Traube wagt auf der Basis seiner Situationseinschätzung die Prognose, daß sich die ablehnenden Haltungen gegenüber neuen Großtechnologien in der Zukunft verfestigen werden.

Röglin (1977) kam in einem Vortrag vor dem ‚Deutschen Atomforum‘ zu folgender Analyse:

„Wir haben es mit einer ausgesprochenen Identitätskrise des modernen Menschen in einer hochindustrialisierten Gesellschaft zu tun. Die großen Institutionen haben einen Abstraktionsgrad erreicht, der es dem Menschen unmöglich macht, sich mit ihnen zu identifizieren. Also sucht er den geborgenen Raum der kleinen Institutionen, und das nennen wir seine Nostalgie. Aber auch in diesen kleinen Institutionen findet er nicht mehr sein Zuhause, weil diese kleinen Institutionen wiederum einen großen Teil ihrer Funktionen abgeben haben an die großen Institutionen. So findet der Mensch nicht einmal auf dem Rückzug in den geborgenen Raum sein eigentliches Zuhause, und das macht die generelle Frustration aus.“

Röglin sieht die Ursachen für die hohen Risikobeurteilungen im Kernkraftbereich in einem Entfremdungsprozeß zwischen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung einerseits und den Möglichkeiten des einzelnen andererseits, eben diese Entwicklungen zu verstehen. Diese Problemanalyse führt zu einer anderen Abschätzung der künftigen Entwicklung, als sie Traube vorgenommen hat. Eine Konsequenz aus dem Röglinschen Gedanken könnte auch die Vermutung sein, daß ein allmählicher Gewöhnungsprozeß an neuere Technologien stattfindet, der die Risikobefürchtungen diesen Entwicklungen gegenüber mindert.

Weder Röglinsche Sicht noch die Problemanalyse von Traube werden wahrscheinlich den Prozessen gerecht, die bei der Entstehung

von Risikoabschätzungen eine Rolle spielen. Eine differenziertere Betrachtung der Entstehung von Risikoperzeptionen ist notwendig.

Meyer-Abich (1981) unterscheidet sieben Determinanten der Beurteilung von Großtechnologien:

1. Irreversibilität: Kernkraft impliziert ‚endgültige‘ Entscheidungen;
2. Zunahme des destruktiven Potentials der industriellen Entwicklung;
3. ungehemmtes Wirtschaftswachstum;
4. Inhumanität der harten Technik: lebendige Welt wird in Ressourcen und Materialien verwandelt, denen wir unseren Willen aufzwingen;
5. Entfremdung und Tendenz zur zentralisierten Großtechnik;
6. schwindendes Vertrauen in die öffentlichen Institutionen;
7. mangelnde Beteiligung an den Entscheidungsprozessen.

In welcher Weise diese Aspekte allerdings zusammenwirken und gegenüber bestimmten Problembereichen zur Geltung kommen, bedarf weiterer sozialwissenschaftlicher Analyse.

#### *5.4 Individuelle Handlungsbereitschaft*

Infas (1977) berichtet über ein Ansteigen der Bereitschaft der Bevölkerung, für Maßnahmen des Umweltschutzes Opfer zu bringen. Waren es 1970 nur 44%, die sich zu eigenen Opfern für Umweltschutzmaßnahmen bereit erklärten, fanden sich 1977 73% der Befragten dazu bereit. In der 1977 von INFAS durchgeführten Studie befürworteten 82% der Befragten den Verkauf von Getränken in Pfandflaschen, für ein umweltschonenderes Auto waren 62% der Bevölkerung bereit, 500 DM mehr auszugeben; 53% akzeptierten eine Erhöhung des Wassergeldes um 2,50 DM pro Person und Monat zur Verbesserung der Wasserqualität.

Der hohen Bereitschaft, für Umweltschutzmaßnahmen Opfer zu bringen, entspricht offensichtlich auch bei positiven äußeren Rahmenbedingungen ein hohes Maß an umweltgerechtem Verhalten. Der Einsatz von Altglascontainern in vielen Regionen der Bundesrepublik Deutschland z.B. erwies sich als großer Erfolg. Umweltschonendes Handeln ließ sich hier für viele mit praktischen Vorteilen (Entlastung des Hausmülls etc.) verbinden (Fietkau u. Schiffer 1981). Es kann sicher davon ausgegangen werden, daß eine hohe grundständige Bereitschaft der Bevölkerung gegeben ist, auch durch eigenes Verhalten einen Beitrag zur Verbesserung der Umweltbedingungen zu leisten.

Das Institut für Demoskopie Allensbach stellte 1977 fest, daß 70% der erwachsenen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland eine Drosselung des Energieverbrauchs fordern. Die meisten sehen durchaus Einsparmöglichkeiten in den Haushalten. Politische Maßnahmen aber, die zur Drosselung beitragen könnten, wie die Erhöhung des Strompreises, werden nur von einer geringen Zahl der Befragten gebilligt. Aus der Sicht der Bevölkerung würden allenfalls Appelle an die Freiwilligkeit akzeptiert. Dies interpretiert das Institut als „eine recht bequeme Haltung des Bundesbürgers zum Energiesparen“. Im Rahmen unserer Vorstellung spricht dieser Befund eher für den Wunsch der Menschen, autonom zu entscheiden, ihre eigenen Lebensbelange selbst kontrollieren zu können.

Neben einem Verhalten, das sich auf die Verbesserung der Umweltqualität selbst richtet, ist in den letzten Jahren zunehmend ein Verhalten zu beobachten, das darauf abzielt, die wahrgenommenen und kognizierten Umweltbelastungen kompensatorisch auszugleichen. Es findet eine Flucht vor der verschmutzten Umwelt statt. Im Urlaub gehören eine saubere und attraktive Landschaft und die einsame unberührte Natur zu weit höheren Zielen als etwa interessante kulturelle Sehenswürdigkeiten (1980, V). Die gleiche Tendenz, sich in Urlaub und Freizeit in Reservate guter Umweltqualität zurückzuziehen, beschreibt Mauss (1975, S. 601), wenn er von einem dramatischen Anstieg der Besucherzahlen in den Naturschutzgebieten der USA berichtet.

### *5.5 Technologieorientiertes und politikorientiertes Denken*

Alle vorliegenden Umfragen machen deutlich, daß Umweltprobleme von unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen zu den drängendsten Gegenwartsfragen gerechnet werden. Auch in unserer jüngsten Erhebung (1982, VI) wurde dies deutlich (Tabelle 8), wobei sich keine wesentlichen Unterschiede zwischen dem Urteil der allgemeinen Bevölkerung und dem der von uns genauer untersuchten Zielgruppen ergaben.

Wir können sicher davon ausgehen, daß über die Notwendigkeit von Umweltschutz in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland kaum ein Dissens besteht. Der umweltbezogene Konflikt, den wir beobachten, bezieht sich auf unterschiedliche Lösungswege aus der Umweltkrise.

Unterschiedliche Haltungen gegenüber Wissenschaft und Technik einerseits wie gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen anderer-

Tab. 8: Umwelt als Problem

	„Der Zustand der Umwelt ist“:	
	„ ein Problem“	„kein Problem“
Allgemeine Bevölkerung	80% (89%) <sup>1</sup>	3% (4%)
Umweltschützer	99%	1%
Bundestags-abgeordnete	93%	3%
Industrievertreter	80% (81%)	12% (9%)

In dieser Tabelle sind die Personen nicht berücksichtigt worden, die auf der mittleren Position der Skala ihr Urteil abgegeben haben. So addieren sich die Prozente nicht zu 100%.

1 Vergleichbare Daten aus der Umfrage 1980 (V) sind in Klammern mitaufgenommen.

Quelle: IIUG Umfrage 1982 (VI)

seits prägen aber bezogen auf Umweltprobleme zwei Typen von Lösungswegen:

1. Lösung der Umweltprobleme durch technischen, wissenschaftlichen und ökonomischen Fortschritt;
2. Lösung der Umweltprobleme durch gesellschaftliche und politische Veränderungen.

Das Mißtrauen in technische Lösungen ist bei Umweltschützern sehr ausgeprägt. Sie heben sich damit deutlich von der allgemeinen Bevölkerung und von Vertretern der Industrie, aber auch von Bundestagsabgeordneten ab: Es gibt eine sehr positive Einstellung zur Technik auf seiten der Industrievertreter. Die allgemeine Bevölkerung ist ambivalent, tendiert aber ebenfalls zu einer positiven Einstellung und die Politikvertreter bewegen sich in der Mitte zwischen Bevölkerung und Industrie. Deutliche Skepsis gegenüber technologischen Entwicklungen findet sich bei den Umweltschützern (Tabelle 9).

Tab. 9: Einstellung zur Technik

	„Die moderne Technik hat mehr positive als negative Auswirkungen.“	
	Zustimmung	Ablehnung
Allgemeine Bevölkerung	50% (72%) <sup>1</sup>	27% (15%)
Umweltschützer	23%	55%
Bundestagsabgeordnete	67%	9%
Industrievertreter	81% (82%)	9% (5%)

1 Vergleichbare Daten aus der Umfrage 1980 (V) sind in Klammern aufgenommen.

Quelle: IIUG Umfrage 1982 (VI).

Beim Vergleich der Antworten von 1980 und 1982 zeigt sich eine in den beiden Jahren größer gewordene Skepsis gegenüber technologischen Möglichkeiten. Zwar werden nach wie vor Wissenschaft und Technik als Zukunftschancen von der Mehrzahl der Bevölkerung angesehen; die Zahl derer aber, die hier eine kritische Haltung einnehmen, wächst. Die Tendenz wird durch die Ergebnisse unterstützt, die wir bei der Frage nach der „Technik als Zukunftschance“ erhalten haben (Tabelle 10).

Tab. 10: Technik als Zukunftschance

	„Wissenschaft und Technik sind unsere großen Chancen für die Zukunft.“	
	Zustimmung	Ablehnung
Allgemeine Bevölkerung	70% (84%) <sup>1</sup>	13% (7%)
Umweltschützer	49%	33%
Bundestagsabgeordnete	83%	4%
Industrievertreter	95% (95%)	1% (4%)

1 Vergleichbare Daten aus der Umfrage 1980 (V) sind in Klammern aufgenommen.

Quelle: IIUG Umfrage 1982 (VI).

Große Konfliktpotentiale tun sich in der Beurteilung von Lösungsmöglichkeiten der Umweltprobleme auf. Während die Vertreter von Industrie und Politik stärker technische Lösungsmöglichkeiten präferieren, ist die öffentliche Meinung in der Bevölkerung gespalten. Hier gibt es fast zu gleichen Teilen Befürworter technischer Lösungen und gezielter gesellschaftspolitischer Veränderungen. Die Umweltschützer hingegen sind deutlich unter denen, die eine Lösung der Umweltproblematik unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen sehen (Tabelle 11).

Tab. 11: Problemlösungsstrategien

	„Was halten Sie für wichtiger, um unsere Umweltprobleme zu lösen?“	
	Bessere wissenschaftliche und technische Entwicklungen	Grundsätzliche Änderungen in der Gesellschaft
Allgemeine Bevölkerung	48%	43%
Umweltschützer	22%	71%
Bundestagsabgeordnete	55%	36%
Industrievertreter	79%	15%

Quelle: IIUG Umfrage 1982 (VI)

Die Unterscheidung von zwei Lösungsparadigmen kann für die Beurteilung umweltpolitischer Maßnahmen von Bedeutung sein. Zur Abschätzung der Ausprägung dieser beiden Denkformen im internationalen Raum wurde ein empirisches Prüfmodell entwickelt. Zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit im methodischen Vorgehen wurde auf das Konzept der Faktorvariablen zurückgegriffen (Fietkau, Kessel, Tischler 1982). Auf der Basis von drei Faktorvariablen

- Wahrnehmung der Umweltprobleme,
- Einstellung zur Technik,
- Einstellung zu Grenzen des Wachstums

wurden drei Urteilstypen definiert:

- wenig umweltbewußte (50%),
- technologisch lösungsorientierte (37,5%) und
- gesellschaftspolitisch lösungsorientierte (12,5%) (vgl. Abbildung 12).

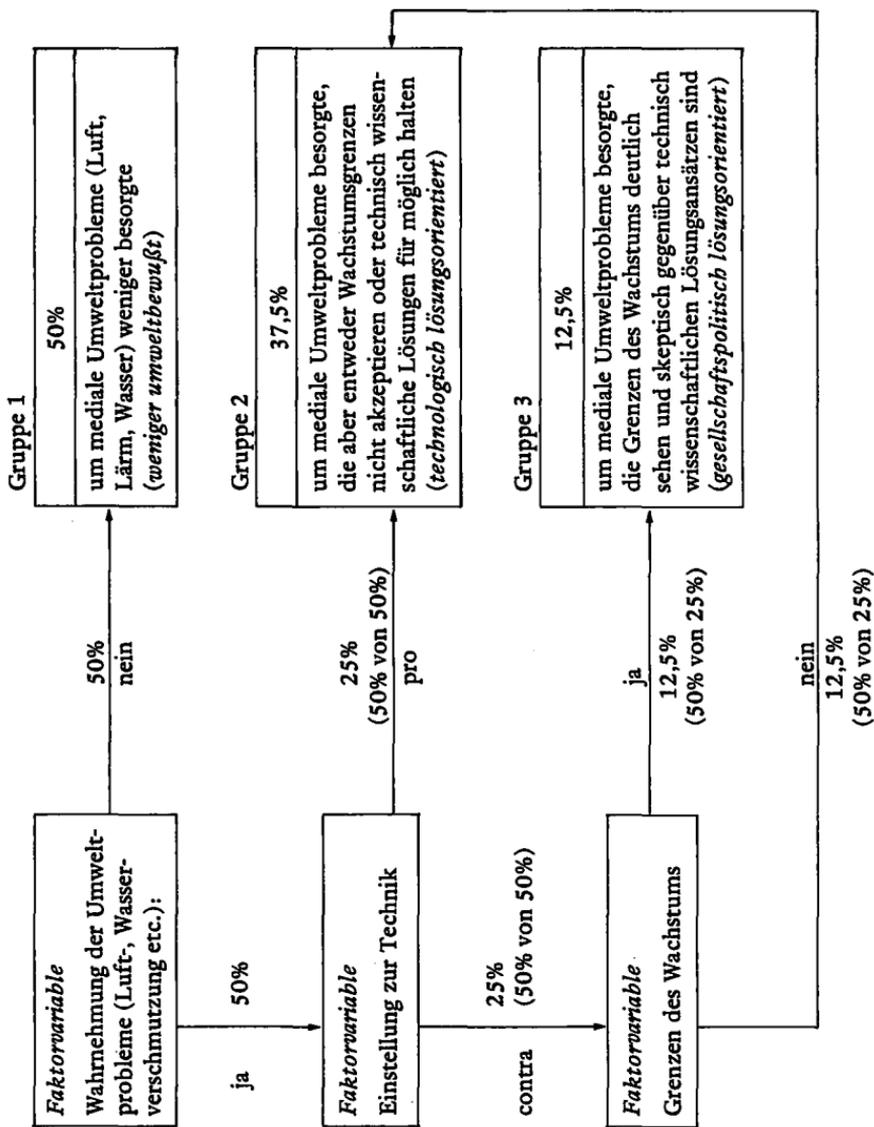


Abb. 12: Perzeptionstypen

Aus den drei a priori festgelegten Gruppengrößen haben wir für die Bundesrepublik Deutschland die Grenzwerte auf den Faktorvariablen ermittelt. Diese Grenzwerte konstituieren die drei Gruppen in der angenommenen Größe. Da die Faktorvariablen international und für unterschiedliche Erhebungsgruppen vergleichbar sind, kann man nun die gleichen Grenzwerte an die anderen Stichproben (USA, UK, Zielgruppen der Bundesrepublik Deutschland) anlegen. Hierbei ergibt sich für unterschiedliche Stichproben eine Aufteilung in die drei Einstellungstypen. Die Gruppengrößen sind nun direkt vergleichbar (Tabelle 12).

Hierbei zeigen sich folgende Ergebnisse:

- Die medialen Umweltprobleme (Luft, Lärm, Wasser) werden in der Bundesrepublik Deutschland am deutlichsten perzipiert, in England werden sie als weniger dringlich beurteilt und in den USA ist diese Haltung noch schwächer ausgeprägt.
- Die Forderung nach gesellschaftlichen Problemlösungen (gegenüber technologischen Lösungsansätzen) ist in der Bundesrepublik Deutschland zweimal so stark wie in England und sechsmal so stark wie in den USA. Der Wunsch nach politischem Wandel ist in Europa ausgeprägter als in den USA.
- Die Suche nach gesellschaftlichen Lösungsstrategien zeigt sich am deutlichsten bei den Umweltschützern und etwas weniger bei den Politikern und bei der allgemeinen Bevölkerung. Auf technologische Lösungen vertrauen am stärksten die Vertreter der Industrie.

Tab. 12: Kognitionsstile im internationalen Vergleich

	wenig umweltbewußt	technologisch lösungsorientiert	Relation ca:	
			gesellschaftlich lösungsorientiert	
BRD (Bezugspol)	50%	35 %	( 2,3 : 1)	15 %
USA	76%	22,5%	( 15 : 1)	1,5%
UK	63%	31 %	( 5 : 1)	6 %
Umweltschützer (BRD)	41%	24 %	( 0,7 : 1)	35 %
Industriervertreter (BRD)	80%	16 %	( 4 : 1)	4 %
Politiker (BRD)	67%	20 %	( 1,5 : 1)	13 %

Die Faktorvariablen ‚Wahrnehmung der Umweltprobleme‘, ‚Einstellung zur Technik‘ und ‚Grenzen des Wachstums‘ scheinen wesentliche Teile eines ökologisch orientierten Kognitionsstils zu prägen. In der 1982 (VI) durchgeführten Erhebung haben wir nun zur besseren Handhabung versucht, diese Einstellungsaspekte durch geeignete Einzelfragen in allen drei Erhebungsländern zu repräsentieren:

– *allgemeine Umwelteinstellung:*

„Ist die Gefährdung der Umwelt in der ganzen Welt ein großes Problem oder kein Problem? Wie empfinden Sie das persönlich?“

kein Problem                      1 . . . . . 7    ein großes Problem

– *Einstellung zu Wissenschaft und Technik*

„Was halten Sie für wichtiger, um unsere Umweltprobleme zu lösen?“

besser wissenschaftliche                      grundsätzliche Änderungen  
und technische                      1 . . . . . 7    in der  
Entwicklungen                      Gesellschaft

– *Einstellung zu den Grenzen des Wachstums*

„Es gibt Grenzen des Wachstums, über die hinaus sich unsere industrialisierte Welt nicht ausdehnen kann.“

Lehne stark ab                      1 . . . . . 7    stimme stark zu

Alle drei Einstellungsaspekte wurden auf siebenstufigen Skalen gemessen. Anhand jeder Skala wurden alle Erhebungsgruppen dichotomisiert. Da die Skala ‚allgemeine Umwelteinstellung‘ schief verteilt war, erfolgte die Grenzziehung zwischen Gruppen auf der Skala zwischen den Skalenpunkten 5 und 6; bei den anderen Skalen wurden die Gruppen so konstituiert, daß die Personen zusammengefaßt wurden, die ihr Urteil auf den Skalenpunkten 1, 2, 3 bzw. 5, 6, 7 abgaben. Personen, die auf der mittleren Kategorie 4 urteilten, wurden nicht berücksichtigt. Aus den drei Zweierklassifikationen konnten in Kombination so  $2 \times 2 \times 2 = 8$  Gruppen einer Urteilsdimension ‚ökologischer Wandel‘ gebildet werden. Die acht Gruppen ließen sich nun so anordnen, daß sie, bezogen auf eine Reihe von weiteren Urteilen und soziodemografischen Charakteristika, einen linearen Trend zeigten. Der Aufbau der Urteilsdimension ‚ökologischer Wandel‘ ist in Abbildung 13 dargestellt.

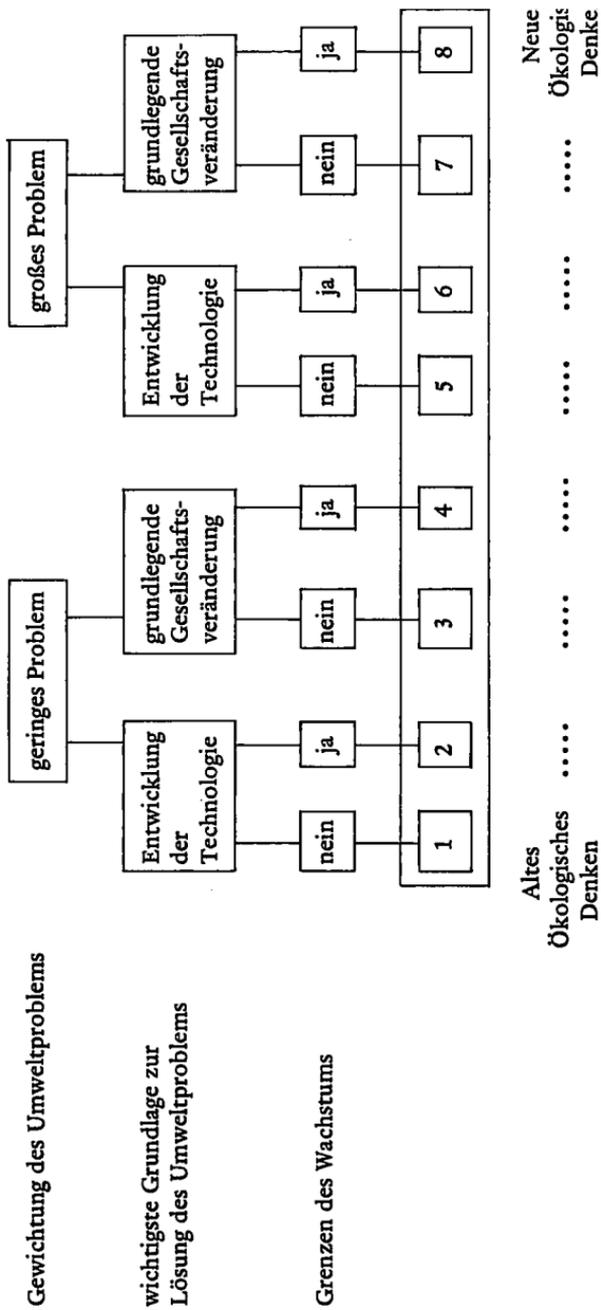


Abb. 13: Urteilsdimension „ökologischer Wandel“

Da die Grenzziehung auf den Skalen, die die Gruppen konstituieren, beliebig ist, können keine Aussagen über absolute Verteilungshäufigkeiten in den Gruppen abgeleitet werden; da die Gruppenbildung aber in den drei Erhebungsländern und in allen Erhebungsgruppen in gleicher Weise vorgenommen wurde, ist es möglich, Vergleiche zwischen den Ländern und zwischen den Erhebungsgruppen zu ziehen. Weiter ist es möglich, Einstellungsunterschiede zwischen den Gruppen festzustellen. Letztlich können spezifische soziodemografische Bestimmungen der Gruppen vorgenommen werden. Im einzelnen sind die Ergebnisse bei Fietkau, Kessel, Coopersmith u. Milbrath (1982) diskutiert. Sie lassen sich in folgender Weise zusammenfassen:

- Unter Heranziehung der drei Einstellungsaspekte ‚allgemeine Umweltprobleme‘, ‚Technologieorientierung‘ und ‚Grenzen des Wachstums‘ lassen sich in westlichen Industrienationen Personengruppen, bezogen auf unterschiedliche Einstellungen und soziodemografische Charakteristika linear ordnen. Die zugrundeliegende Ordnungsdimension kann als Urteilsdimension ‚ökologischer Wandel‘ bezeichnet werden.
- Das neue ökologische Denken ist in der Bundesrepublik und in England verbreiteter als in den USA (Tabelle 13).

Tab. 13: Verteilung der allgemeinen Bevölkerung auf der Urteilsdimension „ökologischer Wandel“ im internationalen Vergleich

	altes Denken						neues Denken	
	1	2	3	4	5	6	7	8
USA	17%	9%	14%	26%	4%	6%	5%	19%
BRD	5%	24%	1%	15%	3%	20%	2%	29%
UK	9%	14%	19%	25%	2%	3%	5%	24%

Quelle: Eigene Erhebung, IIUG 1982 (VI).

- Die Träger des neuen ökologischen Denkens sind eher bereit, neue politische Gruppierungen und Parteien zu wählen, unterstützen eher eine direkte Politikbeeinflussung durch Bürger, engagieren sich eher in Umweltschutzorganisationen, sind bereit, sich für Umweltbelange (etwa über „Beschwerden“) zu engagieren, lehnen eher Kernkraft ab und wollen in höherem Maße Risiken, die mit umweltrelevanten Technologien verbunden sind, vermeiden.

- Das neue Denken findet sich sehr ausgeprägt bei Mitgliedern in Umweltschutzorganisationen. Industrievertreter sind stärker dem traditionellen Denken verhaftet. Politikvertreter finden sich stärker auf den ‚Extrempositionen‘ (Tabelle 14).

Tab. 14: Verteilung der Zielgruppen auf der Urteilsdimension „ökologischer Wandel“ für die Bundesrepublik Deutschland

	altes Denken							neues Denken
	1	2	3	4	5	6	7	8
Umwelt-schützer	1%	3%	0%	1%	1%	17%	3%	74%
Industrie-vertreter	23%	52%	3%	8%	1%	9%	0%	5%
Politiker <sup>1</sup>	16%	27%	1%	18%	5%	9%	1%	22%

1 Mitglieder des Deutschen Bundestages.

Quelle: Eigene Erhebung, IIUG 1982 (VI).

- Die Vorreiter des neuen Denkens sind jünger, sind häufiger Frauen und in Dienstleistungsberufen tätig (Tabelle 15). Besser ausgebildete Befragte finden sich häufiger in den extremen Kategorien, während schlechter ausgebildete Menschen eher hinsichtlich des neuen und alten Denkens mittlere Positionen einnehmen.

Tab. 15: Anteil der in Dienstleistungsberufen Tätigen an den 8 Kategorien der Urteilsdimension „ökologischer Wandel“ im internationalen Vergleich

	altes Denken							neues Denken
	1	2	3	4	5	6	7	8
USA	30%	38%	39%	57%	37%	64%	54%	76%
BRD	22%	33%	33%	51%	33%	44%	58%	56%
UK	34%	27%	35%	43%	27%	73%	47%	62%

Quelle: Eigene Erhebung, IIUG 1982 (VI).

Es ist naheliegend, daß Einschätzungen über Lösungswege der Umweltproblematik auf Urteilen über die Entstehungsbedingungen der Umweltkrise basieren. Wir stehen vor zwei Hauptlösungsweisen und damit auch vor zwei Ursachenbündeln, die dieser Urteilsstruktur zugrundegelegt werden können. Die Ursachen der Umweltproblematik werden offensichtlich gesehen:

1. in einer nicht ausgereiften Technik, in zu geringen Investitionen zur Entwicklung neuer umweltschonender Technologien, in einer nicht hinreichenden wissenschaftlichen Problemanalyse;
2. in einem Lebensstil, der den Erfordernissen einer gesunden Umwelt nicht gerecht wird, in einer gesellschaftlichen Ordnung, in der Wachstumsdenken vor ökologischem Denken Vorrang hat, in einem Staat, der umweltbelastende Produktions- und Konsumformen zuläßt.

Die Entscheidung von Personen, den einen oder anderen Komplex von Ursachen der Umweltkrise als wahr anzunehmen, ist wahrscheinlich vom persönlichen Erfahrungsraum der Urteilenden abhängig. Die Erfahrungsräume von Menschen in Industrienationen entwickeln sich jedoch mit zunehmender Spezialisierung der Aufgaben auseinander. Mit der Entwicklung der Industrienationen zu Dienstleistungsgesellschaften entsteht ein quantitativ relevanter Personenkreis, der keine unmittelbare Erfahrung im Produktionsbereich (Produktion und Vertrieb materieller Güter) hat. Das Wachstum der Verwaltungsberufe und der sozialen Dienstleistungsberufe führte zu einer Abkopplung der Menschen, die in diesen Bereichen arbeiten, von denen, die im Produktionssektor tätig sind. Beide Gruppen (Produktion und Dienstleistung) entwickelten offensichtlich eigene Normsysteme und Kognitionsstrukturen. Da beide Personengruppen in zunehmend auseinanderklaffenden Erfahrungsbereichen leben, verlieren sie das Verständnis für die jeweils andere Wirklichkeit. In dem jeweils eigenen Erfahrungsraum aber werden überakzentuiert Ursachen für Entwicklungen und Veränderungschancen gesehen. So sehen der Techniker, der Industriearbeiter oder der Betriebswirt in einem Wirtschaftsunternehmen wahrscheinlich eher die ökonomischen und technologischen Bedingungen der Umweltprobleme, während der Lehrer, der Verwaltungsangestellte, der Sozialwissenschaftler, die Kindergärtnerin oder der Jurist eher gesellschaftliche Strukturen (Verordnungen, staatliches Handeln) oder auch individuelle Lebensstile (Konsumverhalten etc.) in das Zentrum ihrer Betrachtung stellen und als Ursache für die Umweltprobleme ansehen (Fietkau 1980). Wenn nun eine Lösung der Umweltprobleme ‚von den Ursachen her‘ und nicht ein ‚Kurieren

am Symptom' erfolgen soll, ist es unmittelbar einleuchtend, daß Menschen im Produktionsbereich eher die technologisch/ökonomische, Menschen im Dienstleistungsbereich eher die gesellschaftspolitisch/individuelle Lösungsstrategie bevorzugen. Die Bürgerinitiativbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel wird sehr stark von Menschen getragen, die in Dienstleistungsberufen arbeiten: Während in der allgemeinen Bevölkerung 9,7% im Bereich „Gesundheitswegen/Erziehung“ tätig sind, ist diese Gruppe unter den Mitgliedern von Bürgerinitiativen zu 22,4% vertreten (Fietkau, Kessel, Tischler 1981). Diese Gruppen streben folglich sehr stark Lösungen an, die sich auf die Veränderung gesellschaftlicher Strukturen und auf die Entwicklung neuer menschlicher Lebensformen richten.

### *5.6 Umweltpolitik und Umweltbewegung*

In den westlichen Industrienationen finden ökologische Wertvorstellungen ihren Ausdruck weniger in der Änderung individueller Lebensformen oder Daseinsentwürfe, sondern vielmehr in Bemühungen um politische Einflußnahme.

Die deutlichste Manifestation der neuen ökologischen Werte im politischen Raum kann im Entstehen von Bürgerinitiativen und parteipolitisch orientierten Zusammenschlüssen von Umweltschützern gesehen werden. Hierzu liegt inzwischen eine Vielzahl soziologischer und politologischer Betrachtungen vor (Raschke 1980, Buse u.a. 1978, Cotgrove 1976 und 1981, Giger 1980, Kopp 1977, Brookes u.a. 1976, Battelle-Institut 1975, Dunlap 1976, Graf Kielmannsegg 1978).

Das Aufkommen neuer politischer Organisationsformen und neuer politischer Themen wird von manchen in Verbindung gebracht mit einem generellen Vertrauensschwund in etablierte politische Institutionen und Strukturen. Sicher läßt sich festhalten: Ökologisches Denken wurde zum Kristallisationspunkt eines neuen Politikverständnisses und neuen politischen Engagements (Bunz 1973, Irlenborn u.a. 1979, Fietkau 1979b, Dunlap 1975, Dunlap u.a. 1973). Die Bürger westlicher Industrienationen sind unzufrieden mit der staatlichen Umweltpolitik (IIUG Umfragen 1978, II; 1980, V; 1982, VI). Sie sind der Ansicht, der Staat würde zu wenig zur Lösung der Umweltprobleme beitragen.

Bis 1982 ist in der Bundesrepublik die Zufriedenheit mit der Umweltpolitik in der Bevölkerung weiter gesunken. 1982 (V) äußerten nur noch 9% Zufriedenheit, während 59% mit der Umweltpolitik in der Bundesrepublik unzufrieden waren (Tabelle 16).

Tab. 16: Einschätzung der Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland (allg. Bevölkerung)

Mit der Umweltpolitik sind		
	eher zufrieden	eher unzufrieden
1980	33%	45%
1982	9%	59%

Quelle: IIUG Umfragen 1980 (V); 1983 (VI).

Die Beurteilung der umweltpolitischen Maßnahmen des Staates fällt bei den Engländern und Amerikanern noch negativer aus. Im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern beurteilen die Deutschen die Umweltpolitik ihres Landes eher positiv (Fietkau, Kessel, Tischler, 1982).

Der Vertrauensschwund gegenüber der umweltbezogenen Handlungskompetenz des Staates scheint aber nicht spezifisch für diesen Politikbereich zu sein. Möglicherweise sinkt das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates allgemein. Einen solchen langfristigen Trend konnte das Institut for Social Research für die USA sehr eindrucksvoll nachweisen (Abbildung 14).

Dem sinkenden Vertrauen in die staatlichen Handlungsmöglichkeiten entspricht eine steigende Hoffnung auf dezentral und themenspezifisch organisierte Initiativen, die basisorientiert arbeiten (Tabelle 17).

Positive Einstellung der allgemeinen Bevölkerung gegenüber Bürgerinitiativen konnten bereits Buse, Nelles u. Oppermann (1978) nachweisen.

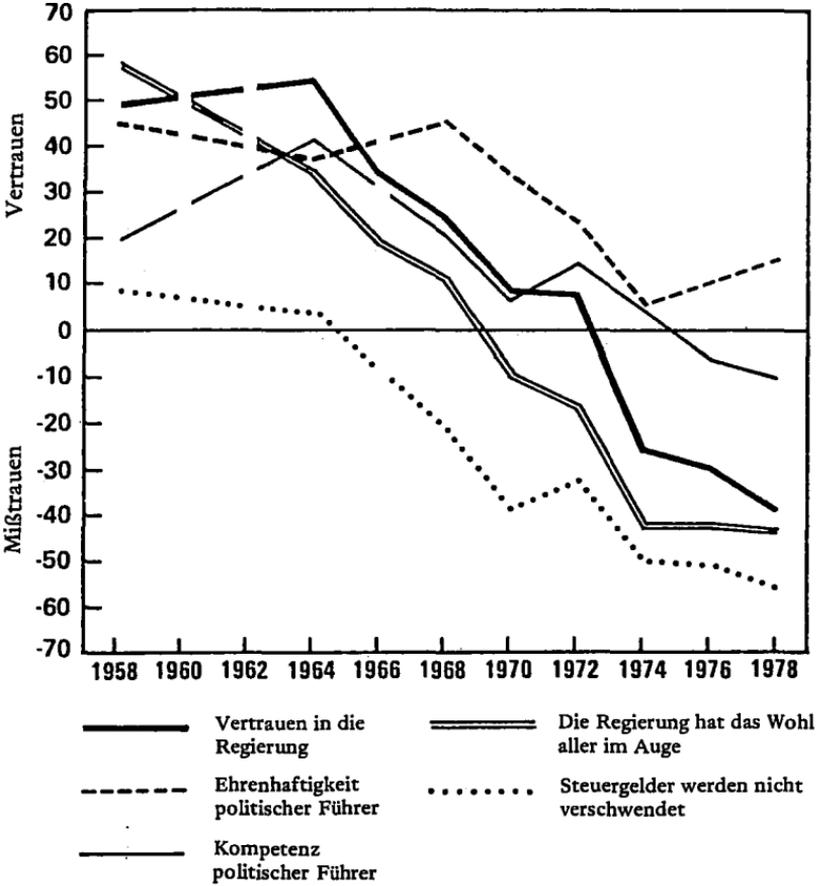
Tab. 17: Stellung zu Umweltschutzbürgerinitiativen

	pro	contra
1980	76%	10%
1982	63%	12%

Quelle: IIUG Umfragen 1980 (V) und 1982 (VI).

1980 waren es 10%, die von sich selbst sagten, sie würden sich umweltpolitisch engagieren und knapp 3%, die sich als Mitglieder einer Umweltschutzbürgerinitiative bezeichneten (IIUG Umfrage 1980, (V). 1982 waren 6,2% der Befragten Mitglied in einer Naturschutzorganisation (65% waren an einer Mitgliedschaft interessiert), und 1,5% be-

Politikvertrauen in den USA



Quelle: nach ISR Nesletter, University of Michigan, Autumn 1979.

Abb. 14: Politikvertrauen in der USA

zeichneten sich als Mitglied einer Umweltschutzbürgerinitiative (58% waren an einer Mitgliedschaft interessiert) (IUGG Umfrage 1982, VI).

Von Bürgerinitiativen und Naturschutzverbänden wird von den Bundesbürgern am ehesten ein ‚Beitrag zur Lösung der Umweltprobleme‘ erwartet. Im öffentlichen Vertrauen rangieren sie vor ‚Wissenschaft und Technik‘ und vor der ‚Bundesregierung‘ (Fietkau, Kessel, Tischler 1982).

Obgleich Umweltschutzorganisationen in der Bundesrepublik eine breite öffentliche Akzeptanz erfahren, sind es nur Angehörige bestimmter sozialer Gruppen, die sich in den Initiativen an die Spitze der Bewegung stellen. Die führenden Vertreter der Umweltorganisationen rekrutieren sich — wie vielleicht auch sonst im politischen Raum — aus Angehörigen von Dienstleistungsberufen, insbesondere aus dem Bereich der Erziehung und Wissenschaft (Tabelle 18).

Tab. 18: Engagement in Umweltschutzorganisationen und berufliche Tätigkeit

Arbeitsbereich ‚Erziehung und Wissenschaft‘			
	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	8%	10%	13%
Mitglieder in Umweltschutzorganisationen	26%	35%	39%

Quelle: IIUG Umfrage 1982 (VI).

Neben der Umweltbewegung ist die Friedensbewegung sichtbarer Ausdruck eines politischen Umdenkens. In unserer Erhebung 1982 (VI) haben wir dieser Entwicklung Rechnung getragen. Die Anzahl der Befürworter der Friedensbewegung in der allgemeinen Bevölkerung ist geringfügig niedriger als die Zahl derer, die die Umweltbewegung unterstützen. Die Schnittmenge beider Gruppen aber ist sehr groß. Wer die Friedensbewegung befürwortet, begrüßt auch die Umweltbewegung.

Es ist sehr auffällig, daß Industrievertreter (51%) und Mitglieder des Deutschen Bundestags (79%) zwar der Umweltbewegung positiv gegenüberstehen, aber gegenüber der Friedensbewegung 1982 (noch) wesentlich skeptischer waren (21% Befürworter unter den Industrievertretern und 55% Befürworter unter den Mitgliedern des Deutschen Bundestages). Befürworter der Umwelt- und Friedensbewegung sind jünger als Gegner dieser Strömungen. Unter den Befürwortern finden sich mehr Frauen als Männer.

In ihren Einstellungen zu Umweltproblemen, zu gesellschaftlichen Problemen und in ihrem Politikvertrauen unterscheiden sich Befürworter und Gegner der neuen Bewegungen dagegen sehr deutlich. So sind die Befürworter der Umwelt- und Friedensbewegung

- deutlich besorgter um Rohstoff- und Energievorräte,
- eindeutiger gegen Kernkraft und ihre Risiken,

- weniger positiv gegenüber Wissenschaft und technischem Fortschritt eingestellt und
- eher bereit, Mensch und Natur als eine Einheit anzusehen und Grenzen des Wachstums zu akzeptieren.

Sie sind

- häufiger Postmaterialisten,
- eher für eine Planwirtschaft, lehnen aber staatliche Kontrolle durch die Ordnungsorgane ab und
- sind eher gegen die Leistungsbewertung in unserer Gesellschaft.

Sie vertrauen

- weniger den staatlichen bzw. staatstragenden Institutionen wie: Regierung, politischen Parteien, Industrie, Wissenschaft und Technik,
- mehr den alternativen politischen Institutionen wie: Bürgerinitiativen, Naturschutzverbänden,
- stärker auf Bürgeraktionen als Mittel politischen Protests.

Ebenfalls erhebliche Unterschiede werden bei einer politischen Selbsteinschätzung auf einer rechts-links-Skala sowie einer Frage nach dem Wahlverfahren deutlich (Tabelle 19).

Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Selbsteinschätzung auf der politischen rechts-links-Dimension und dem beabsichtigten Wahlverhalten und der Akzeptanz der Umwelt und Friedensbewegung.

Die Befürworter der neuen Bewegungen sehen sich selbst eher als „links“ und beabsichtigen eher die SPD oder eine Umwelpartei zu wählen. Unter den Befürwortern der Umwelt- und Friedensbewegung finden sich mehr Befragte, die sich in ein traditionelles Politikspektrum nicht einordnen wollen.

Es wird häufig die Vermutung geäußert, daß die Umweltbewegung – mindestens in der Bundesrepublik – als Ausdruck eines schwindenden Vertrauens in die demokratischen Entscheidungsprozesse gedeutet werden kann (Allerbeck, 1976). Dies wäre auch insofern plausibel, als dem wachsenden Partizipationsbedürfnis an politischen Entscheidungsprozessen in der Bevölkerung keine entsprechenden Entwicklungen in den demokratischen Mechanismen gegenüberstehen. Die Möglichkeit des Bürgers, sich alle 4 Jahre an der Wahlurne zwischen politischen Parteien zu entscheiden, die sich in ihren politischen Standpunkten immer mehr annähern, kann diesen Schluß nahelegen. Die politische Willensbildung hat sich in der Bundesrepublik von den offiziellen Wahlen in die innerparteiliche Diskussion ver-

Tab. 19: Akzeptanz neuer sozialer Bewegungen und politische Selbsteinschätzung/Parteipräferenz

a. Politische Selbsteinschätzung

	rechts	links	keine Richtung
Allgemeine Bevölkerung	18%	20%	17%
davon 58% für Umwelt- und Friedensbewegung	30%	32%	19%
davon 10% gegen Umwelt- und Friedensbewegung	55%	3%	9%

b. Parteipräferenz

	CDU/CSU	SPD	FDP	Umwelt- partei	keine Stimm- abgabe
Allgemeine Bevölkerung	38%	28%	9%	13%	10%
davon 58% für Umwelt- und Friedensbewegung	24%	31%	9%	21%	12%
davon 10% gegen Umwelt- und Friedensbewegung	72%	16%	9%	0%	2%

Quelle: IIUG Umfrage 1982 (VI).

lagert. Wer am politischen Entscheidungsprozeß in der Bundesrepublik tatsächlich teilhaben will, muß unter den gegebenen Strukturen an der politischen Diskussion innerhalb einer politischen Partei mitwirken. Obwohl Umweltschutz 1978 von den meisten Bürgern der Bundesrepublik als ein politisch lösbares Problem angesehen wurde, sah aber zugleich mehr als jeder vierte Bürger bei den etablierten Parteien in der Bundesrepublik keine Lösungsansätze (IIUG 1978, III). Der Mangel an Vertrauen in etablierte Entscheidungsorgane und Politiker sollte aber nicht voreilig als eine Abwendung von einer demokratisch organisierten Gesellschaft interpretiert werden. Viele Menschen in der Bundesrepublik suchen neue Wege demokratischer Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen. Die neuen Partizipationsmechanismen lassen sich nur schwer in die traditionellen politischen Entscheidungswege einbinden und werden deshalb nur allzu leicht als mit den (traditionellen) demokratischen Mechanismen unvereinbar wahrgenommen und in Folge dieser Wahrnehmung als undemokratisch abqualifiziert.

Bürgerinitiativen können als Sammelbecken einer Vielzahl poli-

tischer Meinungen aufgefaßt werden. In ihnen – und das gilt auch für Bürgerinitiativen im Umweltschutzbereich – arbeiten Anhänger unterschiedlicher politischer Richtungen zusammen. Die Heterogenität der politischen Ansichten ist geradezu ein Wesenszug der Bürgerinitiativbewegung. Nicht eine politische Grundüberzeugung schließt die Gruppen zusammen, sondern ein gemeinsames konkretes und meist zunächst regional begrenztes Ziel. Dieses Strukturmerkmal von Bürgerinitiativen wird dann in Frage gestellt, wenn überregionale Zusammenschlüsse erfolgen wie im ‚Bundesverbands-Bürgerinitiativen Umweltschutz‘ oder in einer ‚Umweltpartei‘. Größere Organisationseinheiten der Bürgerbewegung ermöglichen die Beschäftigung mit überregionalen und grundsätzlicheren Fragestellungen, erfordern aber auch zugleich einen ideologisch-programmatischen Konsens (z.B. Parteiprogramm), von dem aus konkrete Einzelentscheidungen deduziert werden können. Es kann nach allen vorliegenden Informationen davon ausgegangen werden, daß in der Bundesrepublik derzeit eine große Nachfrage in der Bevölkerung nach einer neuen politischen Kraft besteht, in der wirtschaftliche und politische Problemstellungen aus einer ökologischen Perspektive gesehen werden, und die dem Bedürfnis breiter Bevölkerungsgruppen nach Teilhabe am politischen Entscheidungsprozeß bürgernah Rechnung trägt. Bürgernähe und ökologische Orientierung werden zwar jetzt auch zunehmend von den etablierten politischen Parteien entdeckt: es bleibt aber abzuwarten, ob die Bevölkerung den Parteien diese Trendwende als eine Neuorientierung ihrer Werthaltungen abnimmt oder dies eher als den Versuch wertet, ihr Wählerpotential zu halten, das zu ökologischen Gruppierungen abzuwandern droht.

Die Bildung ökologischer Gruppierungen, die sich parteipolitisch betätigen, wird in den Medien der Bundesrepublik außerordentlich ausgiebig verfolgt. Ein Hauptpunkt der Diskussion sowohl innerhalb der Gruppierungen als auch in der Berichterstattung der Massenmedien über die Bildung der ökologischen Parteien ist ihre Einordnung auf der links-rechts-Dimension zur Beschreibung politischer Orientierung. Auch wenn sich aus verschiedensten empirischen Erhebungen Hinweise auf eine stärkere links-liberale Orientierung von Mitgliedern in ökologisch orientierten Gruppen ergeben (Cotgrove u. Duff 1979b, Mauss 1975, S. 581, Tognacci u.a. 1972, Dunlap 1975, 1976, IIUG 1982, VI), so widerspricht dies nicht der These einer neu aufkommenden Wertedimension.

Das in den neuen Werten mitschwingende Protestpotential schlägt aber in der allgemeinen Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nur bei wenigen in die Bereitschaft um, *Protestaktionen* zu unterstützen.

Infratest (1980) untersuchte in einer groß angelegten Studie (N=4000) den politischen Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Grundlage für die Analysen war eine Skala für politischen Protest (Abbildung 15).

- 
- Beteiligung an einer Unterschriftensammlung
  - Teilnahme an einer Bürgerinitiative
  - Teilnahme an einer genehmigten politischen Demonstration
  - Beteiligung an einem Boykott
  - Weigerung, Mieten, Raten und Steuern zu bezahlen
  - Blockierung des Verkehrs mit einer Demonstration
- 
- Beteiligung an einem wilden Streik
  - Besetzung von Fabriken, Ämtern und Gebäuden
  - Beschädigung fremden Eigentums
  - Anwendung von Gewalt gegen Personen
- 

Quelle: Infratest 1980.

Abb. 15: Infratest-Protestskala

Die Abfolge der Items ist als ansteigende Reihe der Item-Schwierigkeiten gedacht: Bei leichten Items besteht ein hohes Maß an Bereitschaft zur Zustimmung, bei schwierigen ein geringes. Die Befragten, die zumindest die „Beteiligung an einem wilden Streik“ befürworten, zählt INFRATEST zum Protestpotential.

Auf der Basis dieser Skala ergab sich:  
4,4% der zwischen 1975 und 1976 von Infratest Befragten gehören dem so definierten Protestpotential an.

Das Protestpotential umfaßt

30% der Studenten

22% der jungen Arbeitslosen mit Hochschulreife

15% der jungen Arbeitslosen ohne Hochschulreife

14% der Lehrenden.

Soziodemografisch finden sich in der Protestgruppe Menschen, die am Rande der Produktionsgesellschaft leben: Studenten, Arbeitslose oder in sozialen Dienstleistungsberufen Tätige, die eine Vorreiterrolle beim gesellschaftlichen Protest einnehmen.

Veen (1981) findet auf der Basis einer Emnid-Umfrage aus dem Spätsommer 1979 bei 2000 Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren

- eine hohe Zufriedenheit mit der gegebenen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland (sehr zufrieden bis einigermaßen zufrieden 91%)
- ein geringes politisches Interesse (10% bezeichnen sich als stark bis sehr stark interessiert)
- ein gesellschaftliches Protestpotential von ca. 15%.

Veen interpretiert das bei den meisten Jugendlichen beobachtbare politische Desinteresse nicht als Protest oder Resignation, sondern als „privatistisch-individualistisches Selbstgefühl“.

Gesellschaftlicher Protest und ein privatistisch-individualistisches Lebensgefühl scheinen sich in den neuen Werten und den neuen sozialen Bewegungen zu verbinden. Die neuen Wertorientierungen werden weit weniger aus gesellschaftstheoretischen Überzeugungen und rationalen Analysen entwickelt und begründet als aus unmittelbaren, konkreten, individuellen Lebenserfahrungen. Es ist möglich geworden, gesellschaftliche Forderungen mit individuellen Gefühlen zu begründen. Irrationalität ist kein Schimpfwort mehr. Gesellschaftliche Überzeugungen waren sicher schon immer auch Ausfluß sehr individueller Lebenserfahrungen; das ist also nicht neu. Neu ist allerdings, daß persönliche Empfindungen öffentlich als Begründung für eigene politische Diskussionen dienen dürfen. Die politische Diskussion ist also durch diese Veränderung nicht irrationaler, sondern lediglich ehrlicher geworden.

## 6. Umweltlernen

Welche politischen und gesellschaftspraktischen Konsequenzen lassen sich aus den Ergebnissen zum Wertwandel, aus den Untersuchungen zum Umweltbewußtsein und aus der These ziehen, daß der Hauptbeweggrund für das beobachtbare – und in großen Teilen ökologisch orientierte – Umdenken seinen Ursprung in einem Verlust an Kontrolle und Steuerungskompetenz in der unmittelbaren natürlichen Lebensumwelt des Menschen hat.

In unserem 1981 veröffentlichten Sammelband (Fietkau u. Kessel 1981) haben wir einen Weg skizziert, den wir ‚Umweltlernen‘ nannten. Umweltlernen hat das Ziel, dem Menschen seine natürliche Umwelt wieder kognitiv und handlungsmäßig verfügbar, kontrollierbar, handhabbar und vorhersehbar werden zu lassen. Die dort abgehandelte Kernthese zielt eine Verstärkung der direkten Natur- und Umwelt Erfahrungen des Menschen an. Die Konzepte, die einem personen- und problemgerechten Umweltlernen zugrunde gelegt wurden, finden Unterstützung durch den Club of Rome, der „Lernen“ als *die* Zukunftschance der Menschheit ansieht (Peccei 1979). Umweltlernen ist aber nicht allein ein individualistisches Programm, es schließt auch die Suche nach lernbegünstigenden Faktoren ein.

Neben der Forderung eines Programms ‚Umweltlernen‘ läßt sich aus den bisherigen Ausführungen eine zweite Folgerung ziehen. Die notwendigen politischen und gesellschaftlichen Änderungen, die dem aufgezeigten Wandel ökologischer Werte gerecht werden und die Chancen für eine Förderung umweltgerechten Handelns bieten, lassen sich unter dem Begriff „Experimentiergesellschaft“ zusammenfassen. Unter Experimentiergesellschaft soll eine Gesellschaft verstanden werden, in der bewußt Lernprozesse begünstigt werden.

Die theoretischen Grundlagen von „Umweltlernen“ und praktische Erfahrungen im Bereich der Umwelterziehung sind ausführlich von unterschiedlichsten disziplinären und internationalen Perspektiven bei Fietkau u. Kessel (1981) dargestellt.

Umweltlernen ist ein handlungsorientiertes Lernen, ein Lernen durch unmittelbare Anschauung. Die Forderung nach unmittelbarer

Anschauung im Bildungsprozeß ist zwar nicht neu; aber die Forderung nach ‚learning by doing‘ muß in der Umwelterziehung heute wieder deutlich gemacht werden.

Umwelterziehung ist in den letzten Jahren zu einem wissenschaftlichen und politischen Thema geworden. Insbesondere durch Aktivitäten der Unesco, die zu dieser Thematik eine Reihe von Konferenzen durchführte (Stockholm 1972, Tbilissi 1977, München 1978), hat eine intensivere Beschäftigung mit dem Thema Umwelterziehung in Politik, Wissenschaft und praktischer Pädagogik stattgefunden. Die am besten elaborierten Konzepte zur Umwelterziehung liegen für den schulischen Bereich vor. Hier ist es insbesondere das Institut für Pädagogik der Naturwissenschaften in Kiel, das sich seit Jahren mit der Erstellung von Unterrichtsmaterialien zur Umwelterziehung in der Schule beschäftigt. In jünster Zeit finden sich zunehmend Ansätze, Umweltfragen als Thema in der Erwachsenenbildung zu verankern. Eine Reihe von Gründen spricht dafür, dieser Problematik im Bildungsbereich mehr Raum zu geben:

- Gegenüber Umweltfragen besteht ein breites öffentliches Interesse, das sich unter anderem in den Umweltschutzbürgerinitiativen manifestiert.
  - Umweltpolitik als junger und wenig institutionalisierter Politikbereich bedarf der Unterstützung durch die öffentliche Meinung. Die öffentliche Unterstützung einer effizienten Umweltpolitik setzt in der Bevölkerung ein tiefes Verständnis der Umweltproblematik voraus.
  - Wir alle sind in unseren unterschiedlichen gesellschaftlichen Rollen Adressaten von Umweltpolitik. Es besteht zu Recht die Forderung an jeden einzelnen, durch sein Verhalten einen Beitrag zur Erhaltung der Umwelt zu leisten.
  - Umweltlernen darf nicht allein die Vermittlung umweltbezogener Wissensinhalte sein. Beim Umweltlernen geht es auch gleichgewichtig und vielleicht vordringlich um die Vermittlung umweltbezogener Einstellung und Werthaltungen und um die Einübung umweltgerechten Handelns, wobei sich umweltgerechtes Handeln sowohl als individuelle Handlung (z.B. umweltbewußtes Konsumverhalten) als auch als politische Aktivität (z.B. Mitarbeit in einer Bürgerinitiative) ausdrücken kann. Die Ziele, die sich mit dem Begriff Umweltlernen verbinden, lassen sich unter vier Punkten zusammenfassen:
- das Verständnis ökologischer Systemzusammenhänge und medialer Probleme (Luftverschmutzung, Wasserverschmutzung etc.),

- die Orientierung des eigenen Verhaltens an ökologischen Gesichtspunkten,
- die Unterstützung umweltpolitischer Forderungen und Maßnahmen auf der politischen Ebene und
- die Bereitschaft, sich in politischen Organisationen aktiv für umweltpolitische Gesichtspunkte zu verwenden.

Umweltlernen ist ein Umlernen, das sich auf kognitive, emotionale und aktionale Aspekte des Menschen bezieht, oder weniger verwissenschaftlicht ausgedrückt: Umweltlernen ist ein Umlernen mit Kopf, Herz und Hand. Umweltlernen vollzieht sich nicht allein in schulischen Unterrichtssituationen, sondern auch – und vielleicht überwiegend – in der direkten Erfahrung der realen Umwelt.

Umweltlernen muß die Begegnung mit der realen Umwelt möglich machen. Umweltlernen zielt letztlich auf eine Verbesserung der natürlichen Umweltbedingungen des Menschen. Es reicht also nicht aus, Wissen und Einstellungen zu vermitteln. Wissen und Einstellungen sind lediglich notwendige Voraussetzungen zu einem umweltgerechten Handeln.

Die bisherigen Aktivitäten zur Umwelterziehung, seien es nun schulische Aktivitäten oder sei es die Öffentlichkeitsarbeit staatlicher oder privater Verbände, zielte bislang zu stark auf die Vermittlung umweltrelevanter Wissens und umweltbezogener Werthaltung. Sicher ist es wichtig, über Plakataktionen, Broschüren, ausformulierte Unterrichtseinheiten etc. der Bevölkerung Umweltgesichtspunkte näherzubringen. Die Sozialwissenschaft zeigt jedoch in aller Deutlichkeit, daß kein Automatismus der Art unterstellt werden kann, daß derjenige, der über hinreichend Umweltwissen und die „richtigen“ Umwelteinstellungen verfügt, auch zum umweltgerechten Handeln fähig wird. Umweltlernen muß auch die Einübung umweltbezogenen Handelns leisten.

Zur Realisierung eines ökologisch orientierten Verhaltens sind fünf Voraussetzungen erforderlich:

- Es muß ein hinreichendes Wissen um ökologische Zusammenhänge vorhanden sein,
- es müssen ökologische Wertvorstellungen gegeben sein,
- die für das umweltrelevante Verhalten erforderlichen infrastrukturellen Verhaltensangebote müssen vorhanden sein,
- für das umweltrelevante Verhalten müssen Handlungsanreize vorhanden sein,
- dem umweltschonenden Verhalten müssen positive Verhaltenskonsequenzen folgen.

Die sozialwissenschaftliche Forschung zeigt, daß umweltbezogenes Wissen und umweltbezogene Werte in der Bevölkerung derzeit in starkem Maße gegeben sind. Zur Realisierung eines problemadäquaten Lernprozesses müssen nun Bildungsangebote stärker an den Handlungsmöglichkeiten des Einzelnen anknüpfen.

Es ist hierzu erforderlich, daß dem Handelnden die Konsequenzen seines eigenen umweltbezogenen Handelns deutlich werden. Es muß klar werden, daß das eigene Verhalten (privat/individuell aber auch politisch) die Qualität der Umwelt mitbestimmt, d.h. Konsequenzen hat. Es muß überlegt werden, wie Möglichkeiten für umweltgerechtes Handeln geschaffen werden können.

Das Votum für „Umweltlernen“ ist ein Votum für ein handlungsorientiertes Lernen. Dies bedeutet, daß dem Lernenden die Möglichkeit gegeben werden muß, außerhalb klassischer Unterrichtsräume z.B. in ökologischen Außengeländen durch direkte Anschauung der Natur ökologische Zusammenhänge besser zu verstehen. Die direkte Anschauung der Umweltqualität im eigenen Lebensraum stellt besondere Anforderungen an die Lernsituation. Das Lernen darf nicht diszipliniert sein. Es muß sich an konkreten Umweltproblemen in dem Lebensumfeld des Menschen orientieren.

Umweltlernen muß sich auch und vielleicht vordringlich außerhalb von herkömmlichen Unterrichtsformen und -räumen abspielen. Es läßt sich nicht in klassische Ein- bzw. Zwei-Stunden-Unterrichtsböcke einzwängen. Es ist erforderlich, den notwendigen zeitlichen Raum zu schaffen, um den Lernenden die Erkundung der eigenen Umwelt zu ermöglichen.

Die Verwertbarkeit der Lerninhalte für den eigenen Lebensbezug muß deutlich werden. Umweltlernen muß auf die regionalen Besonderheiten der Umweltproblematik Bezug nehmen.

In Zusammenarbeit mit den Kommunen sollten sich Träger von Bildungsmaßnahmen darum bemühen, „ökologische Außengelände“ zu schaffen, um ein adäquates Umweltlernen zu gewährleisten. Derartige „field and urban study centers“ finden wir bereits in England, in Schweden und in den Niederlanden. Ein wesentlicher Beitrag dieser Einrichtungen ist es, die Natur so zu zeigen, wie sie sich ohne die Einwirkungen von Menschen entwickelt. Sie können für Unterrichts- und Demonstrationszwecke verwendet werden. Mit solchen Einrichtungen liegen insbesondere in den Niederlanden sehr positive Erfahrungen vor. Sie dienen Schulklassen wie Erwachsenen als Demonstrations- und Experimentierfeld.

Die entscheidende Schwierigkeit im Lernen umweltgerechten Handelns besteht darin, daß die Konsequenzen des individuellen Handelns im Umweltbereich dem Handelnden in aller Regel nicht sicht-

bar sind. Das Lernen muß Handlungskonsequenzen sichtbar machen. So sollte es möglich werden, etwa die Phosphatbelastungen zu erfassen, die von einem einzelnen Haushalt und seinen Abwässern ausgehen und mit Teilnehmern von Lerngruppen zu experimentieren, welche Handlungsweisen zur Reduktion der Gewässerbelastung beitragen können.

Eine weitere Schwierigkeit im Erlernen umweltgerechten Handelns liegt häufig in der mangelnden Infrastruktur. Hausmüllseparierung z.B. ist nur dann möglich, wenn entsprechende Müllcontainer auch bequem zugänglich sind; umweltschonende Produkte können nur dann gekauft werden, wenn sie auch angeboten werden. Die vorliegenden positiven Erfahrungen mit der Nutzung derartiger umweltbezogener Infrastruktur im Konsumangebot sollten Kommunen und Industrie ermutigen, in stärkerem Maße darauf zu vertrauen, daß heute bereits viele bereit sind, derartige Angebote aufzugreifen.

Eine Konzeption zum Umweltlernen darf nicht als der Versuch der Manipulation der Bevölkerung mißverstanden werden. Es ist erforderlich, die Ziele und Methoden des Lernvorgangs – mindestens den Teilnehmern gegenüber – deutlich zu machen. Es muß eine Auseinandersetzung darüber erreicht werden, wo die Grenzen der Einflußmöglichkeiten des Einzelnen liegen. Es muß deutlich werden, wo die Verantwortung von Politik beginnt.

Eine weitere Schwierigkeit in der Realisierung eines Programms „Umweltlernen“ liegt darin, daß immer der jeweils andere (der Nachbar, der Konsument, die Industrie) als Verursacher von Umweltbelastungen gesehen wird. Die Attributionstheorie bietet die Möglichkeit, den Sachverhalt, – daß sich kaum jemand selbst als Umweltverschmutzer sieht, der andere jedoch durchaus in dieser Weise gesehen wird – besser zu verstehen. Jones u. Nisbett (1972) konnten systematische Unterschiede in der Kausalattribution von Verhalten seitens des Handelnden und des Beobachters feststellen. Während der Handelnde eher geneigt ist, für sein Verhalten situative Bedingungen verantwortlich zu machen, wird seitens des Beobachters deutlich häufiger die Persönlichkeitseigenschaft des Handelnden als Erklärungsgrund verwendet. Da wir die Lebensumstände der Menschen, die wir in ihrem Handeln beobachten, in aller Regel nur äußerst unvollständig kennen, neigen wir dazu, umweltbelastende Handlungen dieser Personen darauf zurückzuführen, daß diese eben nur sehr wenig über die Umweltprobleme wissen, sich keine Gedanken machen oder gegenüber den Folgen ihrer Umweltbelastung gleichgültig sind. Uns selbst, wenn wir die gleichen Handlungen wie andere ausführen, gestehen wir nur äußere determinierende Einflußfaktoren zu. Wir haben eben keine Zeit, die Pfandflaschen zurückzubringen, wir haben

eben gewichtige Gründe, den eigenen PKW zu benutzen und keine öffentlichen Transportmittel usw. Konsequenz: der jeweils andere wird als nicht-umweltbewußt erlebt.

Hierin wird deutlich, daß eine Tendenz dazu besteht, das Umweltbewußtsein anderer zu unterschätzen. Dieser Fehleinschätzung unterliegen mit großer Wahrscheinlichkeit auch politische Entscheidungsträger: der politische Entscheidungsträger steht in einem Zirkelschluß. Aus seiner Wahrnehmung einer relativ schwachen Ausprägung umweltbewußter Verhaltensweisen bei anderen schließt er auf deren Mangel an Umweltbewußtsein und sieht diesen Mangel als Ursache für dieses Verhaltensdefizit an. Als Folge daraus werden dann Werbekampagnen konzipiert, die auf eine Erhöhung des Umweltbewußtseins abzielen. Der Bürger hält nun seinerseits derartige Werbekampagnen für außerordentlich wichtig, weil auch er der Ansicht ist, die anderen hätten derartige Aufklärung bitter nötig, nur er selbst könne natürlich nicht Adressat dieser Maßnahmen sein. So kommt es, daß diese Werbemaßnahmen, obwohl sie von allen unterstützt und für wichtig gehalten werden, dennoch an den tatsächlichen Ursachen eines mangelnden umweltbewußten Verhaltens vorbeigehen. Es kann mit großer Wahrscheinlichkeit erwartet werden, daß durch eine Öffentlichkeitsarbeit, die an konkrete Handlungsalternative anknüpft und wirklich neue Informationen bietet — und nicht nur Informationen, von denen jeder annimmt, daß sie für alle anderen neu seien — in höherem Maße verhaltensrelevant sind.

Umweltlernen erfordert letztlich wie jeder Lernprozeß eine emotionale Besetzung des Lernobjekts. Lernen ist eben kein rein kognitiver Vorgang (vgl. Hoenisch u. Niggemeyer 1981 und 1982). Die Vordringlichkeit eines emotional und aktional orientierten Lernprozesses muß wissenschaftlich weiter untermauert und praktisch erprobt werden.

## 7. Experimentiergesellschaft

Unterschiedliche gesellschaftliche und soziale Strukturen stellen für die Menschen, die in ihnen leben, und für gesellschaftliche Institutionen unterschiedliche Lernchancen bereit. Wenn – wie es der Club of Rome sagt, das Lernen *die* Zukunftschance ist, dann ist es *die* Aufgabe einer sozialverpflichteten Sozialwissenschaft, fördernde und hemmende Bedingungen (umweltbezogener) Lernprozesse zu bestimmen. Die Frage, die sich hier stellt, geht in zwei Richtungen:

- Welche gesellschaftlichen und politischen Strukturen begünstigen umweltbezogene Lernprozesse
- welche gesellschaftlichen und politischen Strukturen ermöglichen eine Umsetzung neuer Denk- und Sichtweisen in gesellschaftliche Realität.

Es muß ein soziales Klima geschaffen werden, das Umweltlernen begünstigt, und es sind gesellschaftliche Mechanismen erforderlich, die eine Umsetzung neuer Einsichten in die gesellschaftliche Realität ermöglichen. Die Fortführung dieser Überlegungen bereitet jedoch Schwierigkeiten. Welche konkreten Maßnahmen können helfen, diesen Forderungen entgegenzukommen?

Ökologische Probleme sind hochkomplex und in ihren Folgen sehr langfristig angelegt. Diese beiden Strukturmerkmale ökologischer Probleme machen die Schwierigkeiten deutlich, die einer Lösung ökologischer Fragen entgegenstehen: Offensichtlich sind wir als Einzelne aber auch qua Politik und Wissenschaft überfordert, hochkomplexe und langfristig wirkende Prozesse zu verstehen. Im Umweltbereich muß aber unter derartigen Randbedingungen gehandelt werden. Da die Umweltbedrohung offenkundig geworden ist, und Handeln unausweichlich wird, müssen wir unter Unsicherheiten handeln. Handeln unter Unsicherheiten erfordert aber eine eigene Rationalität (Dörner u.a. 1983).

Die Notwendigkeit, Umweltlernen durch gesellschaftliche Rah-

menbedingungen zu unterstützen, erfordert wissenschaftliche und politische Innovationen. Ansätze sind deutlich: „Technologiefolgeabschätzung“ in Bereich der Wissenschaft und „partizipationsorientierte Umweltplanung“ im gesellschaftspolitischen Raum stellen Ansätze dar, die einen Beitrag zum Handeln unter Unsicherheit leisten sollen. Zu beiden sind einige psychologische Betrachtungen angezeigt.

Die Sozialverträglichkeit technologischer Entwicklungen (Technology Assessment/TA) ist zu einem politischen und gesellschaftlichen Thema geworden (Dierkes 1981, Porter u.a. 1980, Hartwig 1983). Es scheint legitim und notwendig, technologischen Entwicklungen unter dem Gesichtspunkt ihrer Sozialverträglichkeit zu betrachten, nach Antworten zu suchen und einen Beitrag der Wissenschaft in dieser Frage zu fordern. Die umfangreiche Literatur zu diesem Problemkreis dokumentiert v.Thienen (1983). Die Frage nach der Sozialverträglichkeit technologischer Entwicklungen legt als Denkfehler die Annahme einer quasi unabhängigen Entwicklung von Technologien nahe: Es sei gewissermaßen nur noch die Frage zu beantworten, welche Folgen bestimmte technologische Entwicklungen im sozialen und gesellschaftlichen Bereich haben könnten. Es wird übersehen, daß auch die technologische Entwicklung als abhängige Größe verstanden werden kann. Die Technology-Assessment-Diskussion selbst ist ja das beste Beispiel für den Versuch, die technologische Entwicklung einer politischen Wertung und Steuerung zu unterziehen. Technologische Entwicklungen und soziale Wertungen dieser Entwicklungen stehen in einem Wechselwirkungsverhältnis und das erleichtert nicht gerade die Aufgabe.

Man könnte aus Gründen der Überschaubarkeit des Problems nun versuchen, durch eine Spezifizierung des Geltungsbereichs eine Zuspitzung der Fragestellung zu erreichen, etwa: „Welche Auswirkungen des Arbeitsmarktes begünstigen den Einsatz von modernen Büroinformationstechnologien, und wie wirken sich andererseits diese Technologien auf den Arbeitsmarkt aus?“ Da aber angenommen werden kann, daß die Entwicklung von Büroinformationssystemen nicht allein durch die Arbeitsmarktlage bestimmt wird (Entwicklung der Mikroprozessoren, Anwachsen von Verwaltungsaufgaben in Bürokratien und Industrie etc.), und die Arbeitsmarktlage nicht überwiegend von der Entwicklung von Mikroprozessen abhängt, ist die oben skizzierte operational abgemagerte Fragestellung möglicherweise wissenschaftlich interessant, politisch aber sicher nicht soweit bearbeitbar, daß handlungsleitende Konsequenzen aus ihrer Beantwortung gezogen werden können.

Eine Technology Assessment-Forschung müßte breiter ansetzen und den Versuch einer systemaren Vernetzung einer Vielzahl von Pa-

parametern im Technologiebereich und im gesellschaftlich-sozialen Bereich wagen.

Welche Erfordernisse ergeben sich aber aus einer derartigen Makrofragestellung? Da sich die technologische Entwicklung und die gesellschaftliche Entwicklung offensichtlich in einem ständigen Interaktionsprozeß befinden, ist es sehr schwer, diesen Interaktionsprozeß in die Zukunft hinein zu prognostizieren. Wie kann so eine Prognose geleistet werden? Vom Prinzip her bieten sich zwei Formen an:

- a) Vorhersager auf der Basis einer Extrapolation vergangener Erfahrungen und
- b) Prognose auf der Basis eines Kausalmodells.

Beide Prognoseansätze sind wissenschaftlich problematisch.

Es ist nicht möglich, wissenschaftlich schlüssig zu zeigen, in welcher Wechselbeziehung soziale und technologische Entwicklungen in der Vergangenheit gestanden haben: Hat die Erfindung und Verbreitung der Elektrizität Arbeitsplätze geschaffen oder vernichtet, die Menschen zufriedener oder unglücklicher gemacht, den Ausbruch von Kriegen begünstigt oder verhindert? Wir können diese Fragen nicht beantworten – schon allein deshalb nicht, weil uns die Phantasie und erst recht die wissenschaftlich belegte Phantasie fehlen, uns alternative Entwicklungen vorzustellen. „Wie würden wir heute ohne Elektrizität leben?“ Die Frage scheint sinnlos. Historisch läßt sich das Wechselspiel von Technik und Gesellschaft nicht bestimmen und auch eine im historischen Querschnitt erfolgende Momentaufnahme mit dem Ziel, Technologiefolgen abzuschätzen, ist nicht möglich. Wissen wir denn, welche sozialen Konsequenzen der technische Stand, den wir heute haben, auf unser Leben hat? Die Beantwortung dieser Frage setzt ein Wissen darüber voraus, wie wir heute leben würden, wenn ...

Es ist deutlich geworden, daß eine Extrapolation vergangener Erfahrungen nicht möglich ist, weil diese Erfahrungen nicht verfügbar sind und auch nicht verfügbar gemacht werden können.

Noch weitergehende Schwierigkeiten ergeben sich für die Prognose auf der Basis eines Kausalmodells: Ein solches Prognosemodell ist noch voraussetzungsreicher. Eine Vielzahl von Parametern technischer und sozialer Art müßte interaktiv kausal verknüpfbar sein, und gegebene technische Entwicklungen und soziale und gesellschaftliche Probleme müßten sich den Modellparametern eindeutig zuordnen lassen. Die Modellzusammenhänge müßten praktisch fehlervarianzfrei sein, weil sich in dem notwendigen interaktiven Prozeßmodell die Modellunsicherheiten in geometrischer Reihe sehr schnell bis zur völligen Prognoseunsicherheit aufschaukeln würden. Ein für Prognose

taugliches theoretisches Modell, das die Vielzahl relevanter Faktoren einschließt und zuverlässig verknüpft, liegt nicht vor und ist wissenschaftlich auch nicht in Sicht. Auch dieser Weg taugt zur Technologiefolgeabschätzung nicht.

Über die Schwierigkeiten hinaus, Prognosen über die Wechselwirkung von Technologie und Gesellschaft zu erstellen, ergibt sich eine weitere Komplikation: Welche Folgen haben die Prognosen selbst auf den Gang der technologischen und sozialen Entwicklung. Die Einbeziehung dieser Rückkoppelungsschleife in die wissenschaftliche Betrachtung würde die bereits skizzierten Schwierigkeiten potenzieren.

Technologiefolgeabschätzung i.S. von Prognosen scheint also kaum möglich. Dennoch besteht die gesellschaftliche und politische Forderung nach Folgeabschätzungen zu Recht weiter. Entscheidungen über neue Technologien müssen im politischen Raum vollzogen werden. Trotz der angesprochenen methodischen Schwierigkeiten kann sich eine Wissenschaft, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht entziehen will, der Behandlung dieser Fragen nicht verweigern.

Es scheint notwendig, daß die wissenschaftliche Beschäftigung mit Technology Assessment damit beginnt, Fragen zu formulieren, die wissenschaftlicher Betrachtung zugänglicher sind. Ebenso wie sich die Wissenschaft nicht ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen sollte, sollte sie nicht in den Fehler verfallen, sich innerhalb eines Problemfeldes die zu stellenden Fragen vorgeben zu lassen. Die Redlichkeit wissenschaftlichen Handelns erfordert es, einschränkend eine Selbstbegrenzung auf wissenschaftlich „Erfahrbares“ und „Machbares“ vorzunehmen.

Auf der Basis vorgegebener Wertentscheidungen kann die Sozialwissenschaft versuchen, Forderungen an gesellschaftliche und technologische Entwicklungen zu stellen. Die Einlösung dieser Forderungen müßte dann wissenschaftlich und politisch einer permanenten Kontrolle unterzogen werden. Die Chance einer Technology Assessment-Forschung besteht nicht in der Prognose. Die einzige Möglichkeit besteht in der Systematisierung gesellschaftlicher Ziele, in der Operationalisierung dieser Ziele, in der Entwicklung und Evaluation zielkonformer Handlungsstrategien und in einem permanenten, kurzfristig ablaufenden politischen und wissenschaftlichen Rückkoppelungs- und Steuerungsprozeß.

Es ist also vorrangig ein gesellschaftlicher Konsens über die Ziele unseres politischen Handelns erforderlich. Im Anschluß daran ist unter Einbeziehung sozialwissenschaftlicher Forschung nach operationalisierbaren Kovarianten dieser Ziele zu fragen, z.B.:

- Welche Bedingungen der technischen, natürlichen und sozialen Umwelt beeinflussen das, was in der amerikanischen Sozialindikatorenforschung „well being“ genannt wird?
- Was determiniert die Lebenserwartung eines Menschen?
- Von welchen Faktoren hängt soziale Sicherheit ab?
- Was begünstigt kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Völkern?

Es sollte möglich sein, einem Katalog sozialer Zielvorgaben einen Katalog kurzfristig realisierbarer technischer Entwicklungsmöglichkeiten gegenüberzustellen. Die Steuerung der technologischen Entwicklung kann mit Blick auf die sozialen und gesellschaftlichen Zielvorgaben als kurzzeitiger iterativer Optimierungsprozeß aufgefaßt werden. Technologiebedingte negative gesellschaftliche und soziale Folgen werden nicht durch gewaltige Prognoseanstrengungen zu verhindern sein, sondern nur durch

- permanente Rückkoppelung der Technologiefolgen,
- die permanent gegebene Möglichkeit, einmal begonnene Entwicklungen zu stoppen, zu verändern oder zu forcieren und durch
- eine Verpflichtung der Akteure auf die vorgegebenen gesellschaftlichen Zielvorstellungen.

Aufgabe einer so formulierten Technology Assessment-Forschung wäre es, Bedingungen zu formulieren, die notwendig sind, die technologische Entwicklung kontrollierbar zu halten und revidierbar zu machen. Der Wunsch aber, technologische Entwicklungen revidierbar zu machen, erfordert zu jedem Zeitpunkt Handlungsalternativen. Es muß gewährleistet sein, daß unterschiedliche Entwicklungslinien parallel bestehen können. Erst der Vergleich zwischen unterschiedlichen Konzepten ermöglicht eine Evaluation und die Sicherstellung von Handlungsmöglichkeiten. Technology Assessment setzt die Bereitschaft zu sozialen und technologischen Experimenten in Modellversuchen voraus, die in sich nicht die Verpflichtung zur infiniten Weiterführung und gesamtgesellschaftlichen Realisierung tragen. Es dürfen keine „Sachzwänge“ durch technologische Entwicklungen entstehen.

Ohne Frage bedarf eine vorausschauende Umweltpolitik der Planung. Partizipationsorientierte Planungsprozesse waren lange Gegenstand soziologischer, politologischer und juristischer Überlegungen. Umweltrelevante Maßnahmen staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen müssen auf längerfristige Umwelteffekte abgeschätzt werden (Umweltverträglichkeitsprüfung). Die Abschätzung von umweltbezo-

genen Folgen staatlicher oder industrieller Planungsentscheidungen ist außerordentlich schwierig. Bei den sich schnell wandelnden Lebensumständen, die immer schnellere Anpassungsprozesse vom Menschen an neue äußere Lebensbedingungen verlangen, wird eine vorausschauende Planung immer notwendiger. Gerade aber unter der These des Steuerungsverlusts des Einzelnen gegenüber der natürlichen Umwelt, wie sie in diesem Buch vertreten wurde, scheint Planung ein gesellschaftliches und politisches Element zu sein, das dem hier angenommenen Bedürfnis nach Kontrolle insofern entgegensteht, als es eine gesellschaftliche Realität bezeichnet, in der die Minorität planender Experten (als gesellschaftlich herrschende Kaste) der Masse der Verplanten gegenübersteht. Die Unterscheidung in Planende und Verplante ist aber als durchgängiges Unterscheidungsmerkmal von Personen in Industrienationen falsch. Wir alle sind Planende und Verplante zugleich. Die Planungskompetenzen des Einzelnen richten sich jedoch lediglich auf einen kleinen Aspekt gesellschaftlicher Wirklichkeit, in dem er Planender und Handelnder ist. In der Mehrzahl seiner Lebensbezüge ist der Planende selbst Verplanter. Mit fortschreitender Differenzierung gesellschaftlicher und politischer Aufgaben und der wachsenden Delegation der Problemlösungskompetenz an jeweilige Experten wird der Lebensbereich, in dem jemand Planender ist, kleiner. Es wachsen die Lebensbereiche, in denen der einzelne verplant wird.

Die wissenschaftlich viel diskutierten (Doran, Hinz u. Mayer-Tasch 1974) Möglichkeiten und Erfordernisse partizipationsorientierter Umweltplanung und Umweltpolitik haben ihren Ausgang von der Bürger-/Umweltbewegung genommen. Im Zentrum der Ökologiebewegung stand immer neben dem Ziel der Verbesserung der Umweltqualität die Ermöglichung von Mitbestimmung, Mitverantwortung und Partizipation von seiten derer, die von Planungsentscheidungen betroffen sind. Die Ziele der Ökologiebewegung richteten sich immer auch auf einen Zuwachs an Kontrolle des individuellen Lebensraumes durch den „Betroffenen“. Diese Vorstellung begründet sich darin, auf diesem Wege die ansonsten schwer faßbaren „psychosozialen Auswirkungen“ umweltrelevanter Planungen im planerischen Einzelfall zur Geltung zu bringen. Was aber sind psychosoziale Auswirkungen und wie kann man sie erheben? Oder politisch formuliert: Wer kann Urteile über psychosoziale Auswirkungen von Umweltplanungen fällen? Zur Beantwortung dieser Fragen ist eine Klärung dessen, was unter psychosozialen Auswirkungen zu verstehen ist, notwendig.

Zunächst lassen sich als psychosoziale Auswirkungen alle Änderungen in Verhaltens- und Erlebensform von Menschen fassen, die sich ursächlich einem sich ändernden äußeren Sachverhalt zuordnen

lassen. Wenn es um eine Abschätzung umweltrelevanter Planungen geht, ist es nicht ausreichend, die Auswirkung auf relativ eng begrenzte Handlungsmöglichkeiten wie z.B. 10 Minuten mehr Fußweg zum Supermarkt durch den Bau einer neuen Schnellstraße etc. zu betrachten. Derartig stark segmentierte Folgen müssen im Zusammenhang von Umweltplanungsentscheidungen auf allgemeinere Bedingungen der Lebenszufriedenheit bezogen werden, d.h. sie müssen einbezogen werden in die Gesamtheit der Lebensvollzüge der Betroffenen: So kann das Mehr an Fußweg eine unzumutbare Erschwernis des Lebens für ältere Menschen sein, denen dieser Weg schwerfällt; es kann für andere dagegen eine Belanglosigkeit darstellen oder gar als willkommener Zwang zu mehr Bewegung aufgefaßt werden.

Beurteilungsmaßstab kann also nicht die durch Umweltmaßnahmen induzierte Veränderung der Verhaltensgewohnheiten als solche sein, sondern die Bewertung, die diese seitens der Betroffenen selbst erfahren.

Das, was als positive Gestaltung des Lebensraumes zu sehen ist, ist Gegenstand der Beurteilung durch Menschen, die aber nur jeweils Aussagen für sich selbst machen können. Sie allein sind in der Lage, Aussagen über positive oder negative Auswirkungen ihrer Umwelt auf ihr Leben zu vollziehen. Dies gilt logisch schon allein deshalb, weil alle Beurteilungsmöglichkeiten durch Außenstehende einer Validierung bedürfen. Als Kriterium für die Validierung bietet sich aber letztlich allein das Urteil der jeweils Betroffenen an. Da es aber logisch nicht möglich ist, daß ein Indikator einen Sachverhalt besser beschreibt als das zu Indizierende selbst, scheint es immer dann zwingend, auf die subjektiven Urteile der Betroffenen zurückzugreifen, wenn diese einfach zu erheben sind. Das Votum für eine subjektiv ausgerichtete Beurteilung durch die Betroffenen stößt jedoch an Grenzen. Zum einen kann jeder nur Aussagen für sich selbst machen; kommunale Planungsvorhaben betreffen aber in aller Regel größere Gruppen von Menschen, zwischen deren individuellen Bedürfnissen ein Interessenausgleich zu finden ist, und zum anderen ist Planung nicht an Beschreibungen von bestehenden Zuständen, wie sie oben angezielt wurden, interessiert, sondern an Prognosen über Zukünftiges.

Die Urteilsprobleme stellen sich also in zwei Richtungen, einmal mit Bezug auf die zeitliche Distanz (Planungszeitraum – Zeit zwischen prognostischem Urteil über die Akzeptanz einer Planung und der Akzeptanz durch die Betroffenen selbst nach Realisierung der Planung) und zum anderen mit Bezug auf die soziale Distanz (Grad der sozialen Nähe zwischen dem Prognostizierenden und der Gruppe, für die er die Prognose erstellt). Es kann angenommen werden, daß

sowohl die Minimierung der Planungszeiträume als auch die Minimierung der sozialen Distanz zur Gültigkeit der Urteile beträgt.

Expertenurteile und Betroffenenurteile treten in Konkurrenz oder ergänzen einander, wenn man die zeitliche Distanz mit in die Betrachtung einbezieht, d.h. wenn man sich die Frage stellt, wie denn die Akzeptanz z.B. eines Wohnareals, das noch nicht existiert, zukünftig von den Anwohnern beurteilt werden wird. Selbst einmal den prognostisch einfacheren Fall unterstellt, daß die künftigen Bewohner bereits zum Zeitpunkt der Prognose verfügbar sind, kann es als keineswegs sicher gelten, ob die Prognose der Betroffenen oder die der Experten zuverlässiger ist. Der Vergleich zwischen den Urteilen von Betroffenen und Experten wird möglicherweise dann sinnvoll, wenn eine zeitliche Distanz zwischen Urteil und zu beurteilendem Ergebnis (Prognosezeitraum) gegeben ist. Es erscheint dabei notwendig, historisch stattfindende Veränderungen in eine Prognose einzubeziehen.

Blicken wir hier exemplarisch nur auf eine sozialhistorische Perspektive. Es ist — wie gezeigt wurde — kennzeichnend für sich ändernde Lebensformen in industrialisierten Gesellschaften, daß eine Auslagerung von Funktionen und Verantwortlichkeiten für unterschiedliche Lebensbereiche stattfindet. Es beginnt bei der Entfremdung des Menschen von seiner Arbeit, wie sie Marx beschrieben hat, es geht weiter mit mangelnden Gestaltungsmöglichkeiten in der Wohnumwelt, die mehr und mehr konfektioniert ist, es schließt sich eine Normierung der Freizeit durch eine Tourismusindustrie an, und Fragen der sozialen Interaktion in der Familie und Erziehungsfragen werden auch bereits zunehmend Gegenstand professionalisierter Normierung.

Was wir derzeit an neuen sozialen Bewegungen beobachten, ist eine Gegenbewegung gegen ein „vorgefertigtes Leben“: Mietermitbestimmung, Partizipation in der psychosozialen Versorgung mögen hier Schlaglichter setzen. In das Zentrum der Diskussion rückt die Gestaltungsmöglichkeit des Einzelnen an seiner unmittelbaren Umwelt als „Wert an sich“. Partizipation bei der Umweltplanung ist nicht mehr ein instrumenteller Wert zur Perfektionierung der Umweltplanung, sie hat ihre Funktion in sich.

Wenn man diesen Überlegungen zu folgen bereit ist, oder sie zumindest als einen Aspekt der Problemlage akzeptiert, so ist es mehr als bisher notwendig, das Augenmerk darauf zu richten, möglichst viel individuellen Gestaltungsspielraum für die unmittelbare Umweltgestaltung offenzuhalten. Hier tut sich ein Paradoxon auf — es scheint widersinnig, zu versuchen, eigene Gestaltungsräume beim Bürger zu planen. Aber dennoch erscheint es denkbar, bei der Beurtei-

lung kommunaler Planung die Überlegung einzubeziehen, in welchem Umfang derartige Vorhaben individuelle Gestaltungsspielräume der Betroffenen an ihrer Umwelt einengen oder öffnen.

Die Versuche, Technologiefolgen wissenschaftlicher Abschätzung zugänglich zu machen, wie der Versuch, Planungsschäden für Betroffene durch partizipatorische Maßnahmen zu mindern, sind Bemühungen, Kontrollen in den wissenschaftlich-industriellen Entwicklungsgang einzubauen. Kontrollen sind notwendige Korrektive zur Vermeidung extremer Fehlentwicklungen. Sie sind jedoch noch keine Anreize, Neues zu entwickeln. Zur Bewältigung der Umweltkrise brauchen wir aber wissenschaftliche und gesellschaftliche Innovationen, und wir brauchen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Anreize, die es ermöglichen und fördern, Neues in Realität umzusetzen. Die Befunde aus unseren Untersuchungen zeigen aber, daß Angst vor Neuem häufig dazu führt, daß eine sehr wohl als problematisch gesehene Gegenwart in Kauf genommen wird.

Die empirischen Befunde und theoretischen Deutungen zum Wertwandel in Industrienationen weisen jedoch auch darauf hin, daß mit dem Aufkommen neuer Werte die Bereitschaft zum Wandel bei einem nennenswerten Teil der Bevölkerung gewachsen ist. Dieser Wertwandel begünstigt die Entwicklung einer Experimentiergesellschaft. Eine Experimentiergesellschaft ist eine soziale Ordnung, die es dem Einzelnen und gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen leichter macht, Neues zu versuchen. Die Offenheit gegenüber neuen Entwicklungen darf sich aber nicht allein auf technologische Entwicklungen beschränken: Wir brauchen mehr denn je soziale Experimente! Die Folgen sozialer Experimente sind ebensowenig vorhersehbar wie die Folgen technologischer Entwicklungen. Wir brauchen deshalb hier wie dort die Möglichkeit, aus unseren Versuchen – und das heißt auch aus unseren fehlgeschlagenen Versuchen – zu lernen. Unsere Gesellschaft braucht die Bereitschaft, aus Fehlern zu lernen. Wir brauchen nicht die große neue soziale Innovation, sondern viele kleine, höchst unterschiedliche Ansätze.

Es kann hier nicht entschieden oder auch nur plausibel gemacht werden, wie die angesprochenen sozialen Experimente inhaltlich gestaltet sein können. Eines scheint jedoch angesichts des sich beschleunigenden technologischen Wandels und angesichts der drohenden werdenden ökologischen Probleme offensichtlich: Wir brauchen verschiedenartige Versuche, uns den Herausforderungen zu stellen. Hierzu ist es unabdingbar, daß sich die Haltung breiter gesellschaftlicher Gruppen denen gegenüber wandelt, die Neues (für sich) ausprobieren. Diejenigen, die heute neue Produktionsformen, neue Wohn- und Lebensstile im Rahmen ihrer Möglichkeiten realisieren, müssen als die-

jenigen gesehen werden, die denkbare soziale Realitäten von morgen testen! Wahrscheinlich brauchen wir nicht weniger, sondern mehr derartige soziale Experimente. Für diejenigen, die Neues wagen, müssen auch materielle und soziale Anerkennung gegeben sein; unsere Gesellschaft belohnt zu stark das konforme Verhalten. Mit erstarrten sozialen Strukturen werden wir uns aber nicht den Zukunftsaufgaben anpassen können.

Die Forderung nach einer Vielzahl sozialer Experimente im Rahmen einer offenen ‚Experimentiergesellschaft‘ leitet sich aus der Überlegung her, daß angesichts komplexer ökologischer Fragen nicht erwartet werden kann, daß es einen Königsweg aus der Krise gibt oder gar, daß wir den Königsweg, so es ihn gäbe, kennen würden. Ökologisches Handeln ist ein Handeln unter „Komplexität und Unsicherheit“ (Dörner u.a. 1983).

Das Erlernen ökologischer Kompetenz ist das Erlernen der Fähigkeit, in komplexen, dem Handelnden nicht transparenten, vernetzten Beziehungsgeflechten handlungsfähig zu bleiben. Dörner u.a. (1983) haben die psychischen und situativen Bedingungen analysiert, unter denen Menschen in derartigen Problemfeldern mehr oder minder erfolgreich handeln können. In ihren durch ein Computersimulationsmodell (die Gemeinde ‚Lohhausen‘) gestützten denkpsychologischen Experimenten konnten Dörner u.a. neben einer Vielzahl von Befunden zeigen, daß sich Personen, die erfolgreich und Personen, die weniger erfolgreich unter derartigen Bedingungen handeln können, sich auch in den Absichten unterscheiden, die sie mit ihrem Handeln in hochkomplexen Situationen verbinden. „Erfolgreiche“ Versuchspersonen verlassen sich in geringerem Maße darauf, daß eine Entscheidung zur Realisierung einer Absicht ausreicht. Erfolgreiche Versuchspersonen gehen ein komplexes Problem eher von verschiedenen Seiten an.

Die psychologische Forschung, die sich mit Lösungsstrategien und Handlungsstrukturen in komplexen Bedingungsgefügen befaßt, steckt erst in den Anfängen. Eine praxisbezogene umweltpsychologische Forschung muß nun beginnen, der Frage nachzugehen, wie das neue Denken in problemadäquates Handeln umgesetzt werden kann.

Die Schwierigkeiten, im Umweltbereich angemessen zu handeln, resultieren nicht allein aus der Schwierigkeit der Problemlage und der Komplexität selbst. Realität und eben auch ökologische Realität sind nicht per se komplex, schwierig und undurchschaubar. Sie sind schwierig für Personen, die über keine realitätsangemessenen Denk- und Handlungsmuster verfügen. Es scheint sich bei dem hier angesprochenen Defizit an Problembewältigungskapazität nur z.T. um ein Problem nicht vorhandenen Wissens zu handeln. Es handelt sich viel-

leicht vordringlich um für ökologische Probleme weniger geeignete Problemlösungsgewohnheiten, die uns behindern. Wir sind zu sehr gewohnt, in unseren Problemlösungsversuchen nach der einen richtigen oder mindestens aber nach der jeweils besten Lösung zu suchen. Die moderne Physik von Heisenberg bis Haken lehrt aber, daß es Realitätsbereiche gibt, deren Systemzustände nicht eindeutig bestimmbar sind, sei es, daß grundsätzliche Erkenntnisgrenzen des Menschen angenommen werden müssen (Heisenberg), sei es, daß die Systemzustände selbst außerordentlich labil sind (Haken).

Auch in der Psychologie setzt sich immer mehr die Überzeugung durch, daß es für gegebene problematische Lebenssituationen von Menschen nicht die eine richtige Problemlösung gibt, sondern vielmehr eine Reihe von Wegen, die gleichwertig nebeneinander existieren (Rogers 1961).

Vielleicht sind komplexe ökologische Strukturen von ähnlicher Natur. Wenn dies aber so wäre, bräuchten wir ein neues Problemverständnis, neue Leitlinien für unser Handeln und nicht zuletzt ein neues Politikverständnis.

## 8. Zusammenfassung

In westlichen Industrienationen vollzieht sich ein struktureller Wandel in den Wertvorstellungen der Bevölkerung. Umweltfragen und ökologische Probleme sind in das öffentliche Bewußtsein getreten.

Umweltbewußtsein ist kein isolierter Denkinhalt. Es ist eingebettet in einen breiteren Prozeß des Wandels gesellschaftlicher Wertvorstellungen: für viele Menschen verlieren materielle Güter gegenüber nicht-materiellen Gütern (Partizipationsrechte, Selbstverwirklichung, Gesundheit, inhaltlich befriedigende Arbeit) relativ an Bedeutung.

Seitens politischer Entscheidungsträger wird diese zunehmende Bereitschaft der Öffentlichkeit, sich für Umweltfragen zu engagieren, bisher unterschätzt.

Es mangelt jedoch an Möglichkeiten, das gegebene ökologische Problembewußtsein in konkretes umweltgerechtes Handeln umzusetzen. Es fehlt hier sowohl an infrastrukturellen Einrichtungen als auch an den materiellen und ideellen Anreizen für umweltgerechtes Handeln.

Viele Menschen haben in zunehmendem Maße den Eindruck, über ihren natürlichen Lebensbereich Kontrolle und Einflußmöglichkeiten verloren zu haben. Neben der Verbesserung der konkret gegebenen Umweltqualität ist es ein artikuliertes Ziel der „Umweltbewegung“, durch Änderung politischer Entscheidungsstrukturen für den einzelnen Bürger Handlungsspielräume zu öffnen, die eine bessere (Mit)Gestaltung des eigenen Lebensbereiches gestatten.

Zur Bewältigung der ökologischen Krise brauchen wir die Bereitschaft des Einzelnen und gesellschaftlicher Gruppen zum Lernen (Umweltlernen), und wir brauchen die Rahmenbedingungen, die die Umsetzung neuer Werte in der Gesellschaft ermöglichen (Experimentiergesellschaft).

## 9. Anhang: Erhebungen im Überblick

### Erhebung I

Erhebungsregion:	Berlin (West)
Erhebungszeitraum:	August 1977
Erhebungsverfahren:	Quotenverfahren (Quotierung nach Alter, Geschlecht, Beruf, Wohnbezirk) mündliche Interviews
Stichprobenumfang:	N = 390

---

### Erhebung II

Erhebungsregion:	Berlin (West)
Erhebungszeitraum:	April/Mai 1978
Erhebungsverfahren:	a) schriftliche Befragung einer Randomstichprobe b) mündliche Befragung einer Quotenstichprobe (Quotierung nach Alter, Geschlecht, Beruf, Wohnbezirk)
Stichprobenumfang:	ad a) N = 455 ad b) N = 455
Gewichtung:	Korrektur der Altersverteilung nach der Berliner Landesstatistik

---

### Erhebung III

Erhebungsregion:	Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)
Erhebungszeitraum:	März 1978
Erhebungsverfahren:	mündliche Befragung einer repräsentativen (quotierten) Stichprobe. Durchführung durch das Institut für Demoskopie Allensbach
Stichprobenumfang:	N = 1038

## Erhebung IV

Erhebungsregion:	Berlin (West), Buffalo (USA), Bath (UK)
Erhebungszeitraum:	Frühjahr 1979
Erhebungsverfahren:	schriftliche Befragung Berliner Telefonbesitzer (Random), allgemeine Bevölkerung in Bath (Wahlkreis, Random), Mitglieder der State University New York (Random)
Stichprobenumfang:	Berlin (West) N = 271 Buffalo N = 484 Bath N = 110

## Erhebung V<sup>1</sup>

Erhebungsregion:	Bundesrepublik Deutschland mit Berlin-West England USA
Erhebungszeitraum:	Frühjahr 1980
Erhebungsverfahren:	schriftliche Befragung <sup>1</sup>
Stichproben:	

### *Bundesrepublik Deutschland*

Gruppe	angeschrieben	Fragebogen	Adressen fehlerhaft	Rücklauf	Rücklauf in %
allgemeine Bevölkerung	2.481	2.481	253	1.088	48,8
Umweltschützer	112	448	4	98	21,9
Industrielle	400	400	6	130	32,5
Politiker	40	400	0	102	25,5

### *England*

Gruppe	angeschrieben	Adressen fehlerhaft	Rücklauf	Rücklauf in %
allgemeine Bevölkerung	2.000	267	725	41,6

### *USA*

Gruppe	angeschrieben	Adressen fehlerhaft	Rücklauf	Rücklauf in %
allgemeine Bevölkerung	3.835	986	1.513	53,1

1 vgl. Fietkau, Kessel, Tischler 1982

## Erhebung VI<sup>1</sup>

Erhebungsregion: Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)  
England  
USA

Erhebungszeitraum: Frühjahr 1982

Erhebungsverfahren: schriftliche Befragung<sup>1</sup>

Stichproben:

### *Bundesrepublik Deutschland*

Gruppe	versendete Fragebögen	nicht zustellbar	Rücklauf	Rücklauf in %
Allgemeine Bevölkerung	1.979	97	1.129	60
Umweltschützer	605	32	268	46
Industrielle	500	11	153	31
Politiker (MdBs)	519	—	109	21

### *England*

Gruppe	versendete Fragebögen	nicht zustellbar	Rücklauf	Rücklauf in %
Allgemeine Bevölkerung	1.000	129	435	50

### *USA*

Gruppe	totaler Rücklauf	Rücklauf in %
Allgemeine Bevölkerung	694	53

1 vgl. Kessel u. Tischler 1984

## Erhebung VII<sup>1</sup>

Erhebungsregion: Bundesrepublik Deutschland

Erhebungszeitraum: 1980

Stichprobe:

- 102 konventionell wirtschaftende Landwirte (schriftliche Befragung)
- 50 biologisch-dynamisch und 42 biologisch wirtschaftende Landwirte (schriftliche Befragung)
- Tiefeninterviews bei 12 Landwirten

1 vgl. Fietkau, H.J., Gläser, B., Hennecke, A., Kessel, H. 1982

## 10. Literaturverzeichnis

- Allerbeck, K.R.: Demokratisierung und sozialer Wandel. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1976.
- Althoff, P.; Greig, W.H.: Environmental Pollution and Control Policy-Making: An Analysis of Elite Perceptions and Preferences. *Environment and Behavior*, 1974, 6, 3, 259-288.
- Amelang, M.; Tepe, K.; Vagt, G.; Wendt, W.: Mitteilung über einige Schritte der Entwicklung einer Skala zum Umweltbewußtsein. *Diagnostica*, 1977, 23, 86-88.
- Andrews, F.M.; Withey, S.B.: *Social Indicators of Well Being in America: The Development of Measurement of Perceptual Indicators*. New York: Plenum, 1976.
- Arburthnot, J.: The role of attitudinal and personality variables in the prediction of environmental behavior and knowledge. *Environment and Behavior*, 1977, 9, 217-232.
- Barker, R.: *Ecological Psychology*. Stanford: Stanford University Press, 1968.
- Baum, A.; Davis, G.E.: Spatial and social aspects of crowding perception. *Environment and Behavior*, 1976, 8, 4, 527-544.
- Bell, D.: *Die nachindustrielle Gesellschaft*. Hamburg: Rowohlt, 1979.
- Bergius, R.: *Sozialpsychologie*. Hamburg: Hoffmann & Campe, 1976.
- Bolscho, D.; Eulefeld, G.; Seybold, H.J. (Hrsg.): *Umwelterziehung in der Schule. Die Deutsche Schule*, 1979, 11.
- Brede, K.; Siebel, W.: Zur Kritik der Bedürfnisforschung. *Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 1977, 5, 1-27.
- Bronfenbrenner, U.: Ökologische Sozialisationsforschung — ein Bezugsrahmen. In: Lüscher, K. (Hrsg.): *Uri Bronfenbrenner. Ökologische Sozialisationsforschung*. Stuttgart: Klett, 1976, 199-220.
- Brookes, S.K.; Jordan, A.G.; Kimber, R.H.; Richardson, J.J.: The Growth of the environment as a political issue in Britain. *British Journal of political Science*, 1976, 6, 2, 245-255.
- Brunmayr, E.: *Jugend ohne Ziel und Hoffnung? Österreichisches Jahrbuch für Politik*, 1981/1982, 537-561.
- Brunswik, E.: *Perception and the representativ design of psychological experiments*. Berkley, Calif.: University of California Press, 1956.
- Bruvold, W.H.: Belief and Behavior as Determinants of Environmental Attitudes. *Environment and Behavior*, 1973, 5, 2, 202-218.

- Buiren, S.v.; Devivere, B.v.; Dierkes, M.; Galland, H.; Hildebrand, H.; Schmid-Jörg, I.; Schubert, I.; Troeller, G.: Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken. Bericht für das BMFT. Frankfurt/M.: Battelle-Institut, 1975.
- Bunz, A.R.: Umweltbewußtsein engagierter Bürger. Berlin: Erich Schmidt, 1973.
- Buse, M.; Nelles, W.; Oppermann, R.: Determinanten politischer Partizipation. Meisenheim am Glan: Hain, 1978.
- Campbell, A.: The Sense of Well-Being in America. Recent Patterns and Trends. New York: McGraw Hill, 1981.
- Campbell, A.; Converse, A.E.; Rodgers, W.: The perceived quality of life. New York: Russel Sage, 1976.
- Capra, F.: Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild. Bern, München, Wien: Scherz, 1983.
- Catton jr., W.R.: Environmental Optimism. *Sociological Focus*, 1075, 8, 1, 27-35.
- Cotgrove, St.: Environmentalism and Utopia. *The sociological review*, 1976, 24, 1, 23-42.
- Cotgrove, St.: Risk, Value conflict and political legitimacy. In: Griffith, R.F. (Hrsg.): *Dealing with Risk*. Manchester University Press, 1981.
- Cotgrove, St.; Duff, A.: Environmentalism, Calss and Politics. Paper presented at the Bielefeld-Symposion „Kernenergie-diskussion und Wahlverhalten“, 1979.
- Council on environmental quality, department of agriculture, department of energy, environmental protection agency: *Public Opinion on Environmental Issues*, 1980.
- Council on environmental quality (Hrsg.): *The Global 2000 Report to the President*. Washington: U.S. Government Printing Office, 1980; deutsch: *Global 2000 Bericht an den Präsidenten*. Frankfurt: Zweitausendundeins, 5. Aufl., 1981.
- Craik, K.H.: Environmental Psychology. In: Craik, K.H. et al. (Hrsg.): *New directions in Psychology*. New York: Holt, Rinehart & Winston, 1970, 1-121.
- Craik, K.H.: Environmental Psychology. *Annual Review of Psychology*, 1973, 24, 403-422.
- Craik, K.H.: Multiple scientific paradigms in environmental psychology. *International Journal of Psychology*, 1977, 12, 2, 147-157.
- Craik, K.H.; McKechnie, G.E.: Editors Introduction: Personality and the environment. *Environment and Behavior*, 1977, 9, 2, 155-168.
- Cronbach, L.J.: The two disciplines of scientific psychology. *American Psychologist*, 1957, 12, 671-684.
- Crump, S.L.; Nunes, D.L.; Crossman, E.K.: The effects of litter on littering behavior in a forest environment. *Environment and Behavior*, 1977, 9, 1, 137-146.
- Dachs, H.: Österreichs Jugend und die Politik. *Zeitgeschichte*, 1982, 9, 7, 261-270.
- Dahrendorf, R.: *Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1979.
- Dahrendorf, R.: Towards the hegemony of post-modern values. *New Society*, 15. Nov. 1979a, 361.
- Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: *Umweltgutachten 1978*. Stuttgart/Mainz: Kohlhammer, 1978.

- Dienel, P.C.: Stand, Tendenzen und Modelle für die Einführung von Umweltthemen in Aus- und Fortbildung. Deutsche Umwelt-Aktion i.A. des BMI, Mai 1975.
- Dierkes, M.: Möglichkeiten der Technologiefolgenabschätzung. In: Schläffke, W.; Vogel, O. (Hrsg.): Industriegesellschaft und technologische Herausforderung. Köln: Deutscher Industrie Verlag, 1981, S. 327-346.
- Dörner, D.; Kreuzig, H.W.; Reither, F.; Stäudel, Th. (Hrsg.): Lohausen. Vom Umgang mit Unbestimmtheit und Komplexität. Bern, Stuttgart, Wien: Huber, 1983.
- Doran, C.F.; Hinz, M.; Mayer-Tasch, P.C.: Umweltschutz. Politik des peripheren Eingriffs. Darmstadt/Neuwied: Luchterhand, 1974.
- Dunlap, R.E.: The impact of Political Orientation on Environmental Attitudes and Actions. *Environment and Behavior*, 1975, 7, 4, 428-454.
- Dunlap, R.E.: Understanding Opposition to the environmental movement: the importance of dominant american values. Paper presented at the Annual Meeting of the Society for the Study of Social Problems. N.Y., August 1976.
- Dunlap, R.E.; Dillman, D.A.: Decline in public support for environmental Protection: evidence from a 1970-1974 panel study. *Rural Sociology*, 1976, 41, 382-390.
- Dunlap, R.E.; Gale, R.P.; Rutherford, B.M.: Concern for Environmental Rights Among College Students. *The American Journal of Economics and Sociology*, 1973, 32, 1, 46-60.
- Dunlap, R.E.; Van Liere, K.D.: Further evidence of declining public concern with environmental problems: A research note. *Western Sociological Review*, 1977, 8, 109-111.
- Engelmann, A.; Radtke, M.; Sachs, St.: Entwicklung eines Computermodells (Reason) zur Simulation von Handlungsentscheidungen aufgrund von Inferenz- und Bewertungsprozessen. *Berichte aus dem Psychologischen Institut der Universität Tübingen*, 1981, Nr. 4.
- Esser, A.H. (Hrsg.): Behavior and Environment. The use of space by animals and men. New York/London: Plenum Press, 1971.
- Ester, P.: Attitudes of the Dutch population on alternative life styles and environmental deterioration. Unpubl. paper, Free University Amsterdam, April 1978.
- Europäische Gemeinschaften: Vorstellungen und Einstellungen zur Armut in Europa. Arbeitsdokument, März 1977.
- Festinger, L.: A theory of cognitive dissonance. Evanston: Row, Peterson, 1957.
- Fietkau, H.J.: Zur Methodologie des Experimentierens in der Psychologie. Meisenheim am Glan: Hain, 1973.
- Fietkau, H.J.: Die Einstellung in der Psychotherapie. Salzburg: Müller, 1977.
- Fietkau, H.J.: Umweltbewußtsein und Wahlverhalten. *Zeitschrift für Umweltpolitik*, 1979a, 1, 93-102.
- Fietkau, H.J.: Vom Umweltbewußtsein zur Umweltpartei. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 1979b, 155-160.
- Fietkau, H.J.: Wertwandel und soziale Dienstleistung. In: Schulz, W.; Hautzinger, M. (Hrsg.): *Klinische Psychologie und Psychotherapie*, Bd. 5, Köln und Tübingen: Steinbauer & Rau, 1980, 23-28.

- Fietkau, H.J.: Soziale Fragen in Wissenschaft und Alltag. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“, 1981, 1, 17-28.
- Fietkau, H.J.; Glaeser, B.; Hennecke, A.; Kessel, H.: Umweltinformation in der Landwirtschaft. Frankfurt/M., New York: Campus, 1982.
- Fietkau, H.J.; Görlitz, D. (Hrsg.): Umwelt und Alltag in der Psychologie. Weinheim: Beltz, 1981.
- Fietkau, H.J.; Hüttner, H.: Bürgerengagement im Umweltschutz: Soziale Merkmale und Motive. Gegenwartskunde, 1979, 1, 29-38.
- Fietkau, H.J.; Kessel, H.: Umweltlernen. Königstein/Taunus: Athenäum, 1981.
- Fietkau, H.J.; Kessel, H.; Coopersmith, J.; Milbrath, L.W.: Restructuring cognitions and values in revolutionary social change. Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft, pre 82-16., 1982.
- Fietkau, H.J.; Kessel, H.; Tischler, W.: Umwelt im Spiegel der öffentlichen Meinung. Frankfurt/M., New York: Campus, 1982.
- Fietkau, H.J.; Schiffer, W.: Psychosoziale Aspekte beim Altglasrecycling. In: Joerges, B. (Hrsg.): Verbraucherverhalten und Umweltbelastung. Frankfurt/M., New York: Campus, 1982, 101-122.
- Finnie, W.C.: Field Experiment in Litter Control. Environment and Behavior, 1973, 5, 2, 123-144.
- Fischer, M.: Geänderte Umwelt – geändertes Verhalten. Der Beitrag ökologischer Psychologie zur Prävention. Report Psychologie, 1980, 3, 14-20.
- Fischhoff, B.; Slovic, P.; Lichtenstein, S.; Read, St.: How Safe is Safe Enough? Policy Sciences, 1978, 9, 127-152.
- Fölsing, A.: Das Einmaleins des Grauens. Die Zeit, 7.4.1978.
- Franke, J.: Bürgernähere Stadtplanung mit Hilfe der Psychologie. Bauwelt, 1978, 24, 904-908.
- Frankl, V.E.: Der junge Mensch auf der Suche nach Sinn. In: Welbergen, J.C. (Hrsg.): Die Jugend und ihre Zukunftschancen. Hamburg: Jugendwerk der Deutschen Shell, 1981 (3. Aufl.), 180-191.
- Fromm, E.: Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 1982, 11. Aufl. (1. Aufl. 1979).
- Gendlin, E.T.: Experiencing: A variable in the process of therapeutic change. American Journal of Psychotherapy, 1961, 233-245.
- Giger, A.: Umweltpolitisches Bewußtsein und Partizipation. Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 1980, 6, 447-462.
- Görlitz, D.: Entwicklungsresistenz von Theorien und Alltagsmeinungen. In: Fietkau, H.J.; Görlitz, D., 1981, a.a.O., 41-65.
- Gottlieb, D.; Matre, M.: Conceptions of energy shortages and energy conserving behavior. Social Science Quarterly, 1976, 57, 2, 421-429.
- Graf Kielmansegg, P.: Politik in einer gefährdeten Welt. Frankfurter Hefte, 1978, 2, 17-26.
- Graumann, C.F. (Hrsg.): Ökologische Perspektiven in der Psychologie. Bern: Huber, 1978.
- Grossbart, S.L.; Mittelstaedt, R.A.; Curtis, W.W.; Rogers, R.D.: Environmental Sensitivity and Shopping Behavior. Journal of Business Research, 1974, 3, 4, 281-293.

- Gruhl, H.: Ein Planet wird geplündert. Frankfurt/M.: Fischer, 1975.
- Hacker, W.; Volpert, W.; Cranach, M.v. (Hrsg.): Kognitive und motivationale Aspekte der Handlung. Bern: Huber, 1983.
- Haken, H.: Erfolgsgeheimnisse der Natur. Synergetik: Die Lehre vom Zusammenwirken. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 1981.
- Hartwig, S.: Großtechnische Gefahrenpotentiale. Berlin/Heidelberg/New York: Springer, 1983.
- Hellpach, W.: Psychologie der Umwelt. In: Aberhalden, E. (Hrsg.): Handbuch der biologischen Arbeitsmethoden. Abt. VI, Teil C, Heft 3. Wien: Urban & Schwarzenberg, 1924.
- Herrmann, Th.: Psychologie als Problem. Herausforderung der psychologischen Wissenschaft. Stuttgart: Klett Cotta, 1979.
- Hildebrandt, K.; Dalton, R.J.: Die neue Politik. Politischer Wandel oder Schönwetterpolitik. In: Kaase, M. (Hrsg.): Politische Vierteljahresschrift, 1977, 18, 230-256.
- Hoensch, N.; Niggemeyer, E.: Heute streicheln wir den Baum. Ravensburg: Otto Maier, 1981.
- Hoensch, N.; Niggemeyer, E.: Komm liebe Spinne. Ravensburg: Otto Maier, 1982.
- Horowitz, I.A.: Effect of choice and locus of dependence on helping behavior. In: Journal of Personality and Social Psychology, 1968, 8, 373-376.
- Hubbertz, K.P.: Wohnen und psychische Störung. Mitteilungen der DGTV, 1979, 11, 283-302.
- Infratest Wirtschaftsforschung: Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur sozioempirischen Untersuchung des Extremismus. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz: Kohlhammer, 1980.
- Infas: Resümee einiger wichtiger Ergebnisse der Umweltschutzuntersuchung. Bonn/Bad Godesberg, Juli 1977.
- Inglehart, R.: The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles in Western Publics. Princeton: Princeton University Press, 1977.
- Inglehart, R.: Values, objective needs and subjective satisfaction among western publics. Comparative Political Studies, 1977a, 9, 4, 429-459.
- Inglehart, R.: Wertwandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten. In: Klages, H.; Kmicciak, P.: Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt/M.: Campus, 1979, 279-316.
- Inglehart, R.: Post-Materialism in an Environment of Insecurity. The American Political Science Review, 1981, 75, 4, 880-900.
- Institut für Demoskopie Allensbach: Allensbacher Berichte, 1977, 31.
- Irlenborn u. Partner: Studie zu Stand und Tendenzen des Umweltbewußtseins der Bevölkerung und zur Entwicklung von Modellen und dessen Aktivierung. Bonn/Bad Godesberg, Februar 1975.
- Ittelson, W.H.; Proshensky, H.M.; Rivlin, C.G.; Winkel, G.H.: An introduction to environmental psychology. New York: Holt, Rinehart & Winston, 1974.
- Jaide, W.: Alternative Jugendliche. Politische Studien, 1981, Sonderheft 2, 7-23.
- Jokiel, V.: Subjektive Beurteilung von Lärmwirkungen durch die Bevölkerung – Zusammenstellung der Ergebnisse von Meinungsfragen und Beschwerdestellen. Kampf dem Lärm, 1977, 24, 2, 29-40.

- Jones, E.E.; Nisbett, R.E.: The actor and the observer: Divergent perceptions of the causes of behavior. In: Jones, E.E.; Kanouse, D.E.; Kelley, H.H.; Nisbett, R.E.; Valins, St.; Weiner, B. (Hrsg.): Attribution: perceiving the causes of behavior. Morristown, N.Y.: General Learning Press, 1972, 79-94.
- Kaminski, G. (Hrsg.): Umweltpsychologie. Stuttgart: Klett, 1976.
- Kaminski, G.: Environmental psychology. The German Journal of Psychology, 1978, 3, 2, 225-238.
- Kasperson, R.E.; Berk, G.; Pijawka, D.; Sharaf, A.B.; Wood, J.: Public opposition to nuclear energy: retrospect and prospect. Science, Technology & Human Values, 1980, 5, 31.
- Kessel, H.; Tischler, W.: International Environment Survey. Umweltbewußtsein im internationalen Vergleich. Ergebnisse der Umfrage 1982. Tabellenteil IIUG dp 82-12. Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft, Berlin, 1982.
- Kessel, H.; Tischler, W.: Umwelt im Spiegel der öffentlichen Meinung. Frankfurt/M., New York: Campus, 1984.
- Kessel, H.; Zimmermann, K.: Zur „Wert“-Schätzung öffentlicher Ausgaben. Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1983, 3, 371-391.
- Klages, H.; Kmiecik (Hrsg.): Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt/New York: 1981.
- Kmiecik, P.: Werteverfall als Kernproblem westlicher Gegenwartsgesellschaften, Sonde, 1978, 11, 2/3, 126-137.
- Koestler, A.: Der Mensch – Irrläufer der Evolution. Gütersloh: Goldmann, 1981.
- Koestler, A.; Smythies, J.R. (Hrsg.): Das neue Menschenbild. Wien: Molden, 1970.
- Kohlberg, L.: From Is to Ought: How to Commit the Naturalistic Fallacy and Get Away with it in the Study of Moral Development. In: Mischel, T. (Hrsg.): Cognitive Development and Epistemology. New York: Academic Press, 1971, 151-235.
- Kopp, D.: Bürgerinitiativen als Partner der Politik. PR-Magazin, 1977, 1.
- Kruse, L.: Räumliche Umwelt. Berlin: De Gruyter, 1974.
- Küng, E.: Von der Konsumgesellschaft zur Kulturgesellschaft. Umwelt, 1973, 1, 12-16.
- Langer, E.J.; Saegert, S.: Crowding and Cognitive Control. Journal of Personality and Social Psychology, 1977, 35, 3, 175-182.
- Lewin, K.: Gesetz und Experiment in der Psychologie. Berlin-Schlachtensee: Weltkreis Verlag, 1927.
- Lewin, K.: Der Übergang von der aristotelischen zur galileischen Denkweise in Biologie und Psychologie. Erkenntnis, 1930/31, 1, 421-466.
- Liere, K.D. van; Dunlap, R.E.: The Social Bases of environmental concern: A review of Hypotheses, Explanations and empirical Evidence. Paper presented at the Annual Meeting of the Southern Sociological Society. Atlanta, 1979.
- Liska, A.E. (Hrsg.): The Consistency Controversy. Findings on the Impact of Attitude on Behavior. New York/London/Sydney/Toronto: Wiley, 1975.
- Lounsbury, J.W.; Tornatzky, L.G.: A scale for assessing attitudes toward environmental quality. Journal for Social Psychology, 1977, 101, 299-305.
- Lübbe, H.: Legitimitätswandel der Wissenschaft. Stimmen der Zeit, 1981a, 3, Bd. 199, 193-202.

- Lübbe, H.: Erfahrungsverluste. Über eine Ursache des Geltungsschwunds bürgerlicher Arbeitsphilosophie. In: Walter-Raymond-Stiftung: Arbeit. Existenzsicherung und Lebenswert. Köln: Bachem, 1981b.
- Lück, H.E.: Prosoziales Verhalten. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1975.
- Maloney, M.P.; Ward, M.P.: Ecology: Let's Hear from the People. *American Psychologist*, 1973, 8, 583-586.
- Marplan: Kernenergie erscheint notwendig. Marplan Informationsdienst. Offenbach o.J. (wahrscheinlich 1978).
- Martin, D.G.: Gesprächspsychotherapie als Lernprozess. Salzburg: Müller, 1975.
- Maslow, A.H.: *Motivation and Personality*. New York: Harper, 1954.
- Mauss, A.L.: *Social Problems or Social Movements*. Philadelphia/New York/Toronto: Lippincott Company, 1975.
- McEvoy, J.: The american concern with the environment. In: Burch, W.R.; Cheek, N.H.; Taylor, L. (Hrsg.): *Social behavior, natural resources and the environment*. New York: Harper and Row, 1972.
- McKechnie, G.E.: *The Environmental Response Inventory in Application*. *Environment and Behavior*, 1977, 9, 255-276.
- Meadows, D.L.; Meadows, D.H.; Zahn, E.; Milling, P.: *Die Grenzen des Wachstums*. Hamburg: Rowohlt, 1974, (1. Aufl. 1973).
- Meadows, D.L.; Meadows, D.H.: *Das globale Gleichgewicht*. Hamburg: Rowohlt, 1976.
- Meyer-Abich, K.: Rituale um die Sicherheit. *Die Zeit*, 23, 29. Mai 1981.
- Milgram, St.: Das Erleben der Großstadt. Eine psychologische Analyse. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 1970, 1, 142-152.
- Miller, G.A.; Galanter, E.; Pribam, K.H.: *Strategien des Handelns. Pläne und Strukturen des Verhaltens*. Stuttgart: Klett, 1973.
- Mitchell, R.C.: Silent Spring/Solid Majorities. *Public Opinion*, August/September, 1979, 16-20 und 55.
- Moser, H.; Preiser, S.: *Umweltprobleme und Arbeitslosigkeit*. Weinheim/Basel: Beltz 1984.
- Müller-Rommel, F.: Die Postmaterialismuskussion in der empirischen Sozialforschung. *Politische Vierteljahresschrift*, 1983, 3, 218-228.
- Müller-Rommel, F.; Wilke, H.: Sozialstruktur und „postmaterialistische“ Wertorientierungen von Ökologen. *Politische Vierteljahresschrift*, 1981, 4, 383-397.
- Murch, A.W.: Who cares about the environment? The nature and origins of environmental concern. In: Murch, A.W. (Hrsg.): *Environmental Concern. Personal attitudes and behaviour toward environmental problems*. New York: MSS Information Corporation, 1974.
- Noelle-Neumann, E.: Referat im 70. Bergedorfer Gesprächskreis am 28. November 1981. Bergedorfer Protokolle Nr. 70.
- Oesterreich, R.: *Handlungsregulation und Kontrolle*. München: Urban & Schwarzenberg, 1981.
- Oltmans, W.C.: *Die Grenzen des Wachstums. Pro und Contra*. Hamburg: Rowohlt, 1974.

- Otway, H.J.; Fishbein, M.: Public attitudes and decision making. Research memorandum. International Institute for Applied Systems Analysis. Laxenburg, Österreich, November 1977.
- Peccei, A. (Hrsg.): Club of Rome. Bericht für die achtziger Jahre. Zukunftschance Lernen. Wien, Zürich, Innsbruck: Molden, 1979. Taschenbuchausg.: Goldmann, Nr. 11289.
- Peccei, A.: Die Zukunft in unserer Hand. Gedanken und Reflexionen des Präsidenten des Club of Rome. Wien, München, Zürich, New York: Molden, 1981.
- Peccei, A.; Siebker, M.: Die Grenzen des Wachstums. Fazit und die Folgen. Hamburg: Rowohlt, 1974.
- Porter, A.L.; Rossini, F.A.; Carpenter, St.R.; Roper, A.T.; Larson, R.W.; Tiller, J.S.: A Guidebook for Technology Assessment and Impact Analysis. New York: North Holland, 1980.
- Raschke, J.: Politik und Wertwandel in den westlichen Industrienationen. Politik und Zeitgeschichte, 1980, 36, 23-45.
- Röglin, H.Ch.: Sozialpsychologische Aspekte der Kernenergie. Vortrag vor dem Deutschen Atomforum e.V., o.J. (wahrscheinlich 1976).
- Rogers, C.: On becoming a person. Boston: Houghton Mifflin, 1961.
- Rogers, C.: Die nicht-direktive Beratung. München: Kindler, 1972.
- Rogers, C.: Therapie ist Politik. Psychologie Heute, 1978, 5, 5, 37-42.
- Rogers, C.: Der neue Mensch. Stuttgart: Klett Cotta, 1981.
- Rohr, Ch.: Umweltpsychologie zwischen Politikern und Betroffenen. Umwelt, 1973, 4, 37-40.
- Rokeach, M.: The Nature of human values. New York: Free Press, 1973.
- Rokeach, M.: Change and stability in American value systems 1968-1971. Publ. Opinion quart., 1974, 38, 222-238.
- Rossmann, B.B.; Ulehla, Z.J.: Psychological reward values associated with wilderniss use. A functional-reinforcement approach. Environment and Behavior, 1977, 9, 1, 41-66.
- Schmidt, D.E.; Goldmann, R.D.; Feimer, N.R.: Physical and psychological factors associated with perceptions of crowding: An analysis of subcultural differences. Journal of applied Psychology, 1976, 61, 3, 276-289.
- Schwind, H.D.: Rebellion gegen die Fertigkeit dieser Welt. Der Jugendprotest. FAZ, 25.11.1981.
- Seligmann, M.E.P.: Helplessness. On depression, development and death. San Francisco: Freeman, 1975.
- Sewell, W.R.D.; Forster, H.D.: Environmental revival. Promise and performance. Environment and Behavior, 1971, 3, 123-134.
- Simonis, U.E.: Indikatoren qualitativen Wachstums. In: Michelsen, G.; Rühling, H.; Kalverlah, F.; Öko-Institut Freiburg (Hrsg.): Der Fischer-Öko-Almanach 82/83. Frankfurt/M.: Fischer, 1982.
- SRI International: Vals - Values and Lifestyles of Americans. A fresh approach to understanding why people act as they do as consumers and social beings. o.J. Zu beziehen über: SRI International, 333 Ravenswood Ave., Menlo Park, CA 94025, USA.

- Stiksrud, H.A.: Zur Operationalisierung von Wertpräferenzen. In: Klages u. Kmieciak, 1981, a.a.O., S. 463-479.
- Stokols, D.: Environmental psychology. Annual Review of Psychology, 1978, 29, 253-295.
- Terajima, J.: Wir, die Nachkriegsgeneration und „Die Wolken über dem Hügel“. Kagami (japanischer Zeitschriftenspiegel), 1981, 8, 1, 45-67.
- Teutsch, G.M.: Möglichkeiten und Probleme der Umwelterziehung. Lehren und Lernen, 1981, 12, 1-20.
- Thienen, V.v.: Technologiefolgen-Abschätzung und sozialwissenschaftliche Technikforschung. Eine Bibliographie. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin, 1983.
- Toffler, A.: Der Zukunftsschock. Bern/München/Wien: Droemer Knauer, 1976.
- Tognacci, L.N.; Weigel, R.H.; Widden, M.F.; Vernon, D.T.A.: Environmental Quality: How Universal is Public Concern? Environment and Behavior, 1972, 4, 1, 73-86.
- Towler, J.; Swan, J.E.: What do people really know about pollution? Journal of Environmental Education, 1972, 4, 54-57.
- Traube, K.: Der geopferte Mensch. Wochenzeitschrift STERN, 1978, 19.
- Trembly, K.R.; Dunlap, R.E.: Rural-urban residence and concern with environmental quality: A replication and extension. Rural Sociology, 1978, 43, 474-491.
- Trigg, L.J.; Perlman, D.; Perry, R.P.; Janisse, M.P.: Anti-Pollution Behavior. A function of perceived outcome and locus of control. Environment and Behavior, 1976, 8, 2, 307-313.
- Utrup, K.: Environmental Public Opinion: Trends and Trade-offs 1969-1978. Washington: Resources for the Future: Discussion-Paper D-36, 1978.
- Veen, H.J.: Zwischen Zufriedenheit und Protest. Materialien zur politischen Bildung, 1981, 3, 51-55.
- Vester, F.: Neuland des Denkens. Vom technokratischen zum kybernetischen Zeitalter. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 1980.
- Waldmann, K.: Was geht mich das alles an? Gedanken zur Diskussion um den neuen Sozialisationstyp und Folgerungen für die politische Bildung. Materialien zur politischen Bildung, 1982, 1, 24-30.
- Weigel, R.; Weigel, J.: Environmental Concern. The development of a measure. Environment and Behavior, 1978, 10, 1, 3-15.
- Wertheimer, M. u.a.: Psychology and the Future. American Psychologist, 1978, July, 631-647.
- Winkel, G.H.; Malek, R.; Thiel, P.: The Role of Personality Differences in Judgement of Roadside Quality. Environment and Behavior, 1969, 1, 2, 199-223.
- Wohlwill, H.F.: Umweltfragen in der Entwicklungspsychologie: Eine kritische Betrachtung zu Repräsentanz und Validität. In: Fietkau, H.J.; Görlitz, D. (Hrsg.): 1981, a.a.O., 91-111.
- Ziehe, Th.: Trendanalyse zur Situation der jungen Generation aus psychologischer Sicht. In: Ilseemann, W.v.: Jugend zwischen Anpassung und Anstieg. Hamburg: Jugendwerk der Deutschen Shell, 1980, 47-55.

# 11. Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

## Abbildungen

Abb. 1	Operationale Definition materialistischer und postmaterialistischer Werte nach Inglehart . . . . .	29
Abb. 2	Die Berliner Materialismus/Postmaterialismus-Skala . . . . .	31
Abb. 3	Die Entthronung des Menschen . . . . .	36
Abb. 4	Der Neue Mensch nach Rogers . . . . .	37
Abb. 5	Die Hierarchie menschlicher Bedürfnisse nach Maslow . . . . .	46
Abb. 6	Die VALS-Doppelhierarchie . . . . .	47
Abb. 7	Allgemeines Handlungsmodell . . . . .	57
Abb. 8	Folgen von Kontrollverlust . . . . .	63
Abb. 9	Werte als handlungssteuernde Instanz . . . . .	67
Abb. 10	Zahlungsbereitschaft für öffentliche Ausgaben . . . . .	78
Abb. 11	Wertprioritäten im zeitlichen Verlauf (USA) . . . . .	80
Abb. 12	Perzeptionstypen. . . . .	92
Abb. 13	Urteilsdimension „ökologischer Wandel“ . . . . .	95
Abb. 14	Politikervertrauen in den USA . . . . .	101
Abb. 15	Infratest-Protetskala . . . . .	106

## Tabellen

Tab. 1	Die Materialismus/Postmaterialismus-Dimension . . . . .	30
Tab. 2	Alter und postmaterialistische Orientierung . . . . .	32
Tab. 3	Postmaterialistische Werthaltungen und Einstellungen zum gesellschaftlichen Wandel . . . . .	33
Tab. 4	VALS-Lebensstile . . . . .	49
Tab. 5	Bewertung politischer Aufgaben . . . . .	76
Tab. 6	Umweltschutz und Arbeitsplätze . . . . .	77
Tab. 7	Altersstruktur und politische Prioritäten . . . . .	78
Tab. 8	Umwelt als Problem. . . . .	89
Tab. 9	Einstellung zur Technik . . . . .	90
Tab. 10	Technik als Zukunftschance . . . . .	90
Tab. 11	Problemlösungsstrategien . . . . .	91

Tab. 12	Kognitionsstile im internationalen Vergleich. . . . .	93
Tab. 13	Verteilung der allgemeinen Bevölkerung auf der Urteilsdimension „ökologischer Wandel“ im internationalen Vergleich. . . . .	96
Tab. 14	Verteilung der Zielgruppen auf der Urteilsdimension „ökologischer Wandel“ für die Bundesrepublik Deutschland . . . . .	97
Tab. 15	Anteil der in Dienstleistungsberufen Tätigen an den 8 Kategorien der Urteilsdimension „ökologischer Wandel“ im internationalen Vergleich . . . . .	97
Tab. 16	Einschätzung der Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland (allgemeine Bevölkerung). . . . .	100
Tab. 17	Stellung zu Umweltschutzbürgerinitiativen . . . . .	100
Tab. 18	Engagement in Umweltschutzorganisationen und beruflicher Tätigkeit . . . . .	102
Tab. 19	Akzeptanz neuer sozialer Bewegungen und politische Selbsteinschätzung/Parteipräferenz . . . . .	104